

Kai Carstensen, Wolfgang Nierhaus, Oliver Hülsewig, Klaus Abberger, Teresa Buchen, Christian Breuer, Steffen Elstner, Steffen Henzel, Nikolay Hristov, Michael Kleemann, Johannes Mayr, Wolfgang Meister, Georg Paula, Anna Stangl, Klaus Wohlrabe und Timo Wollmershäuser

Die Weltwirtschaft hat die schwerste Rezession seit dem zweiten Weltkrieg überwunden. Seit dem Frühjahr 2009 steigen Produktion und Handel wieder, weltweit angeregt durch milliardenschwere Konjunkturprogramme, eine massiv expansiv wirkende Geldpolitik und den vergleichsweise niedrigen Ölpreis. Hinzu kommt der Umschwung im globalen Lagerzyklus. Das Wachstumstempo wird indes niedrig bleiben. Ein Kernproblem bleibt die Schwächung der internationalen Finanzmärkte, deren Funktionsfähigkeit in wichtigen Segmenten nach wie vor eingeschränkt ist. Zudem musste das Bankensystem gewaltige Eigenkapitalverluste hinnehmen, die sich aus dem hohen Wertberichtigungsbedarf bei strukturierten Wertpapieren ergeben hat. In wichtigen Industrieländern kommt eine Krise am Immobilienmarkt hinzu, die dort den Abschreibungsbedarf bei Banken erhöht. Die Kreditbedingungen bleiben damit weltweit restriktiv, was die Finanzierung von Investitionen und neuen Arbeitsplätzen massiv beeinträchtigt. Insgesamt wird das Bruttoinlandsprodukt der Welt im Jahr 2010 um 3,1% und im Jahr 2011 um 2,6% steigen, nachdem es im Jahr 2009 um 1,1% zurückgegangen ist. Der Anstieg der Preise wird sich weltweit etwas beschleunigen. Die Zahl der Arbeitslosen wird aufgrund der Schwäche der Konjunktur weiter zunehmen.

In Deutschland hat sich die gesamtwirtschaftliche Produktion im Frühjahr stabilisiert. Im zweiten Quartal expandierte das reale Bruttoinlandsprodukt saison- und kalenderbereinigt um 0,4%, im dritten Quartal sogar um 0,7%. Aufgrund des außerordentlich kräftigen Einbruchs im vorausgegangenen Winterhalbjahr um fast 6% blieb die gesamtwirtschaftliche Produktion und hier insbesondere die Erzeugung in den exportabhängigen Branchen aber alles in allem auf niedrigem Niveau. Der gesamtwirtschaftliche Auslastungsgrad – zieht man die ifo Kapazitätsauslastung im verarbeitenden Gewerbe als Proxy heran – liegt derzeit um etwa 10 Prozentpunkte unter dem langjährigen Durchschnitt. Insgesamt dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion saison- und kalenderbereinigt im Jahresendquartal 2009 weiter zugenommen haben, wenngleich in einem etwas langsameren Tempo (0,5%) als im Vorquartal. Für das zweite Halbjahr 2009 ergibt sich im Vergleich zum ersten Halbjahr 2009 saison- und kalenderbereinigt eine Zunahme der Wirtschaftsleistung in Höhe von 1,2%; im Vorjahresvergleich, der durch den starken Rückgang im Winterhalbjahr geprägt ist, ergibt sich jedoch ein Rückgang von 3,0%. Im Gesamtjahr sinkt das reale Bruttoinlandsprodukt um 4,9%. Im Jahresdurchschnitt 2010 wird das reale Bruttoinlandsprodukt voraussichtlich um 1,7% zunehmen; im Jahresdurchschnitt 2011 um 1,2%.

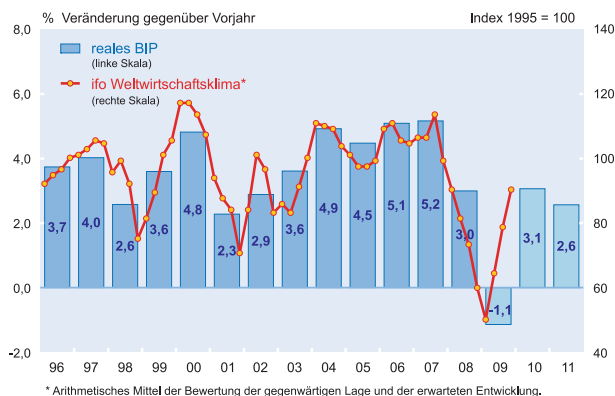
1. Überblick

Die Weltwirtschaft hat die schwerste Rezession seit dem zweiten Weltkrieg überwunden. Seit dem Frühjahr 2009 steigen Produktion und Handel wieder, weltweit angeregt durch milliardenschwere Konjunkturprogramme, eine massiv expansiv wirkende Geldpolitik und den vergleichsweise niedrigen Ölpreis. Hinzu kommt der Umschwung im globalen Lagerzyklus. Das im Rahmen des ifo World Economic Survey erhobene Weltwirtschaftsklima ist im vierten Quartal zum dritten Mal in Folge gestiegen (vgl. Abb. 1.1). Der Anstieg des Indikators re-

sultiert sowohl aus den günstigeren Erwartungen für die nächsten sechs Monate als auch aus weniger negativen Einschätzungen der derzeitigen wirtschaftlichen Lage. Gleichwohl wird die aktuelle Situation gegenwärtig immer noch schlechter beurteilt als nach dem Anschlag auf das World Trade Center im Jahr 2001 (vgl. Abb. 1.2).

Das Wirtschaftsklima hat sich dabei in allen großen Wirtschaftsregionen verbessert. Besonders ausgeprägt war der Anstieg des Wirtschaftsklimaindikatoren in Asien. Hier überschritt er sogar seinen langfristigen Durchschnitt. Auch in West-

Abb. 1.1
Weltkonjunktur und ifo Weltwirtschaftsklima

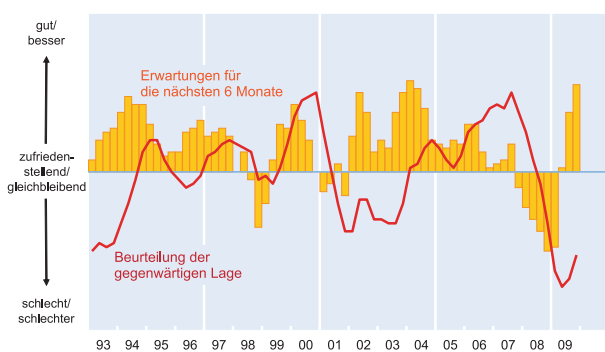


* Arithmetisches Mittel der Bewertung der gegenwärtigen Lage und der erwarteten Entwicklung.
Quelle: IWF, World Economic Outlook, Database Oktober 2009; ifo World Economic Survey (WES) IV/2009; 2009 bis 2011: Prognose des ifo Instituts.

europa und Nordamerika stieg der Klimaindikator im vierten Quartal 2009 merklich an. Die aktuelle Wirtschaftslage wird zwar in allen großen Regionen noch als ausgesprochen ungünstig bewertet, besonders im Euroraum, in Nordamerika, in Mittel- und Osteuropa und in Russland. Die Wirtschaftserwartungen fallen nun aber nahezu überall optimistisch aus. Dies deutet darauf hin, dass sich die Erholung der Weltwirtschaft fortsetzen wird.

Das Wachstumstempo wird indes niedrig bleiben. Ein Kernproblem bleibt die Schwächung der internationalen Finanzmärkte, deren Funktionsfähigkeit in wichtigen Segmenten nach wie vor eingeschränkt ist. Zudem musste das Bankensystem gewaltige Eigenkapitalverluste hinnehmen, die sich aus dem hohen Wertberichtigungsbedarf bei strukturierten Wertpapieren ergeben haben. In wichtigen Industrieländern kommt eine Krise am Immobilienmarkt hinzu, die dort den Abschreibungsbedarf bei Banken erhöht. Die Kreditbedingungen bleiben damit weltweit restriktiv, was die Finanzierung von Investitionen und neuen Arbeitsplätzen massiv beeinträchtigt. Hinzu kommt, dass die bisher aufgelegten kreditfinanzierten Konjunkturprogramme im Prognosezeitraum

Abb. 1.2
ifo Weltwirtschaftsklima



Quelle: ifo World Economic Survey (WES) IV/2009.

auslaufen und der Konsolidierungsbedarf der öffentlichen Haushalte immer dringlicher wird. Schließlich werden die Notenbanken die geldpolitischen Zügel straffen. Dies alles wird sich dämpfend auf die Entwicklung von Angebot und Nachfrage auswirken.

In den **USA** ist die gesamtwirtschaftliche Produktion im dritten Quartal 2009 mit einer laufenden Jahresrate von 2,8% gestiegen; zuvor war sie ein Jahr lang fortlaufend gesunken. Maßgeblich für den Anstieg war die Expansion des privaten Konsums (+ 2,7%), befördert durch das »Cash for Clunkers«-Programm zur Anschaffung von verbrauchsärmeren Pkw. Zudem sind die Lagerbestände deutlich aufgestockt worden. Die Kapazitätsauslastung liegt derzeit mit 71% aber immer noch um rund 10 Prozentpunkte unter dem langjährigen Durchschnitt. Der Stellenabbau hat sich, wenngleich verlangsamt, weiter fortgesetzt; seit Dezember 2007 ist die Zahl der Beschäftigten saisonbereinigt um 7,3 Mill. gesunken.

In **Japan** hat sich die leichte Erholung fortgesetzt; im dritten Quartal expandierte die gesamtwirtschaftliche Produktion mit einer laufenden Jahresrate von 1,3%, zuvor hatte sie um 2,7% zugenommen. Die Exporte und der private Konsum stiegen deutlich. In **China** hat sich die wirtschaftliche Expansion, getrieben von der Entwicklung im tertiären Sektor, beschleunigt. Das reale Bruttoinlandsprodukt hat im Durchschnitt der ersten drei Quartale um 7,7% gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum zugenommen; im ersten Halbjahr hatte das Wachstumstempo im Durchschnitt bei 7,1% gelegen.

Auch in den Volkswirtschaften der **Europäischen Währungsunion (EWU)** hat der Erholungsprozess begonnen. Im dritten Quartal 2009 stieg die gesamtwirtschaftliche Produktion mit einer laufenden Jahresrate von 1,5%, davor war sie über fünf Quartale hinweg zum Teil außerordentlich kräftig gesunken. Maßgeblich für die Erholung war der spürbare Anstieg der Industrieproduktion. Vom Einzelhandel dürften dagegen keine Impulse ausgegangen sein; die Zahl der Pkw-Neuzulassungen ist nach dem Auslaufen von Abwrackprogrammen gesunken. Das Preisniveau in der EWU schwankte um den Vorjahreswert. Die Inflationsrate (HVPI) betrug im Juli – 0,6%, und stieg bis November aber wieder auf 0,6%. Die Kerninflationsrate (Veränderung des HVPI ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel) lag im Oktober bei 1,0%. Die Arbeitslosenquote ist im Sommerhalbjahr weiter kräftig gestiegen, im Oktober betrug sie saisonbereinigt 9,8%, sie ist damit um 2,5 Prozentpunkte höher als vor einem Jahr. Für die EWU ist das der höchste Wert seit Januar 1999.

Auch in **Deutschland** ist das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) seit dem Frühjahr wieder gestiegen. Im dritten Quartal expandierte die gesamtwirtschaftliche Produktion saison- und

kalenderbereinigt um 0,7% (laufende Jahresrate: 2,9%), nach 0,4% im zweiten Quartal. Aufgrund des außerordentlich kräftigen Einbruchs im vorangegangenen Winterhalbjahr blieb die gesamtwirtschaftliche Produktion und hier insbesondere die Erzeugung in den exportabhängigen Branchen aber auf niedrigem Niveau; gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum beläuft sich das Minus beim Bruttoinlandsprodukt auf 4,7%.

Positive Raten wurden im dritten Quartal allein für die Investitionen (einschließlich der Lagerinvestitionen) registriert. Bei außerordentlich niedriger Kapazitätsauslastung stabilisierten sich die Ausrüstungsinvestitionen auf niedrigem Niveau, die Investitionen in Bauten stiegen um 1,5%. Am Zuwachs waren alle Bausparten beteiligt. Die Bestände an Rohstoffen, Zwischenprodukten und Fertigwaren wurden, nach vorangegangener Lagerräumung, sehr kräftig wieder aufgestockt (Wachstumsbeitrag zum BIP: 1,5 Prozentpunkte). Ein marginaler Zuwachs konnte zudem für die Konsumausgaben des Staates verbucht werden. Der Konsum der privaten Haushalte, der im ersten Halbjahr erheblich fiskalisch angeregt worden war, nahm dagegen um 0,9% ab. Nach dem Auslaufen der staatlichen Abwrackprämie wurden vor allem weniger Pkw gekauft. Der Ausweitung der inländischen Verwendung stand ein sinkender Außenbeitrag gegenüber: Zwar nahmen die Exporte im Gefolge der Erholung der Weltkonjunktur mit 3,4% merklich zu, noch stärker zogen aber im Gefolge des Lageraufbaus die Importe an, nämlich um 5,0%.

Auf dem konjunkturell nachlaufenden **Arbeitsmarkt** hat sich der massive Wirtschaftseinbruch bisher zwar bemerkbar gemacht, die Auswirkungen sind aber im Vergleich zum überaus starken Produktionsausfall bemerkenswert moderat geblieben: Die Zahl der Erwerbstätigen (nach dem Inlandskonzept¹) hat sich in den ersten drei Quartalen 2009 saisonbereinigt lediglich um 114 000 verringert. Dabei war die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, der Selbständigen und der Personen in Arbeitsgelegenheiten rückläufig, die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten hat dagegen sogar zugenommen. Beschäftigungsverluste gab es vor allem im verarbeitenden Gewerbe und in der Arbeitnehmerüberlassung. Maßgeblich dafür, dass die Krise bisher auf dem Arbeitsmarkt kaum angekommen ist, waren die starke Ausweitung der Kurzarbeit und der Abbau von Guthaben auf Arbeitszeitkonten. Außerdem hat innerhalb der Gruppe der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten die Teilzeitbeschäftigung zugenommen, während die Vollzeitbeschäftigung gesunken ist. Die Arbeitslosigkeit hat in der ers-

ten Jahreshälfte merklich zugenommen, sie stieg saisonbereinigt um durchschnittlich 41 000 Personen pro Monat. Seit Juli sind die Arbeitslosenzahlen jedoch wieder leicht gesunken. Im Vergleich zum Vorjahr waren zuletzt 227 000 oder 8% mehr Arbeitslose registriert.

Die Lebenshaltungskosten sind in diesem Jahr aufgrund der günstigen Entwicklung der Energie- und Nahrungsmittelpreise weitgehend stabil geblieben. Im November waren die Verbraucherpreise lediglich um 0,4% höher als vor Jahresfrist; im Juli und September wurde das Vorjahresniveau kurzfristig sogar unterschritten. Eine ähnlich ausgeprägte Disinflationssperiode hat es zuletzt in den Jahren 1986/87 in Westdeutschland gegeben.

Ausblick

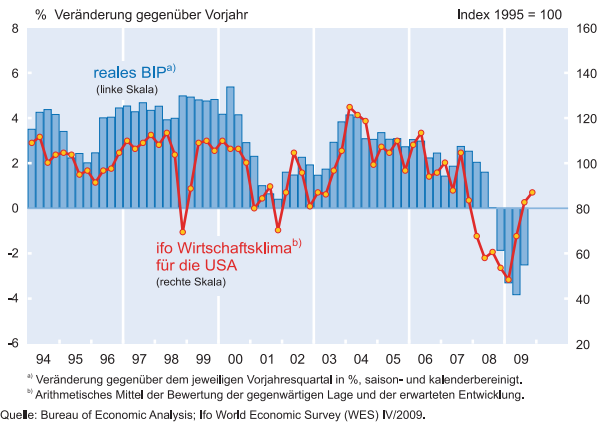
Die Erholung der Weltwirtschaft dürfte sich im Prognosezeitraum vorerst fortsetzen. Die Absatzaussichten der Unternehmen haben sich, nicht zuletzt aufgrund der massiven Stützungsmaßnahmen seitens der Wirtschaftspolitik, verbessert. Die Produktion hat sich nach ihrem scharfen Einbruch belebt, und auch die Normalisierung des internationalen Handels schreitet voran, was durch die mittlerweile günstigeren Möglichkeiten der Handelsfinanzierung, die während der Krise massiv eingeschränkt wurde, gefördert wird.

Allerdings wird die Belebung der Wirtschaft vor allem in den Industrieländern nur vorübergehend stärker ausfallen. Das ifo Wirtschaftsklima für die einzelnen Regionen zeigt zwar an, dass sich die konjunkturellen Aussichten weltweit verbessert haben (vgl. Abb. 1.3 und 1.4), befindet sich aber vor allem für die USA, die EU-15 und Japan noch unter seinem langfristigen Durchschnitt. Die Belastung der Konjunktur ist nach wie vor immens. So dürfte die Kreditvergabe der Banken restriktiv bleiben. Eine Verschärfung der Kreditklemme ist aufgrund des zu erwartenden Anstiegs der Nachfrage nach Fremdmitteln absehbar. Auch die Unterauslastung der Kapazitäten dürfte weiterhin anhalten, was die Nachfrage nach Erweiterungsinvestitionen spürbar dämpfen dürfte. Zudem ist damit zu rechnen, dass die Lage auf den Arbeitsmärkten nicht nur angespannt bleibt, sondern sich weiter verschärft.

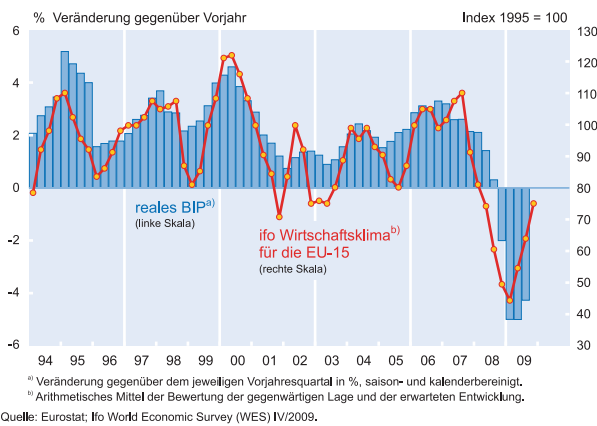
Schließlich dürften die Impulse seitens der Wirtschaftspolitik, die bislang erheblich dazu beigetragen haben, dass sich die Konjunktur nicht nur stabilisiert sondern auch allmählich belebt, im Verlauf des Prognosezeitraums schwächer werden. Vor allem der Stimulus durch die Fiskalpolitik dürfte zunehmend nachlassen, da sich die Haushaltsposition in vielen Ländern bereits dramatisch verschlechtert hat. So erreichte das öffentliche Defizit in den USA ein Rekordniveau und auch in zahlreichen Ländern des Euroraums werden

¹ Die Erwerbstätigkeit nach dem *Inlandskonzept* hat im Vergleich zum alternativen *Inländerkonzept* eine engere Anbindung an die Konjunktur und zur Arbeitskräftenachfrage. Im Inlandskonzept gehören Einpendler, die in Deutschland arbeiten, ihren Wohnsitz aber im Ausland haben, zu den Erwerbstätigen, während Auspendler, die im Inland wohnen, aber im Ausland arbeiten, nicht mitgezählt werden. Beim Inländerkonzept ist es genau umgekehrt.

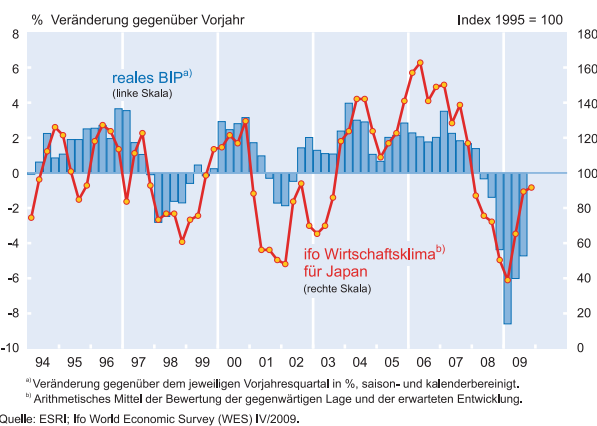
Abb. 1.3
Wirtschaftswachstum und ifo Wirtschaftsklima für die Vereinigten Staaten



Wirtschaftswachstum und ifo Wirtschaftsklima für die EU-15



Wirtschaftswachstum und ifo Wirtschaftsklima für Japan



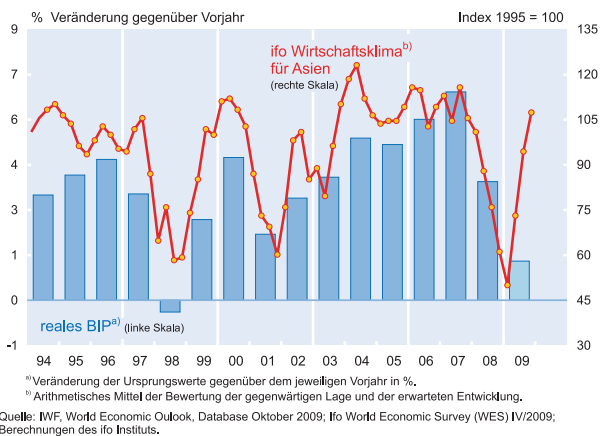
mittlerweile Strategien zur Rückführung der Neuverschuldung entworfen. Insgesamt ist damit zu rechnen, dass die Konjunktur nach und nach an Schwung verliert.

In den USA wird der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts zu Beginn des Jahres 2010 noch vergleichsweise kräftig sein, sich jedoch anschließend deutlich abflachen. Der Abbau der strukturellen Ungleichgewichte – insbesondere die Korrektur

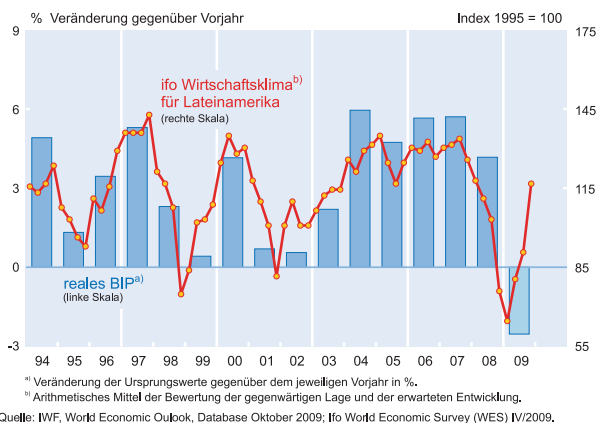
des privaten Konsums, die mit einer weiteren Zunahme der Sparquote verbunden ist –, dürfte spürbar bremsend wirken. Auch die Belastungen durch die Krise im Finanzsystem sind nach wie vor enorm. Im weiteren Prognosezeitraum dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion daher vorübergehend sogar erneut leicht rückläufig sein. Trotz dieses konjunkturellen Rückschlages wird die amerikanische Wirtschaft im Prognosezeitraum jedoch nicht erneut in eine Rezession abgleiten. Die Schwäche der US-amerikanischen Wirtschaft wird die Konjunktur weltweit belasten.

In Japan wird die Expansion der Wirtschaft im Prognosezeitraum zunächst schwach bleiben, ehe sie sich langsam belebt. Die private Binnennachfrage dürfte infolge der Unterauslastung der Kapazitäten und der schlechteren Lage auf dem Arbeitsmarkt nur mäßig expandieren. Der Außenhandel dürfte jedoch von der Belebung der Konjunktur in den Schwellenländern Asiens profitieren. Im Euroraum wird die wirtschaftliche Expansion vorerst kräftig bleiben. Vor allem die Impulse der Fiskalpolitik in Deutschland und Frankreich dürften stimulierend wirken. Die private Binnennachfrage dürfte sich hingegen nur allmählich stabilisieren. Nach dem Auslaufen der Konjunkturprogram-

Abb. 1.4
Wirtschaftswachstum und ifo Wirtschaftsklima für Asien



Wirtschaftswachstum und ifo Wirtschaftsklima für Lateinamerika



Tab. 1.1
Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Welt

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote in %		
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %						2009	2010	2011
		2009	2010	2011	2009	2010	2011			
Industrieländer										
EU-27	34,0	- 4,1	1,0	0,9	0,7	1,2	1,5	9,0	9,9	10,6
Schweiz	0,9	- 2,0	1,1	1,0	- 0,5	0,5	0,9	3,8	4,4	4,7
Norwegen	0,8	- 1,4	2,0	1,8	2,4	1,7	2,0	3,5	3,7	3,9
West- und Mitteleuropa	35,8	- 4,0	1,0	0,9	0,7	1,2	1,5	8,8	9,7	10,4
USA	26,7	- 2,5	1,9	0,3	- 0,4	1,6	1,0	9,2	9,5	10,0
Japan	9,1	- 5,3	1,0	0,9	- 1,3	- 0,4	0,1	5,3	5,8	5,6
Kanada	2,8	- 2,4	2,2	1,0	0,3	1,6	1,8	8,3	8,7	9,0
Industrieländer insg.	74,4	- 3,6	1,4	0,7	0,0	1,2	1,2	8,4	9,1	9,5
Schwellenländer										
Russland	3,1	- 8,0	1,5	1,5						
China und Hongkong	8,4	7,8	8,5	8,4						
Indien	2,2	6,9	7,5	7,5						
Ostasien ohne China ^{a)}	5,0	- 1,5	3,5	3,0						
Lateinamerika ^{b)}	6,9	- 2,2	3,1	2,8						
Schwellenländer insg.	25,6	1,3	5,1	4,9						
Insgesamt^{c)}	100,0	- 2,3	2,3	1,8						
<i>Nachrichtlich:</i>										
Weltwirtschaft ^{d)}		- 1,1	3,1	2,6						
Welthandel, real		- 11,0	5,0	4,0						

^{a)} Gewichteter Durchschnitt aus: Südkorea, Indonesien, Taiwan, Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2008 in US-Dollar. – ^{b)} Gewichteter Durchschnitt aus: Brasilien, Mexiko, Argentinien, Venezuela, Kolumbien, Chile. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2008 in US-Dollar. – ^{c)} Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2008 in US-Dollar. – ^{d)} Weltwirtschaft nach Abgrenzung des IWF. Gewichtet mit Kaufkraftparitäten des Jahres 2008.

Quelle: OECD; IWF; Berechnungen des ifo Instituts; 2009, 2010 und 2011: Prognose des ifo Instituts.

me ist damit zu rechnen, dass sich die wirtschaftliche Dynamik abflachen wird.

Die wirtschaftliche Expansion in den **Schwellenländern** wird im Prognosezeitraum vergleichsweise kräftig sein. In China wird die Konjunktur maßgeblich von dem Impuls der milliardenschweren staatlichen Stützungsmaßnahmen getragen, der die private Nachfrage stimulieren dürfte. Allerdings wird die Ausfuhrwirtschaft, die eine entscheidende Stütze des vorangegangenen Aufschwungs darstellte, nach wie vor durch die globale wirtschaftliche Schwäche belastet. In Indien wird die wirtschaftliche Entwicklung solide bleiben. Vor allem die Binnennachfrage dürfte kräftig expandieren. Auch in den übrigen Ländern Ostasiens wird sich die Konjunktur beleben, da insbesondere die anhaltend lebhaftere Entwicklung der chinesischen Wirtschaft den Außenhandel begünstigt. In Lateinamerika wird die wirtschaftliche Entwicklung der einzelnen Länder uneinheitlich verlaufen. So dürfte sie in Brasilien kräftig bleiben, während sie in Mexiko wohl weiterhin gedämpft ausfallen wird. Ein Teil der Länder der Region profitiert auch von dem jüngsten Anstieg der Rohstoffpreise.

Insgesamt wird das Bruttoinlandsprodukt der Welt im Jahr 2010 um 3,1% und im Jahr 2011 um 2,6% steigen, nachdem es im Jahr 2009 um 1,1% zurückgegangen ist (vgl. Abb. 1.1 und Tab. 1.1). Diese Prognose bezieht sich auf die

vom internationalen Währungsfonds (IMF) berücksichtigten Länder, deren Zuwachsraten mit Hilfe der Kaufkraftparitäten des Jahres 2008 gewichtet wurden. Der Anstieg der Preise wird sich weltweit etwas beschleunigen. Die Zahl der Arbeitslosen wird aufgrund der Schwäche der Konjunktur weiter zunehmen.

Die Prognose stützt sich auf die technische Annahme, dass der Preis für Rohöl der Sorte Brent im Prognosezeitraum um 72 US-Dollar je Barrel schwankt und dass sich der Wechselkurs des Euro bei etwa 1,47 US-Dollar stabilisiert. Der Welthandel wird – gemessen an den seitens der OECD veröffentlichten Daten – im Jahr 2010 um 5% und im Jahr 2011 um 4% steigen, nachdem er im Jahr 2009 empfindlich um etwa 11% zurückgegangen ist.

Risiken

In der Basisprognose erholt sich die Wirtschaft der Industrieländer nur schleppend. Zahlreiche Konjunkturindikatoren haben sich zuletzt jedoch erheblich verbessert, was insbesondere mit der außergewöhnlich expansiven Wirtschaftspolitik verbunden ist. Die Belebung der Konjunktur könnte deutlich stärker ausfallen, wenn die Multiplikatoren der fiskalischen Impulse größer sind als an-

genommen. Dann würde sich die private Binnennachfrage nicht nur stabilisieren sondern auch nachhaltig kräftig erhöhen.

Es besteht aber auch das Risiko, dass die Weltwirtschaft noch einmal in die Rezession abgleitet, wenn die Neukreditvergabe seitens der Banken noch stärker und länger eingeschränkt werden sollte als erwartet. Dies würde vor allem dann eintreten, wenn es zu einer fortgesetzten Erosion der Eigenkapitalausstattung infolge weiterer massiver Wertberichtigungen und rezessionsbedingter Abschreibungen kommen sollte. Nach Berechnungen des IMF sind die Risiken für die internationale Finanzmarktstabilität infolge des ausstehenden Abschreibungsbedarfs nach wie vor sehr hoch. Die anhaltende Verunsicherung der Finanzmärkte zeigte sich jüngst auch an der Reaktion der Börsen auf die Finanznöte Dubais und Griechenlands. Eine Intensivierung der Krise im Bankensektor infolge weiterer Schocks könnte die Finanzmärkte in einen Abwärtsstrudel ziehen. Letztlich würde die Konjunktur durch eine nochmalige Verschärfung der Finanzkrise empfindlich getroffen werden.

Ein weiteres Risiko für die Entwicklung der Weltwirtschaft besteht in der Herausforderung für die Träger der Wirtschaftspolitik, ihren expansiven Kurs angemessen zurückzufahren. Der Ausstieg aus der expansiven Wirtschaftspolitik sollte idealerweise dann erfolgen, wenn sich die Wirtschaft – insbesondere die private Binnennachfrage – stabilisiert hat und sich ohne weitere wirtschaftspolitische Impulse schrittweise belebt. Dagegen wäre mit einem Einbruch zu rechnen, wenn sich die Regierungen dazu entschließen, ihre Stützungsmaßnahmen zu früh einzudämmen. Dies gilt für die Geldpolitik ebenso wie für die Fiskalpolitik, die versucht sein könnte, die massive Ausweitung der Haushaltsdefizite im Rahmen von Konsolidierungsmaßnahmen zu schnell einzuschränken. Allerdings birgt auch ein zu spätes Eindämmen der Stützungsmaßnahmen ein erhebliches Risiko, da dies mit einem Vertrauensverlust in die Nachhaltigkeit der Geld- und Finanzpolitik verbunden sein könnte. Sollten die Zentralbanken ihren expansiven geldpolitischen Kurs über längere Zeit hinweg aufrechterhalten, so könnte dies zu einer Anhebung der Inflationserwartungen führen. Auch die Gefahr einer erneuten Blasenbildung auf den Finanzmärkten wäre infolge einer anhaltenden Liquiditätsschwemme groß. Schon jetzt ist nicht auszuschließen, dass die Kurserholung an den Finanzmärkten nicht nachhaltig ist. Für die Fiskalpolitik könnte infolge der hohen öffentlichen Defizite ein Glaubwürdigkeitsproblem entstehen, wodurch der Spielraum für zukünftige fiskalpolitische Maßnahmen nachhaltig begrenzt sein könnte. Sollte es den politischen Entscheidungsträgern zudem nicht gelingen, ihre Konsolidierungsbemühungen glaubhaft zu vermitteln, könnte es zu einem Vertrauensverlust kommen. Dies würde zu einem Anstieg der Kapitalmarktzinsen führen, welcher wiederum die Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte massiv vergrößern würde.

2. Zur Lage der Wirtschaft in ausgewählten Ländern und Regionen

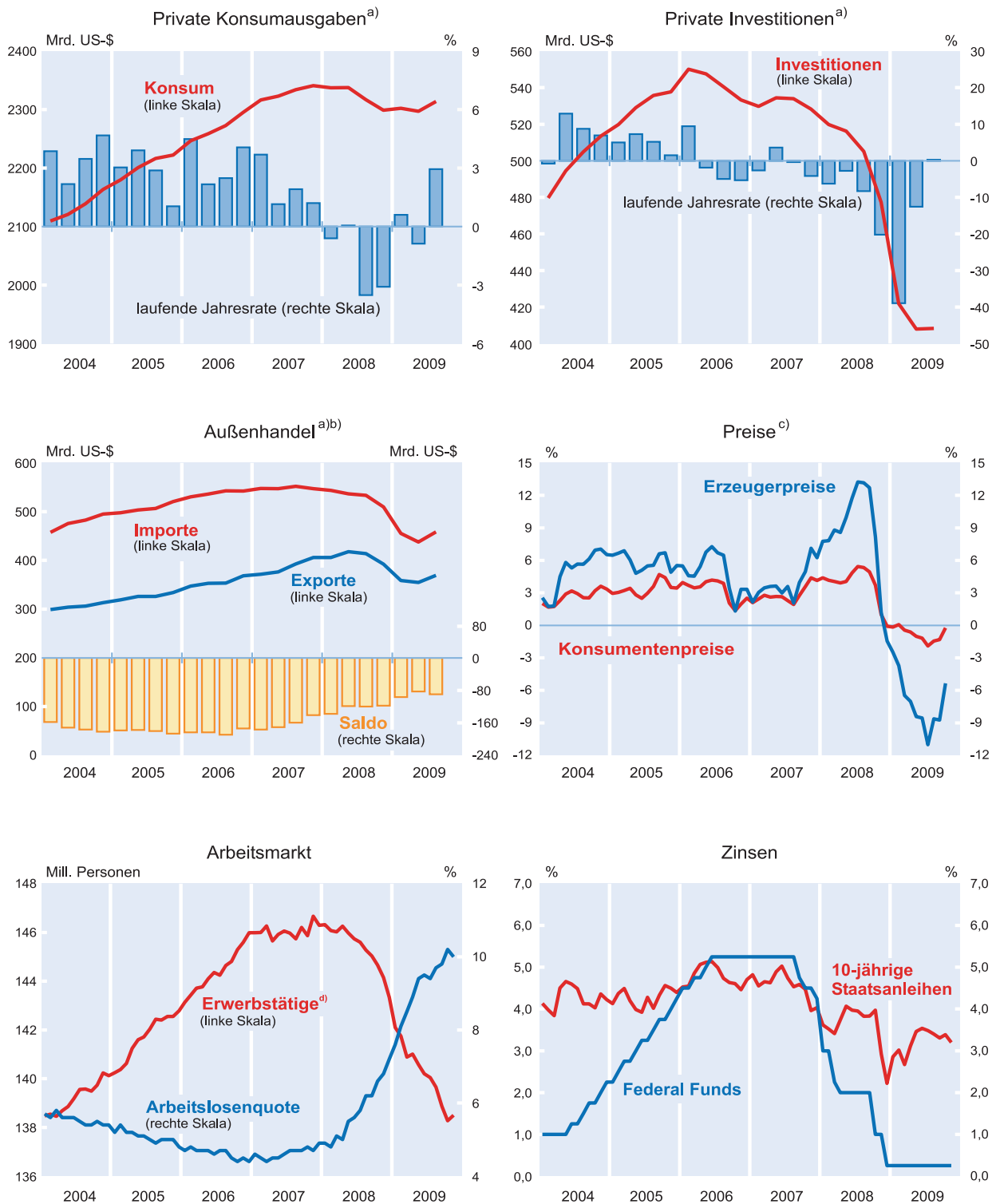
Vereinigte Staaten

In den USA ist die tiefste Rezession seit dem zweiten Weltkrieg im dritten Quartal 2009 zu Ende gegangen. Mit einem Zuwachs von annualisiert 2,8% war die gesamtwirtschaftliche Dynamik dabei so hoch wie seit zwei Jahren nicht mehr. Verantwortlich für die positive Entwicklung war insbesondere ein kräftiger Anstieg der privaten Konsumausgaben, die um 2,9% expandierten und mit mehr als zwei Prozentpunkten den größten Wachstumsbeitrag der Nachfragekomponenten lieferten (vgl. Abb. 2.1). Der Anstieg des privaten Konsums im dritten Quartal ist insbesondere auf die stark gestiegenen staatlichen Transferzahlungen im Zuge der Konjunkturprogramme zurückzuführen, welche die belastenden Faktoren von Seiten des Arbeitsmarktes bisher kompensiert haben. Insbesondere die in den Sommermonaten gewährte Abwrackprämie (»Cash for Clunkers«) hat zu einer vorübergehend hohen Ausgabendynamik geführt. Die zusätzlichen Pkw-Verkäufe erklären dabei rund die Hälfte des gesamten Zuwachses des Bruttoinlandsprodukts im dritten Quartal. Mit dem Auslaufen der Förderung Ende August brach der monatliche Automobilabsatz, der temporär um rund drei Millionen Fahrzeuge und damit auf Vorkrisenniveau angestiegen war, wieder ein. Im Prognosezeitraum ist von einer anhaltenden Schwäche der Automobilindustrie auszugehen, die neben der ausbleibenden Nachfrage nach den Vorzieheffekten weiter unter Strukturproblemen leidet.

Ein zusätzlicher Impuls ging von den Lagerinvestitionen aus, die den Anstieg des Bruttoinlandsprodukts im dritten Quartal alleine um knapp einen Prozentpunkt erhöhten. Die Ausstattungsinvestitionen der Unternehmen, die rund die Hälfte des gesamten Investitionsvolumens ausmachen, expandierten demgegenüber nur schwach. Verantwortlich hierfür ist insbesondere die nach wie vor außergewöhnlich geringe Kapazitätsauslastung in der Industrie. Sie ist zwar seit ihrem Tiefststand im Juni leicht angestiegen, liegt mit rund 71% im November jedoch weiter auf historisch niedrigem Niveau (vgl. Abb. 2.2).

Nach 14 Quartalen mit zum Teil hohen negativen Raten trug der private Wohnungsbau im abgelaufenen Quartal erstmals wieder positiv zum Wachstum bei und stieg mit rund 20% sogar kräftig. Auf Grund seines über die Krisenjahre deutlich gesunkenen Anteils war der Wachstumsbeitrag mit rund einem halben Prozentpunkt jedoch gering. Demgegenüber steckt der Wirtschaftsbau weiter in der Krise. Die Investitionstätigkeit in diesem Bereich sank mit rund 15% erneut deutlich. Da die Importe im dritten Quartal stark zulegten, trug der Außenhandel trotz Exportzuwächsen negativ zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts bei.

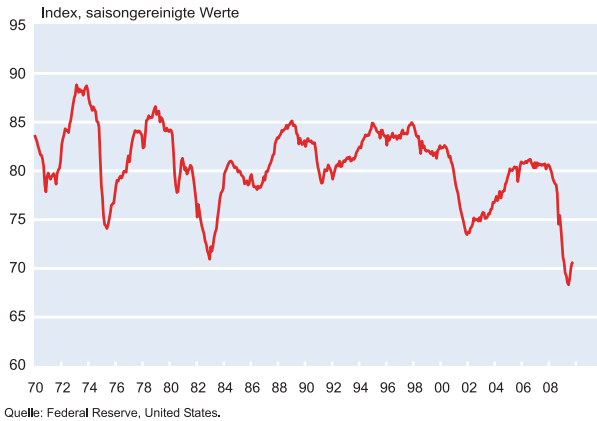
Abb. 2.1
Konjunkturelle Entwicklung in den USA seit 2004



^{a)} Real, saisonbereinigte Werte.
^{b)} Waren und Dienstleistungen.
^{c)} Veränderung gegenüber Vorjahr in %.
^{d)} Zivile Erwerbstätige insgesamt, saisonbereinigt.

Quelle: Bureau of Labor Statistics; Federal Reserve; U.S. Department of Commerce; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 2.2
Kapazitätsauslastung in den USA 1970-Oktober 2009



Auf den Arbeitsmarkt wirkt sich die konjunkturelle Erholung bisher kaum aus. So sinkt die Zahl der Beschäftigten bis zuletzt – wenn auch in geringerem Tempo – und die Arbeitslosigkeit liegt mit 10% im November weiterhin nahe des höchsten Standes seit 1983.

Nach einer acht Monate anhaltenden Phase der Deflation hat das Preisniveau im November erstmals wieder gegenüber dem Vorjahreswert zugelegt. Die Inflationsentwicklung wurde vor allem durch die Erholung der Energie- und Rohstoffpreise bestimmt, die gemessen an ihren Tiefstständen vor einem Jahr wieder deutlich zulegten. Allerdings bleibt die Kernrate des Konsumdeflators – das bevorzugte Inflationsmaß der US-Notenbank (Fed) – im Oktober mit 1,4% weiterhin auf niedrigem Niveau. Vor dem Hintergrund der schwachen Kapazitätsauslastung ist deshalb in naher Zukunft nur mit einem geringen Anstieg des Preisniveaus zu rechnen.

Am Immobilienmarkt endete ein fast drei Jahre anhaltender Preisverfall. Ausgehend von ihrem Hoch im April 2006 waren die Immobilienpreise bis zum Mai 2009 um über 30% gefallen. Seit Juni steigen die Preise wieder moderat. Zurückzuführen ist diese Entwicklung nicht zuletzt auf die massiven Subventionen und Steuererleichterungen der US-Regierung. Allein im Fiskaljahr 2009 summierte sich die finanzpolitische Unterstützung des Immobilienmarktes, etwa für den *First-Time Home Buyer Credit*, auf rund 300 Mrd. US-Dollar. Ob die Preisstabilisierung nachhaltig ist, kann erst nach dem Auslaufen der staatlichen Hilfen bewertet werden. Eine Fortsetzung des Preisverfalls am Immobilienmarkt würde zu weiteren Abschreibungen auf hypothekenbesicherte Wertpapiere führen und damit die Stabilität des Bankensystems erneut stark gefährden.

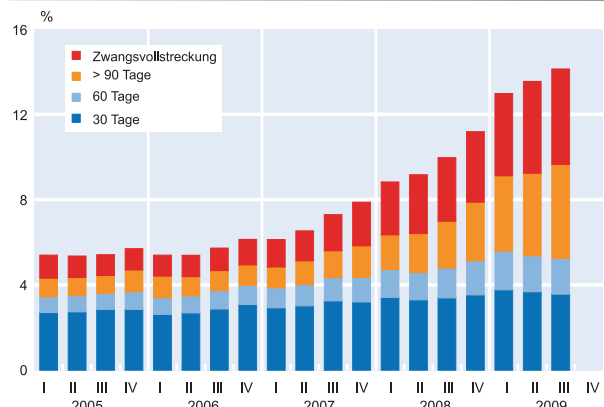
Der Interbankenmarkt zeigt zunehmend Zeichen der Entspannung. So ist der Risikoaufschlag für unbesichertes Dreimonatsgeld gegenüber staatlichen Schatzwechseln gleicher Laufzeit in den vergangenen zwölf Monaten deutlich zurück-

gegangen und erreichte im September mit 0,2 Prozentpunkten wieder sein Vorkrisenniveau. Als Reaktion auf diese Entwicklung führt die US-Notenbank ihre Liquiditätshilfen kontinuierlich zurück. Dennoch wächst ihr Bilanzvolumen infolge der Aufstockung der massiven Interventionsprogramme zur Senkung der langfristigen Kreditzinsen, insbesondere am Hypothekenmarkt, weiter an. Während ein Aufkaufprogramm für US-Staatsanleihen (300 Mrd. US-Dollar) bereits im Oktober abgeschlossen wurde, soll der Ankauf von Schuldpapieren der staatlichen Hypothekenfinanzierer (aktuell 155 von geplanten 175 Mrd. US-Dollar) sowie von hypothekenbesicherten Wertpapieren (aktuell 860 von geplanten 1 250 Mrd. US-Dollar) noch bis ins erste Quartal 2010 fortgesetzt werden. Aus diesem Grund ist von einer weiteren Ausweitung der Zentralbankbilanz auszugehen.

Unterstützt durch die umfangreichen Maßnahmen der Fed sind die Hypothekenzinsen seit Ende 2008 deutlich gefallen. Entsprechend registrieren die Banken bereits seit dem zweiten Quartal 2009 wieder eine deutlich stärkere Nachfrage nach Hypothekenkrediten. Aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit und steigender Kreditausfallraten bleibt die Kreditvergabe jedoch weiterhin restriktiv. Denn trotz der Entspannung am Interbankenmarkt ist der Höhepunkt der konjunkturell bedingten Kreditausfälle wohl noch nicht erreicht. Hierdurch erwachsen zusätzliche Belastungen für die krisenbedingt geschwächte Eigenkapitalbasis des Bankensystems. So hat der Anteil der Hypothekenkredite, die sich in Zahlungsverzug oder bereits in Zwangsvollstreckung befinden, im letzten Quartal eine neue Rekordmarke von 14,4% erreicht (vgl. Abb. 2.3).

Im Zuge dieser Entwicklung sind viele Banken nicht mehr dazu bereit, weitere Hypothekenkredite in die eigene Bilanz aufzunehmen. Aus diesem Grund werden zur Zeit 95% der im Rahmen der Kreditneuevergabe entstehenden Forderungen durch die staatlich gestützten Hypothekenfinanzierer Fannie Mae, Freddie Mac und Ginnie Mae erwor-

Abb. 2.3
Anteil der Hypothekenkredite in Zahlungsverzug oder Zwangsvollstreckung

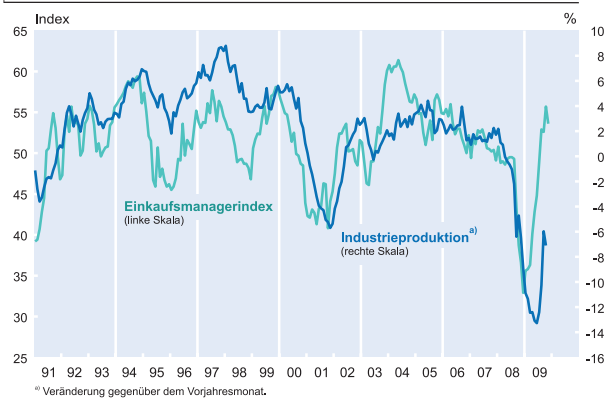


ben und verbrieft. Als Käufer dieser Papiere tritt bisher vor allem die US-Notenbank auf. Deshalb könnte das Auslaufen der geldpolitischen Hilfsprogramme zum Ende des ersten Quartals 2010 den Hypothekenmarkt spürbar belasten. Neben steigenden Hypothekenzinsen und einer zunehmenden Kreditrationierung ist dann auch ein erneuter Rückgang der Immobilienpreise nicht auszuschließen. Aus diesem Grund betreibt die US-Notenbank weiterhin eine faktische Nullzinspolitik. Ziel ihres expansiven Kurses ist die Stützung der Konjunktur und die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Kreditvergabe. Vor dem Hintergrund der hohen Arbeitslosigkeit, der schwachen Preisdynamik und der weiterhin als stabil zu bewertenden Inflationserwartungen wird sie den Zielbereich für den Leitzins voraussichtlich auch im ersten Halbjahr 2010 unverändert bei 0 bis 0,25% belassen.

Der amerikanische Staatshaushalt verzeichnete 2009 ein Rekorddefizit. Zum Ende des Fiskaljahres im September betrug das US-Budgetdefizit 1,4 Billionen US-Dollar oder 9,9% des nominalen Bruttoinlandsprodukts (gegenüber 3,2% in 2008) und erreichte damit den höchsten Wert seit 1945. Der Anstieg ist gleichermaßen auf einen Einnahmerückgang wie einen Ausgabenanstieg zurückzuführen. Auf der Ausgabenseite fielen vor allem Sonderaufwendungen zur Bankenrettung (TARP) sowie Finanzhilfen für die staatlichen Hypothekenfinanzierer ins Gewicht, während das im Februar verabschiedete Konjunkturpaket (ARRA) neben der Ausgabenseite auch die konjunkturell geschwächte Einnahmenseite belastet. Den größten Einfluss auf das Defizit wird der fiskalpolitische Stimulus allerdings erst im Fiskaljahr 2010 entfalten, wenn etwa 400 der veranschlagten 787 Mrd. US-Dollar haushaltswirksam werden. Hinzu kommen steigende Sozialausgaben, insbesondere in den Bereichen Arbeit und Gesundheit, so dass trotz der sinkenden Aufwendungen zur Stabilisierung des Finanzsystems auch im Fiskaljahr 2010 kaum mit einem spürbaren Rückgang des gesamtstaatlichen Defizits zu rechnen ist. Die Schuldenquote wird deshalb im Prognosezeitraum 90% überschreiten und den finanzpolitischen Handlungsspielraum der US-Regierung zunehmend begrenzen.

Wichtige konjunkturelle Frühindikatoren zeichnen aktuell ein uneinheitliches Bild. Obgleich die monatlich erhobenen Daten zu den privaten Konsumausgaben eine relativ hohe Dynamik im laufenden Quartal anzeigen, deuten Umfragen zum Verbrauchervertrauen weiterhin auf eine geringe Zuversicht der Konsumenten hin. Verantwortlich hierfür ist insbesondere die anhaltend angespannte Situation am Arbeitsmarkt (vgl. Abb. 2.4 und Abb. 2.5). Trotz der seit Jahresbeginn merklich gestiegenen Absatz- und Ertragserwartungen der Unternehmen entwickeln sich Produktion sowie Auftragsgänge aktuell wenig dynamisch. Sowohl das geringe Vertrauen der Verbraucher als auch die schwache Auftragsla-

Abb. 2.4
Industrieproduktion und der Einkaufsmanagerindex für das verarbeitende Gewerbe in den USA



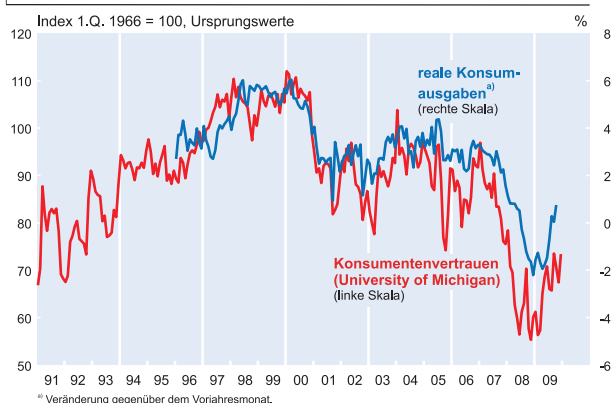
^{a)} Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat.
Quelle: Institute for Supply Management; Federal Reserve.

ge lassen eine dynamische Erholung der amerikanischen Wirtschaft als unwahrscheinlich erscheinen.

Die stark gestiegene Arbeitslosigkeit stellt zunehmend eine Belastung für die Einkommenssituation der Haushalte dar. Der Anstieg der Nominallöhne hat sich bereits merklich verlangsamt, und die Reallohne werden mit dem Auslaufen des Basiseffekts bei den Energiepreisen zunehmend unter Druck geraten. Aufgrund stark fallender Zins- und Dividendeneinnahmen sind die real verfügbaren Einkommen – die wichtigste Determinante des privaten Konsums – im dritten Quartal bereits rückläufig.

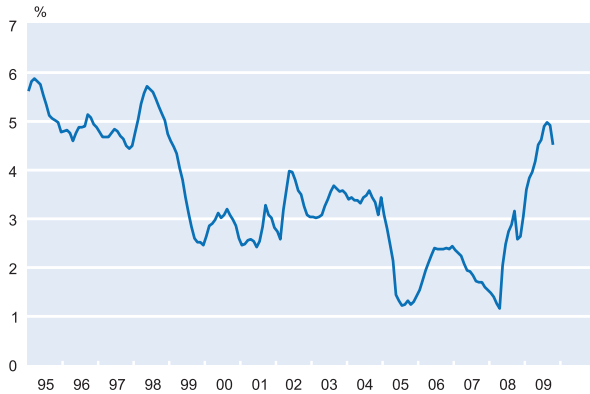
Zunehmend bremsend auf die Entwicklung der Konsumausgaben im Prognosezeitraum wird sich auch die fortgesetzte Entschuldung der Haushalte auswirken. So hat sich die Sparquote von ihrem Tiefststand von unter 1% zur Jahresmitte 2008 auf rund 4,4% im November erhöht und bleibt im Trend aufwärtsgerichtet (vgl. Abb. 2.6). Dies zeigt sich auch an der rückläufigen Kreditvergabe an die Haushalte, insbesondere im Bereich der Kreditkarten. So sanken die

Abb. 2.5
Index für Konsumentenvertrauen und die realen Konsumausgaben in den USA



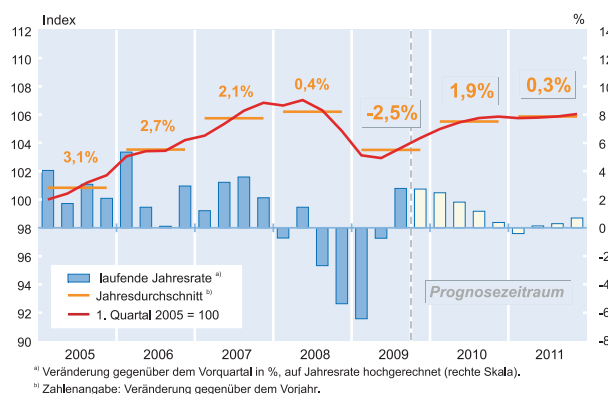
^{a)} Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat.
Quelle: University of Michigan; U.S. Department of Commerce.

Abb. 2.6
Sparquote in den USA 1995-Oktober 2009
Gleitender 5-Monatsdurchschnitt



Quelle: Bureau of Economic Analysis.

Abb. 2.7
Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA
Saisonbereinigter Verlauf



^{a)} Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).
^{b)} Zahlenangabe: Veränderung gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Dezember 2009).

Konsumentenkredite insgesamt im Oktober den neunten Monat in Folge. Mit dem Auslaufen der staatlichen Unterstützung im Verlauf des Jahres 2010 werden die privaten Konsumausgaben im weiteren Prognosezeitraum kaum mehr expandieren.

Angetrieben von umfangreichen geld- und fiskalpolitischen Stimuli sowie einer zyklusbedingt höheren Dynamik der Ausrüstungs- und Lagerinvestitionen wird die gesamtwirtschaftliche Produktion im Winterhalbjahr zunächst noch merklich expandieren (vgl. Abb. 2.7). Mit dem Auslaufen der Unterstützungsmaßnahmen und des Lagerzyklus wird die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts als Folge der erheblichen Belastungen, die auf die privaten Konsumausgaben wirken, jedoch zunehmend an Schwung verlieren. Im weiteren Prognosezeitraum dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion vorübergehend sogar erneut leicht rückläufig sein. Trotz dieses konjunkturellen Rückschlages wird die amerikanische Wirtschaft im Prognosezeitraum jedoch nicht erneut in eine Rezession abgleiten. So wird das reale Bruttoinlandsprodukt nach einem Rückgang von 2,5% im Jahr 2009 im kommenden Jahr um 1,9% expandieren und 2011 insgesamt stagnieren (vgl. Tab. 2.1). Die Arbeitslosenquote wird im Jahr 2010 auf 9,5% zurückgehen und im Durchschnitt des Jahres 2011 bei 10% liegen.

Japan

Die japanische Wirtschaft hat sich in den vergangenen beiden Quartalen von ihrem Absturz im Winterhalbjahr 2008/2009 etwas erholt. Das Bruttoinlandsprodukt stieg im zweiten Quartal 2009 um 0,7% gegenüber dem Vorquartal und im dritten Quartal um 0,3%. Wichtigste Treiber waren die positive Entwicklung des Außenhandels und des privaten Konsums. Begünstigt durch die starke Zunahme der Exporte stieg der Außenbeitrag im zweiten Quartal auf 2,9% des Bruttoinlandsprodukts und im dritten Quartal auf 3,4%. Der private Konsum legte im zweiten Quartal um 1,2% und im dritten Quartal um 1,0% zu. Negativ wirkt sich dagegen weiterhin die Entwicklung der Investitionstätigkeit aus, die im zweiten Quartal um 5,4% und im dritten Quartal um 3,6% gesunken ist (vgl. Abb. 2.8).

Die günstige Entwicklung in den letzten beiden Quartalen dürfte im vierten Quartal andauern. Darauf deuten wichtige Wirtschaftsdaten hin, die ihre Erholungstendenz der vergangenen Monate fortsetzen. Hier sind die Ergebnisse der Tankan Unternehmensbefragung zu nennen, nach denen sich die Lage

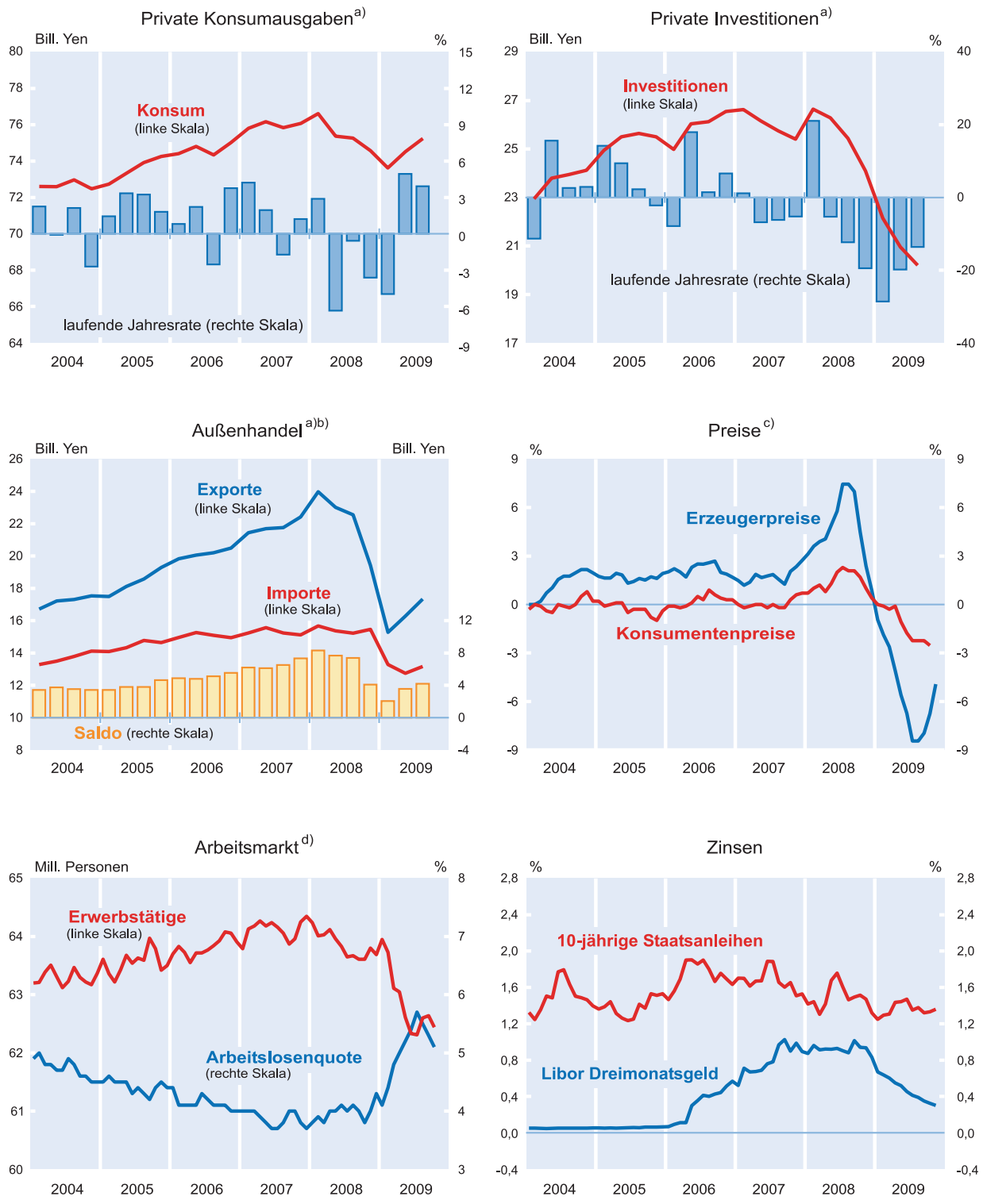
Tab. 2.1
Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in den USA

	2008	2009	2010	2011
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Reales Bruttoinlandsprodukt	0,4	-2,5	1,9	0,3
Privater Konsum	-0,2	-0,6	1,5	-0,3
Staatskonsum und -investitionen	3,1	2,1	2,0	1,0
Private Bruttoanlageinvestitionen	-7,3	-24,5	2,4	0,7
Inländische Verwendung	-0,8	-3,5	1,7	0,1
Exporte	5,4	-10,6	4,8	3,0
Importe	-3,2	-14,7	2,8	0,8
Außenbeitrag ^{a)}	1,2	1,0	0,2	0,2
Verbraucherpreise	3,8	-0,4	1,6	1,0
In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts				
Budgetsaldo ^{b)}	-3,1	-9,9	-11,5	-10,5
Leistungsbilanzsaldo	-4,7	-3,1	-2,8	-2,6
In % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote	5,8	9,2	9,5	10,0

^{a)} Wachstumsbeitrag. – ^{b)} Gesamtstaatlich, Fiskaljahr.

Quelle: U.S. Department of Commerce, Bureau of Economic Analysis; U.S. Department of Labor; Bureau of Labor Statistics; Berechnungen des ifo Instituts; 2009, 2010 und 2011: Prognose des ifo Instituts.

Abb. 2.8
Konjunkturelle Entwicklung in Japan seit 2004



^{a)} Real, saisonbereinigte Werte.

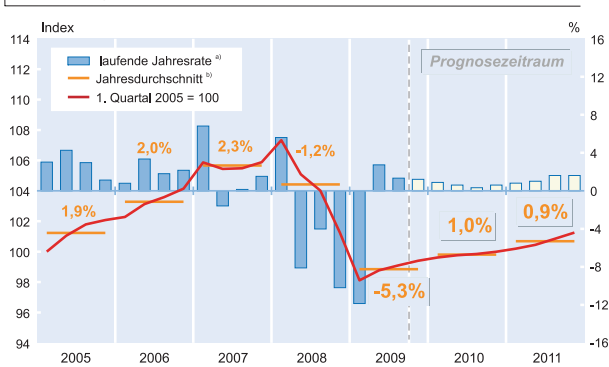
^{b)} Waren und Dienstleistungen.

^{c)} Veränderung gegenüber Vorjahr in %.

^{d)} Saisonbereinigt.

Quelle: Bank of Japan; ESRI; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 2.9
Reales Bruttoinlandsprodukt in Japan
 Saisonbereinigter Verlauf



^{a)} Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).
^{b)} Zahlenangabe: Veränderung gegenüber dem Vorjahr.
 Quelle: ESRI; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Dezember 2009).

und die Gewinnsituation japanischer Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe weiter verbessert haben. Dies geht einher mit positiven Zuwachsraten der Industrieproduktion, die inzwischen auf Monatsbasis zum siebten Mal in Folge angestiegen ist. Dass diese Erholung nicht nur in der Industrie zu spüren ist, zeigt die Entwicklung der vielbeachteten Indizes für die Aktivität im Dienstleistungssektor und in der Gesamtwirtschaft, die beide stark gestiegen sind. Ähnliche Signale senden außerdem Umfragen zum Verbrauchertrauen aus. Ihre positive Entwicklung ist jedoch zu großen Teilen auf staatliche Stützungsmaßnahmen und Anreizprogramme zur Ankurbelung des privaten Konsums zurückzuführen.

Während der Ausblick für das letzte Quartal des Jahres also durchaus optimistisch ausfällt, gibt es einige Faktoren, die vor allem für die mittlere Frist negative Auswirkungen auf die Wirtschaft besitzen dürften. Besonders schwer dürf-

te hier der Rückgang des privaten Konsums wiegen, da mit zunehmender Dauer der Unterauslastung der Kapazitäten ein weiterer Anstieg der Arbeitslosigkeit und eine Reduzierung der Löhne zu erwarten ist. Daneben wird die aktuelle Deflation noch weit in das Jahr 2011 hineinreichen und die private Nachfrage dämpfen. Die momentane Stärke des Yen, der Ende November ein 14-Jahreshoch gegenüber dem US-Dollar markierte, dürfte die exportabhängige japanische Wirtschaft zusätzlich belasten.

Dass diese Risiken ernst genommen werden, zeigen Regierung und Zentralbank, die – anders als in vielen anderen asiatischen Staaten – neue Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft getroffen haben. So hat die japanische Regierung Anfang Dezember auf die beschriebenen mittelfristigen Gefahren mit einem zusätzlichen Konjunkturprogramm im Volumen von 7,2 Billionen Yen (54 Milliarden Euro) reagiert, um die Binnennachfrage zu stimulieren und den drohenden Einbruch des Konsums im nächsten Jahr zu verhindern. Die Bank of Japan hat ihrerseits auf unmittelbare Zeit keine Abkehr von ihrer Niedrigzinspolitik anberaunt und vielmehr den Banken des Landes noch einmal mehr als 10 Billionen Yen (76 Milliarden Euro) an Mitteln zur weiteren Ankurbelung der Kreditvergabe bereitgestellt.

Daher dürfte Japan im vierten Quartal 2009 im Zuge der weltweiten wirtschaftlichen Erholung noch einmal einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorquartal aufweisen (vgl. Abb. 2.9). Trotzdem ist für das Gesamtjahr 2009 noch immer mit einem Rückgang der Wirtschaftsleistung um 5,3% zu rechnen. Dies ist dem starken Absturz der Wirtschaftsleistung im Winterhalbjahr 2008/09 geschuldet. Im Jahr 2010 stehen den inländischen Problemen positive Impulse von Seiten der Weltwirtschaft, insbesondere von China, entgegen. Die Wirtschaftsleistung dürfte alles in allem um 1,0% über dem Durchschnitt dieses Jahres liegen (vgl. Tab. 2.2). Für das Jahr 2011 ist ein Anstieg um 0,9% zu erwarten.

Tab. 2.2
Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Japan

	2008	2009	2010	2011
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Reales Bruttoinlandsprodukt	-1,2	-5,3	1,0	0,9
Privater Konsum	-0,7	-1,0	-0,8	0,1
Staatskonsum und -investitionen	-1,3	2,2	0,2	-0,9
Private Bruttoanlageinvestitionen	-1,4	-18,5	1,1	4,2
Inländische Verwendung	-1,0	-3,7	-0,3	0,5
Außenbeitrag ^{a)}	0,2	-2,1	1,5	0,4
Verbraucherpreise	1,4	-1,3	-0,4	0,1
In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts				
Budgetsaldo ^{b)}	-2,7	-8,0	-9,0	-5,0
Leistungsbilanzsaldo	3,2	2,0	2,5	3,5
In % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote	4,0	5,3	5,8	5,6

^{a)} Wachstumsbeitrag. – ^{b)} Gesamtstaatlich.

Quelle: OECD; Cabinet Office; Berechnungen des ifo Instituts; 2009, 2010 und 2011: Prognose des ifo Instituts.

China

Chinas Wirtschaft hat im Sommerhalbjahr 2009 beinahe zu alten Wachstumsraten zurückgefunden. Die Wirtschaftsleistung erhöhte sich im zweiten Quartal um 7,9% gegenüber dem Vorjahreszeitraum und im dritten Quartal um 8,9%. Das Bruttoinlandsprodukt lag somit in den ersten drei Quartalen des Jahres durchschnittlich um 7,7% über dem Wert des vorangegangenen Jahres. Damit zeichnet sich ab, dass für das Gesamtjahr 2009 das selbstgesteckte Ziel eines Anstiegs des Bruttoinlandsprodukts

von 8% deutlich übertroffen wird. Zurückzuführen ist diese Entwicklung vor allem auf den enormen Anstieg der Investitionstätigkeit, der durch das riesige Konjunkturprogramm der Regierung getrieben ist. Seit der zweiten Jahreshälfte trägt aber auch eine Belebung des Außenhandels positiv zu der Erholung bei.

Nach der günstigen Entwicklung in den vergangenen beiden Quartalen bleiben die Aussichten auch für das vierte Quartal positiv. So erhöhte sich die Industrieproduktion im Oktober mit 16,1% gegenüber dem Vorjahreszeitraum noch einmal wesentlich stärker als im September, als die Zuwachsrate 13,9% betrug. Die guten Aussichten werden außerdem durch die Ergebnisse verschiedener Umfragen zur aktuellen Geschäftslage im verarbeitenden Gewerbe untermauert, die sich im Oktober weiter verbessert haben. Aber auch die Einzelhandelsumsätze stiegen im Oktober mit 16,2% gegenüber dem Vorjahreszeitraum noch einmal stark an. Das positive Bild wird abgerundet durch die Exporte, die im Oktober nur noch knapp 13,8% unter dem Wert des Vorjahresmonats lagen und sich damit deutlich von ihren Tiefständen gegen Mitte des Jahres erholt haben.

Der optimistische Ausblick wird bisher nicht durch einen Anstieg des Preisniveaus getrübt. Nachdem die Inflationsrate im Oktober bei -0,5% gelegen hat, dürfte sie auch im Jahr 2010 nicht über 3% steigen. Zudem liegt die Arbeitslosigkeit nach offiziellen Angaben zumindest in den städtischen Regionen bei nur 4,3%. Und auch von Wechselkursseite sind keine negativen Impulse zu erwarten, da die Regierung trotz der Kritik aus dem Ausland an ihrer Politik des fixen Wechselkurses gegenüber dem US-Dollar festhält und somit die exportorientierte Wirtschaft durch einen stark unterbewerteten Renminbi weiter subventioniert.

Die Aussichten für die Wirtschaftsentwicklung Chinas bleiben daher auch über den Jahreswechsel hinaus positiv. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass es der Regierung gelungen ist, mit ihrem massiven Konjunkturprogramm die wirtschaftliche Aktivität auch ohne Impulse von außen deutlich zu stärken. Auf mittlere Sicht ist damit zu rechnen, dass die Effekte des Konjunkturprogramms, das Mitte des nächsten Jahres ausläuft, nicht vollständig durch Impulse der Weltwirtschaft kompensiert werden. Für das Jahr 2009 wird der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts 7,8% betragen. Im Jahr 2010 dürfte sich die Wirtschaftsleistung um 8,5% erhöhen, im Jahr 2011 um 8,4%.

Indien

Indien erlebte im zweiten und dritten Quartal des Jahres einen starken Anstieg der wirtschaftlichen Dynamik. Nachdem in den beiden Winterquartalen die Wirtschaftsleistung jeweils nur um 5,8% über dem Niveau des Vorjahreszeit-

raums gelegen hatte, erhöhte sich der Anstieg im zweiten Quartal dieses Jahres auf 6,1%, im dritten Quartal sogar auf 7,9%.

Während der für die indische Wirtschaft sehr wichtige Agrarsektor aufgrund des verspätet einsetzenden Monsuns weniger als erwartet zu der Erholung beitragen konnte, wurde dies durch die positive Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe und vor allem im Dienstleistungssektor mehr als ausgeglichen. So erhöhte sich die Industrieproduktion im dritten Quartal um 8,3% gegenüber dem Vorjahresquartal, der Dienstleistungssektor wies sogar einen Anstieg von 9,3% auf. Die wirtschaftliche Belebung dürfte sich in den letzten Monaten des Jahres fortsetzen. Darauf deuten die Geschäftsklimaindizes für die gesamte Wirtschaft sowie das verarbeitende Gewerbe hin, deren Aufwärtstendenz ungebrochen ist. Aber auch der deutliche Anstieg der Groß- und Einzelhandelspreise sprechen für eine weiterhin dynamische Entwicklung der wirtschaftlichen Aktivität.

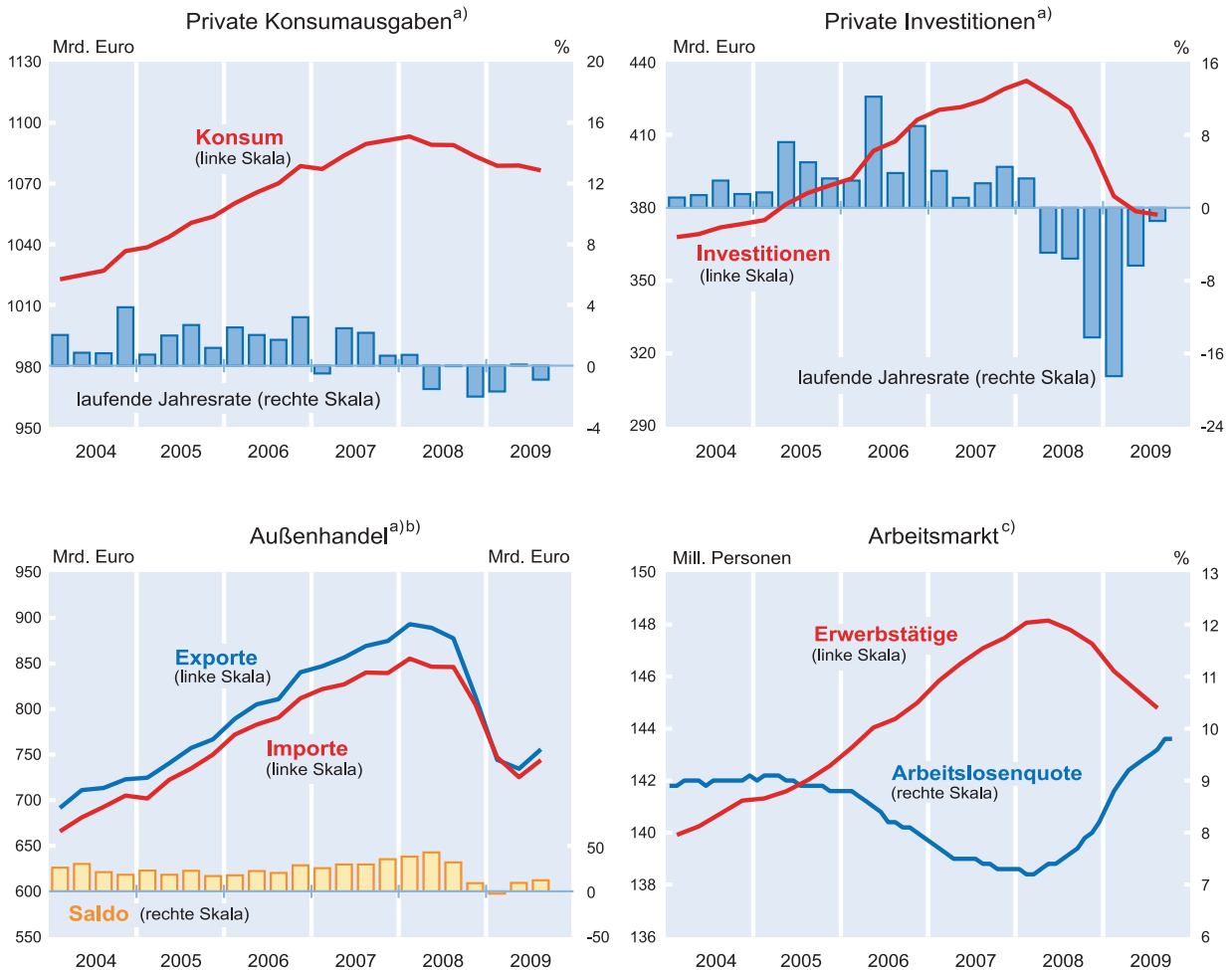
Angesichts dieser positiven Aussichten denken Regierung und Zentralbank über den Ausstieg aus ihren konjunkturfördernden Maßnahmen nach. So hat die Regierung zuletzt angekündigt, im nächsten Jahr etwas weniger als die veranschlagten Mittel zur Stützung der Konjunktur zu verwenden. Neben der wirtschaftlichen Erholung dürfte zur Entscheidungsfindung vor allem auch das hohe Budgetdefizit des indischen Staates beigetragen haben, das mit jeweils geschätzten 7% des Bruttoinlandsprodukts im aktuellen und kommenden Haushaltsjahr sehr groß ausfällt. Die indische Zentralbank gab auf ihrer jüngsten Sitzung bekannt, die Zinsen – eine fortgesetzte Wirtschaftserholung vorausgesetzt – bereits im ersten Quartal 2010 wieder anheben zu wollen, weit früher als die Zentralbanken vieler anderer asiatischer Länder. Für diese Entscheidung dürfte die akute Inflationsgefahr maßgeblich gewesen sein. Aufgrund geringer Niederschläge ist es im Oktober zu einem enormen Anstieg der Lebensmittelpreise gekommen. Daher dürfte die Teuerungsrate im Jahr 2010, nach dem Wegfall von Basiseffekten aus dem vergangenen Jahr, den Wert von 5% übersteigen.

Alles in allem ist für Indien im Prognosezeitraum mit robusten Wachstumsraten zu rechnen. Besonders im letzten Quartal des Jahres 2009 wird die Produktion voraussichtlich sehr kräftig anziehen. Für das Jahr 2009 ist ein Anstieg der Wirtschaftsleistung um 6,9% zu erwarten. In den Jahren 2010 und 2011 dürfte das Bruttoinlandsprodukt um je 7,5% zunehmen.

Euroraum

Die Wirtschaft des Euroraums hat sich im Herbst 2009 erholt. Das reale Bruttoinlandsprodukt legte im dritten Quar-

Abb. 2.10
Konjunkturelle Entwicklung im Euroraum seit 2004



^{a)} Real, saison- und kalenderbereinigte Werte.
^{b)} Waren und Dienstleistungen.
^{c)} Saisonbereinigt.

Quelle: Eurostat; Berechnungen des ifo Instituts.

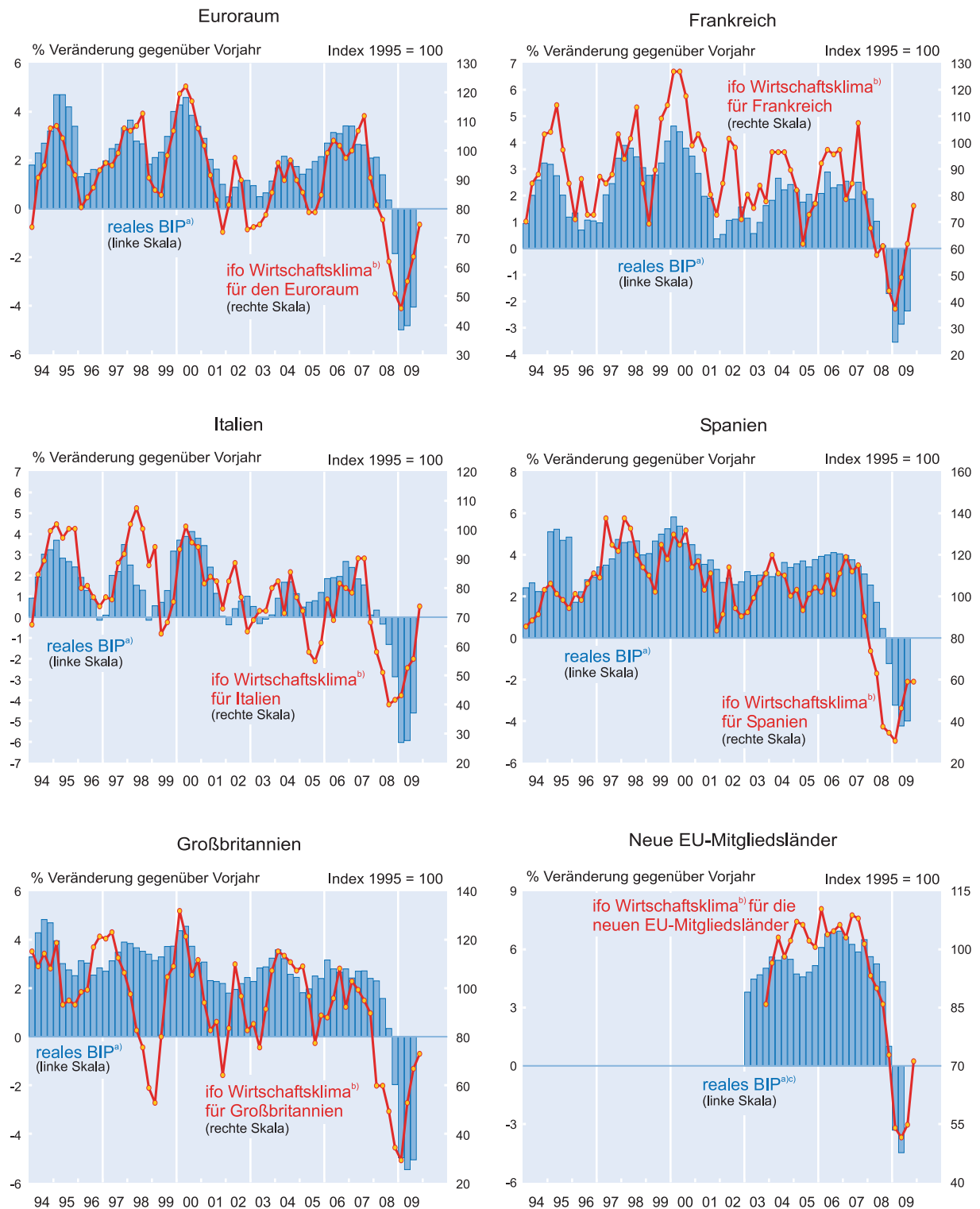
tal um 0,4% zu, nachdem es im zweiten Quartal noch um 0,2% zurückgegangen war. Allerdings war der Konsum der privaten Haushalte erneut rückläufig. Auch die Investitionen sanken, jedoch weniger stark als zuvor. Der Außenhandel lieferte hingegen einen leicht positiven Wachstumsbeitrag, da die Exporte etwas stärker als die Importe stiegen (vgl. Abb. 2.10).

Die wirtschaftliche Entwicklung in den großen Ländern des Euroraums hat sich im dritten Quartal nahezu ausnahmslos verbessert. So stieg das reale Bruttoinlandsprodukt in Deutschland und in Italien vergleichsweise kräftig, während es sich in Frankreich und den Niederlanden zumindest moderat erhöhte. Lediglich in Spanien hält die Rezession weiter an; die Kontraktion der spanischen Wirtschaft schwächte sich jedoch spürbar ab. Die Erholung der Kon-

junktur spiegelte sich in der Entwicklung des ifo Wirtschaftsklimas wider. Der Indikator legte in den vergangenen beiden Quartalen nach seinem historischen Tiefstand merklich zu (vgl. Abb. 2.11).

Die Belebung der Wirtschaft im Euroraum dürfte sich in den kommenden Quartalen zunächst fortsetzen. Zahlreiche Frühindikatoren sind mittlerweile aufwärtsgerichtet. Dennoch ist es fraglich, ob die Expansion der Konjunktur anhaltend kräftig ausfallen wird, da nennenswerte Faktoren weiterhin stark belastend wirken. So gestaltet sich die Kreditvergabe der Banken nach wie vor restriktiv, nicht zuletzt auch, weil mit weiteren rezessionsbedingten Abschreibungen gerechnet wird. Die Auslastung der Kapazitäten in der Industrie bleibt nach ihrem Einbruch auf ein Rekordtief gering. Zudem hat sich die Lage am Arbeits-

Abb. 2.11
Wirtschaftswachstum und ifo Wirtschaftsklima für ausgewählte europäische Länder und Regionen



^{a)} Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %, saison- und kalenderbereinigt.
^{b)} Arithmetisches Mittel der Bewertung der gegenwärtigen Lage und der erwarteten Entwicklung.
^{c)} Berechnungen des ifo Instituts.

Quelle: Eurostat; Ifo World Economic Survey (WES) IV/2009.

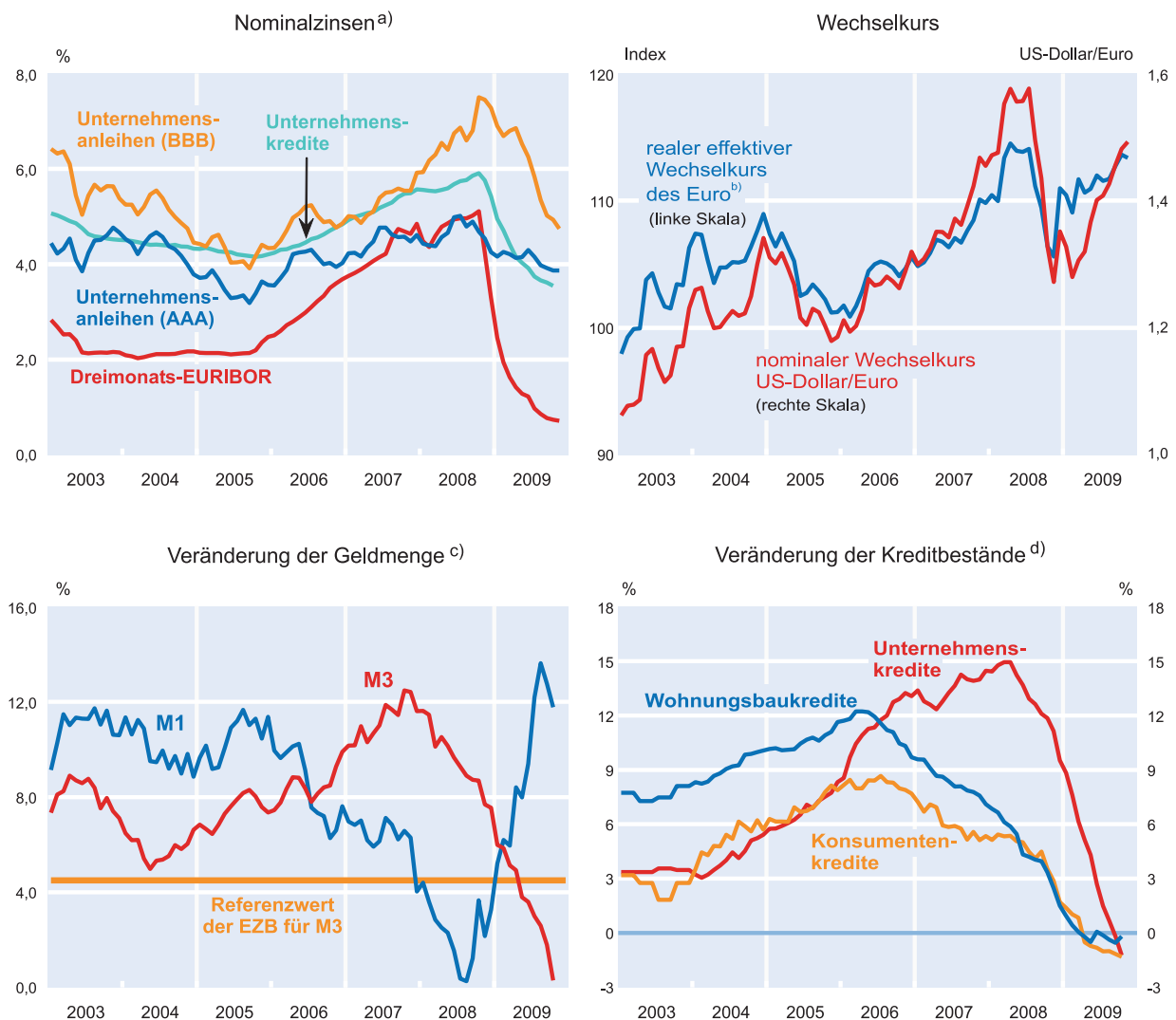
markt merklich verschärft. So hat sich die Zahl der Beschäftigten weiter verringert. Spiegelbildlich erhöhte sich die Arbeitslosenquote kräftig. Sie stieg von 8,5% im Januar auf 9,7% im September.

Die Verbraucherpreise stiegen zunächst bis Mitte des Jahres 2009, ehe sie wieder fielen. Der Rückgang der Preise wurde jüngst allerdings unterbrochen. Die Inflationsrate betrug im November – gemessen an der Veränderungsrate des harmonisierten Verbraucherpreisindex – 0,6%. Für die

Zunahme der Inflationsrate war der Basiseffekt der zuletzt gestiegenen Energiepreise maßgeblich. Die Kerninflation rate ging hingegen kontinuierlich zurück, blieb jedoch deutlich positiv. Im Oktober betrug sie 1%, nach 1,8% im Januar. Die Inflationserwartungen blieben unverändert stabil bei nahe 2%.

Die Europäische Zentralbank (EZB) ließ den Zinssatz für Refinanzierungsgeschäfte seit Mai dieses Jahres unverändert bei 1% und hielt an der vollen Zuteilung fest. Die

Abb. 2.12
Zur monetären Lage im Euroraum



^{a)} Unternehmenskredite = Zinssatz für bestehende Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften; Unternehmensanleihen = Zinsen für Corporate Bonds höchster (AAA) und mittlerer (BBB) Güte mit einer Laufzeit von zehn Jahren. - ^{b)} Weiter Länderkreis. - ^{c)} Veränderung gegenüber Vorjahr, Index, saisonbereinigt; M1 = Bargeldumlauf, täglich fällige Einlagen; M3 = M1 + Einlagen mit einer vereinbarten Laufzeit von bis zu zwei Jahren, Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von bis zu drei Monaten, Repogeschäfte, Geldmarktfondsanteile und -papiere, Schuldverschreibungen bis zu zwei Jahren. - ^{d)} Veränderung gegenüber Vorjahr; Unternehmenskredite = Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften; Wohnungsbaukredite = Wohnungsbaukredite der privaten Haushalte.

Quelle: Europäische Zentralbank; Eurostat; Berechnungen des ifo Instituts.

durchschnittliche Laufzeit dieser Kredite an das Bankensystem nahm weiterhin zu, so dass der Anteil der einstigen »Haupt«-Refinanzierungsgeschäfte mit einer Laufzeit von einer Woche im November nur noch bei 8% lag. In der Folge mussten für Übernachtskredite am Interbankengeldmarkt seit Juli nur noch durchschnittlich 0,4% und damit deutlich weniger als für Offenmarktgeschäfte mit der EZB bezahlt werden. Auch der Satz für unbesichertes Dreimonatsgeld am Interbankenmarkt (Euribor) nahm im Jahresverlauf deutlich ab und lag zuletzt bei 0,7% (vgl. Abb. 2.12) und damit nur noch um knapp 0,25 Prozentpunkte über dem Zinssatz für besichertes Dreimonatsgeld (Eurepo).

Die Zinssenkungen der EZB spiegelten sich auch in fallenden Kreditzinsen wider. Bis Oktober dieses Jahres wurde der Rückgang der Refinanzierungskosten in Höhe von 325 Basispunkten bereits zu durchschnittlich 75% von den Banken an die Unternehmen weitergegeben. Vor allem die Weitergabe bei den unterjährigen Krediten lag mit 88% deutlich höher als bei den Krediten mit einer Laufzeit über fünf Jahren, wo bislang nur 61% weitergegeben wurden. Auch die Renditen von Unternehmensanleihen haben sich verringert, wobei insbesondere die Risikoaufschläge deutlich kleiner geworden sind. Die Renditen von Unternehmensanleihen mit höchster Bonität (AAA) sanken seit Jahresanfang um 0,3 Prozentpunkte, jene mit BBB-Rating um 2,2 Prozentpunkte. Zudem ist auch der Risikoaufschlag am Interbankenmarkt weiter zurückgegangen. Positiv auf die Finanzierungsbedingungen wirkte sich ebenfalls der im selben Zeitraum zu verzeichnende Anstieg der Aktienkurse aus. Der Euro STOXX 50 hat sich seit Jahresanfang um 26% verbessert und liegt damit nur noch 31% unterhalb seines Höchststandes kurz vor Ausbruch der Finanzmarktkrise im Juni 2007.

Die Kreditentwicklung schwächte sich gleichwohl weiter ab. Insgesamt ergab sich im Oktober bei den Buchkrediten an den privaten Sektor ein Rückgang um 0,8% gegenüber dem Vorjahresmonat. Die Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften sanken um 1,2% und die Buchkredite an die privaten Haushalte lagen um 0,1% unter ihrem Vorjahreswert. Auch die Geldmenge M3 entwickelte sich verhalten und stieg im Jahresvergleich nur noch um 0,3% an. Den wesentlichen Teil trug hierzu die Geldmenge M1 bei, die mit einer Rate von 11,8% expandierte.

Beeinträchtigt wurden die monetären Rahmenbedingungen jedoch durch die Entwicklung des Wechselkurses. Gegenüber seinem Jahrestiefstand vom Februar hat der Euro gegenüber dem US-Dollar bis Dezember um etwa 20% aufgewertet und liegt mit knapp 1,50 USD/EUR auf einem im historischen Vergleich hohen Niveau. Auch der reale effektive Wechselkurs legte im selben Zeitraum um knapp 4% zu.

Die Europäische Zentralbank wird den Leitzins im nächsten Jahr auf seinem niedrigen Niveau belassen. Allerdings hat sie bereits angekündigt, von ihrer Politik der unbegrenzten Zuteilung und der Vergabe vorwiegend längerfristiger Refinanzierungsgeschäfte sukzessive abzurücken. Demnach ist davon auszugehen, dass die Geldmarktzinsen in 2010 wieder leicht anziehen und sich dem Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte nähern. Angesichts der großen Produktionslücke und der sehr verhaltenen Inflationsentwicklung dürfte die EZB die Leitzinsen jedoch nicht vor 2011 anheben.

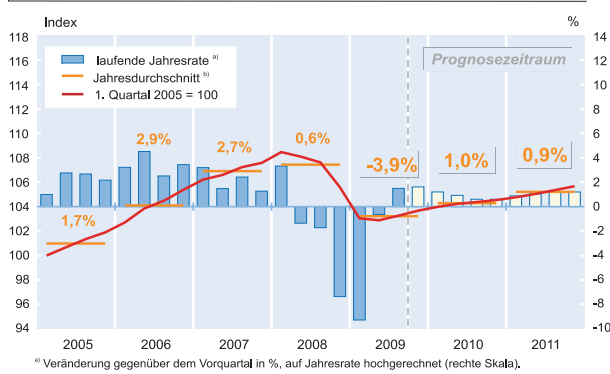
Die Lage der öffentlichen Haushalte in den Mitgliedsländern des Euroraums hat sich im laufenden Jahr erheblich verschlechtert. Während die Staatsausgaben infolge der Umsetzung der massiven Konjunkturpakete kräftig stiegen, gingen die Staatseinnahmen aufgrund der scharfen Rezession, der Steuervergünstigungen sowie der Zunahme der Arbeitslosenzahlen merklich zurück. Die Defizitquote dürfte im Jahr 2009 insgesamt auf etwa 6,5% steigen, nachdem sie im Jahr 2008 noch 2% betrug.

Die Situation der öffentlichen Haushalte dürfte sich auch in den kommenden Jahren weiter verschärfen. Es ist damit zu rechnen, dass in allen Ländern der Region die Regelung des Stabilitäts- und Wachstumspakts verletzt werden wird, welche die Neuverschuldung auf 3% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt begrenzt. Als Konsequenz hat die Europäische Kommission neue Defizitverfahren gegen mehrere Länder, darunter auch Deutschland, Österreich und Italien eröffnet, während Defizitverfahren gegen Frankreich, Spanien, Irland, Griechenland und Malta bereits laufen. Ziel ist es, die Budgetdefizite ab dem Jahr 2011 abzubauen und bis zum Jahr 2013 die Neuverschuldung unter die kritische Hürde des Stabilitäts- und Wachstumspakts zu drücken. Angesichts der Schwäche der Konjunktur im Euroraum ist damit zu rechnen, dass die Defizitquote insgesamt im kommenden Jahr bei etwa 7% und 2011 bei etwa 6,5% liegen wird.

Die Expansion der Wirtschaft im Euroraum wird sich im Prognosezeitraum nur vorübergehend etwas stärker beleben (vgl. Abb. 2.13). Zwar haben sich die Ertragsaussichten der Unternehmen verbessert, dennoch werden die anhaltenden Probleme im Bankensektor, die mit weiterhin verschärften Kreditkonditionen verbunden sind, die Unterauslastung der Kapazitäten sowie die hohe Arbeitslosigkeit nachhaltig belasten. Zudem ist damit zu rechnen, dass die Stützung der Binnennachfrage durch die massiven fiskalischen Impulse sukzessive ausläuft.

Das Bruttoinlandsprodukt im Euroraum wird im Jahr 2009 um 3,9% sinken, ehe es im Jahr 2010 um 1,0% und im Jahr 2011 um 0,9% steigen wird (vgl. Tab. 2.3). Der Konsum dürfte infolge der prekären Lage auf den Arbeitsmärkten nur mäßig expandieren. Die Investitionen dürften zu nächst weiter sinken und anschließend nur moderat zule-

Abb. 2.13
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum
 Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



^{a)} Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).
^{b)} Zahlenangabe: Veränderung gegenüber dem Vorjahr.
 Quelle: Eurostat; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Dezember 2009).

gen. Der Saldo im Außenhandel wird sich angesichts der wirtschaftlichen Belebung in Asien zumindest leicht verbessern.

Der Anstieg der Preise wird sich insgesamt etwas beschleunigen, aber dennoch verhalten bleiben. Die Inflationsrate dürfte im Jahr 2010 bei 0,9% und im Jahr 2011 bei 1,2% liegen. Die Lage am Arbeitsmarkt wird sich aufgrund ihres Nachlaufs hinter der konjunkturellen Entwicklung weiter verschärfen. Die Arbeitslosenquote dürfte im kommenden Jahr 10,3% und im folgenden Jahr 11,1% betragen.

Frankreich

Die Wirtschaft in Frankreich expandierte im Herbst 2009 nur verhalten. Das reale Bruttoinlandsprodukt stieg im dritten

Quartal um 0,3%, nachdem es im zweiten Quartal bereits um 0,3% zugenommen hatte. Der private Konsum stagnierte und die Anlageinvestitionen gingen – auch aufgrund der ausgeprägten Schwäche der Bauinvestitionen – erneut zurück. Der Saldo im Außenhandel verbesserte sich hingegen leicht, da die Exporte im Vergleich zu den Importen kräftig zulegten.

Der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts im dritten Quartal wurde vor allem durch den Staatsverbrauch gefördert, der sich erneut deutlich erhöhte. Für die wirtschaftliche Entwicklung dürfte die Zunahme des Staatsverbrauchs auch in den kommenden Quartalen maßgeblich sein. Die konjunkturellen Aussichten bleiben jedoch gemischt. Zwar ist die Industrieproduktion im dritten Quartal gestiegen und auch das ifo Wirtschaftsklima hat sich zuletzt aufgrund positiver Erwartungen erneut erhöht. Allerdings hat sich die Situation am Arbeitsmarkt kontinuierlich verschärft. So stieg die Arbeitslosenquote im September auf 10%. Zudem verharret die Kapazitätsauslastung weiterhin auf einem relativ niedrigen Niveau, nachdem sie zu Beginn des Jahres kräftig eingebrochen war. Der Rückgang der Preise hat sich im Oktober fortgesetzt. Die Inflationsrate betrug zuletzt, gemessen am harmonisierten Verbraucherpreisindex, –0,2%. Die Kernrate der Inflation lag dagegen bei 1,1%.

Die Situation der öffentlichen Haushalte hat sich im laufenden Jahr infolge der massiven Ausgaben für Konjunkturprogramme, aber auch aufgrund konjunkturbedingter Mindererinnahmen bei Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen merklich verschärft. Zudem wirken die Kosten der Stützungsmaßnahmen für Banken belastend. Die Defizitquote dürfte im laufenden Jahr auf über 8% steigen. Konkrete Maßnahmen zur Konsolidierung sind bislang nicht vorgesehen. Stattdessen sind weitere Programme zur Milderung der wirtschaftlichen Krise geplant, obwohl die Europäische Kommission bereits ein Defizitverfahren eingeleitet hat. Die Haushaltsplanungen deuten nur auf eine mäßige Rückführung der Neuverschuldung hin mit dem Ziel, die Vorgaben des europäischen Stabilitätspakts frühestens ab dem Jahr 2013 wieder einzuhalten. Die Defizitquote dürfte daher auch im kommenden Jahr bei rund 8% liegen.

Die Wirtschaft in Frankreich wird sich im Prognosezeitraum zunächst etwas kräftiger beleben. Allerdings dürfte sich der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts im Verlauf des kommenden Jahres infolge des Auslaufens der massiven konjunkturellen Stützungsprogramme abflachen. Insgesamt wird das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2010 um 1,6% und im Jahr 2011 um 1,3% steigen (vgl. Tab. 2.4).

Tab. 2.3
Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum

	2008	2009	2010	2011
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Reales Bruttoinlandsprodukt	0,6	-3,9	1,0	0,9
Privater Konsum	0,3	-1,0	0,4	0,4
Öffentlicher Konsum	2,0	2,4	1,7	1,1
Bruttoanlageinvestitionen	-0,4	-10,0	-1,5	1,0
Inländische Verwendung	0,6	-2,3	0,3	0,7
Exporte ^{a)}	1,2	-14,0	4,2	3,6
Importe ^{a)}	1,1	-12,2	3,3	3,0
Außenbeitrag ^{b)}	0,1	-1,0	0,4	0,3
Verbraucherpreise ^{c)}	3,3	0,2	0,9	1,2
In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts				
Budgetsaldo ^{d)}	-2,0	-6,5	-7,0	-6,5
Leistungsbilanzsaldo	-0,8	-1,2	-0,9	-0,7
In % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote ^{e)}	7,5	9,4	10,3	11,1

^{a)} Einschließlich Intrahandel. – ^{b)} Wachstumsbeitrag. – ^{c)} Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – ^{d)} Gesamtstaatlich. – ^{e)} Standardisiert.
 Quelle: Eurostat; Europäische Zentralbank; Berechnungen des Instituts; 2009, 2010 und 2011: Prognose des ifo Instituts.

Tab. 2.4
Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Europa^{a)}

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise ^{b)}			Arbeitslosenquote ^{c)}		
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %						in %		
		2009	2010	2011	2009	2010	2011	2009	2010	2011
Deutschland	20,0	-4,9	1,7	1,2	0,2	0,6	0,8	7,5	7,9	8,1
Frankreich	15,6	-2,3	1,6	1,3	0,0	0,8	1,3	9,6	10,2	10,6
Italien	12,6	-4,8	0,5	0,7	0,6	1,1	1,5	7,7	8,8	9,3
Spanien	8,7	-3,7	-0,5	0,5	-0,5	0,9	1,3	18,5	20,0	20,8
Niederlande	4,8	-4,0	1,3	0,8	0,8	1,2	1,4	3,5	5,0	5,5
Belgien	2,8	-3,1	1,1	0,7	-0,1	1,1	1,3	8,0	9,1	9,9
Österreich	2,3	-3,3	1,4	1,0	0,3	1,0	1,0	4,6	5,7	6,3
Griechenland	1,9	-1,0	-0,4	0,2	1,2	1,5	2,0	9,6	11,0	21,1
Finnland	1,5	-6,5	0,7	0,5	1,6	1,4	1,5	8,3	9,5	10,3
Irland	1,5	-7,0	-0,7	0,0	-1,6	-0,3	1,0	12,0	13,6	14,4
Portugal	1,3	-3,3	0,6	0,4	-1,0	1,2	1,4	9,7	10,6	11,2
Slowakei	0,5	-5,0	1,5	1,3	1,0	1,9	2,2	11,6	12,3	13,0
Slowenien	0,3	-7,0	1,3	1,1	0,6	1,7	2,0	5,9	6,8	7,6
Luxemburg	0,3	-3,5	1,4	1,0	-0,4	1,6	1,8	6,3	7,6	8,2
Zypern	0,1	-0,7	1,5	1,1	-0,2	2,3	2,6	5,4	6,1	6,8
Malta	0,0	-2,0	1,6	1,2	2,1	2,0	2,2	7,2	9,0	9,7
Euroraum ^{d)}	74,1	-3,9	1,0	0,9	0,2	0,9	1,2	9,4	10,3	11,1
Großbritannien	14,6	-4,6	1,0	0,8	2,1	1,6	1,8	7,8	9,2	9,7
Polen	2,9	1,3	2,2	1,8	4,0	2,5	3,0	8,2	8,5	8,9
Schweden	2,6	-4,6	1,4	1,1	1,8	2,0	1,9	8,4	9,1	9,6
Dänemark	1,8	-4,4	1,0	0,7	1,0	1,5	1,8	5,9	6,4	7,0
Tschechien	1,2	-4,3	1,5	1,1	0,5	1,6	1,8	6,5	7,2	7,7
Rumänien	1,1	-7,3	0,7	0,5	5,6	3,3	3,6	7,0	8,1	9,0
Ungarn	0,8	-6,6	-0,5	0,1	4,0	3,8	4,0	9,8	10,6	11,3
Litauen	0,3	-16,0	-4,2	-0,5	4,4	2,0	3,0	14,5	17,0	18,7
Bulgarien	0,3	-5,3	-0,1	0,2	2,5	2,7	2,6	7,0	8,1	9,0
Lettland	0,2	-18,0	-4,5	-0,3	3,8	4,2	3,9	18,1	20,0	21,4
Estland	0,1	-13,5	-3,0	-0,2	0,5	1,2	2,0	14,5	16,5	18,0
EU-15 ^{d)}	92,2	-4,1	1,0	0,9	0,5	1,0	1,3	9,1	10,1	10,8
Beitrittsländer	7,8	-3,9	1,0	1,0	3,2	2,5	2,9	8,5	9,3	10,0
EU-27 ^{d)}	100,0	-4,1	1,0	0,9	0,7	1,2	1,5	9,0	9,9	10,6

^{a)} Die Zuwachsraten sind untereinander nicht voll vergleichbar, da sie für einige Länder um Arbeitstageeffekte bereinigt sind, für andere – wie für Deutschland – nicht. – ^{b)} Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – ^{c)} Standardisiert. – ^{d)} Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2008 in US-Dollar, Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2008.

Quelle: Eurostat; IWF; OECD; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; 2009, 2010 und 2011: Prognose des ifo Instituts.

Italien

Die italienische Wirtschaft hat sich im Herbst 2009 überraschend kräftig belebt. Das reale Bruttoinlandsprodukt stieg im dritten Quartal um 0,6% nachdem es im zweiten Quartal um 0,5% geschrumpft war. Ein weiteres Anzeichen dafür, dass die Talfahrt gestoppt sein könnte, lieferte auch der Index der Industrieproduktion. Dieser stieg im letzten Quartal um 4%, nachdem er in den Quartalen zuvor deutlich eingebrochen war.

Dennoch bleiben die Aussichten für die wirtschaftliche Entwicklung getrübt. Die niedrige Kapazitätsauslastung, die im letzten Quartal ein historisches Tief von knapp 65% erreichte, die chronische Wettbewerbsschwäche Italiens sowie die fiskalpolitische Zurückhaltung der Regierung werden sowohl in diesem als auch im nächsten Jahr die Konjunktur belas-

ten. Zwar haben sich fast alle Stimmungs- und Erwartungsindikatoren zum zweiten Mal in Folge verbessert, sie bleiben jedoch weiterhin deutlich unter ihrem langfristigen Durchschnittsniveau.

Aufgrund der bereits vor der Krise akkumulierten hohen Staatsverschuldung von über 100% des Bruttoinlandsprodukts war der Spielraum der italienischen Regierung für expansive Eingriffe stark eingeschränkt. Entsprechend wurde in 2009 auf ein breit angelegtes Konjunkturprogramm verzichtet. Trotzdem werden für dieses Jahr eine Defizitquote von 5,3% und eine Schuldenquote von knapp 115% erwartet. Mangels klarer Konsolidierungspläne der Regierung in Rom beschloss die Europäische Kommission am 11. November, ein Defizitverfahren gegen Italien einzuleiten. Demnach soll das Staatsdefizit bis spätestens 2012 auf unter 3% des Bruttoinlandsprodukts reduziert werden.

Die dazu erforderlichen Ausgabenkürzungen werden in den kommenden zwei Jahren die konjunkturelle Erholung dämpfen. Rezessionsbedingt wird die Defizitquote 2010 auf einem Niveau von knapp über 5% verharren, bevor sie im Zuge der Konsolidierung auf etwa 4% im Jahr 2011 sinken wird.

Die Wirtschaft in Italien wird auch in den kommenden Quartalen unter ihrer Wettbewerbsschwäche leiden und daher nur in geringem Maße vom Anziehen der Weltnachfrage profitieren. Zwar hat das verarbeitende Gewerbe in den letzten Jahren eine Reihe tiefgreifender Umstrukturierungsmaßnahmen durchgeführt, die im internationalen Vergleich zu einer relativen Verbesserung vor allem in Bezug auf die Produktqualität geführt haben. Im Rahmen dieser Umstrukturierung waren jedoch viele Unternehmen auf die Aufnahme von Krediten angewiesen und sehen sich zur Zeit einer doppelten Belastung gegenüber: Einer deutlich restriktiveren Kreditvergabe seitens der Banken und zugleich der Schwäche der inländischen als auch ausländischen Nachfrage. Wie schnell sich die italienische Wirtschaft erholen wird, hängt entscheidend davon ab, wie erfolgreich die Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe die gegenwärtige Lage meistern.

Trotz der leichten Aufhellung im dritten Quartal wird aufgrund der sehr schwachen ersten Hälfte des Jahres und des starken Einbruchs der privaten Investitionen das Bruttoinlandsprodukt 2009 um 4,8% schrumpfen. Im Prognosezeitraum dürfte sich die gesamtwirtschaftliche Produktion nur langsam erholen. So wird die italienische Wirtschaftsleistung im kommenden Jahr um 0,5% zunehmen und 2011 um 0,7% expandieren. Die stärksten positiven Impulse werden von der privaten Konsumnachfrage ausgehen. Darüber hinaus sind bis Ende Juni 2010 beträchtliche Steuervergünstigungen im Falle getätigter Anlageinvestitionen vorgesehen, was in den letzten zwei Quartalen dieses sowie in der ersten Hälfte des nächsten Jahres den Rückgang der Investitionen reduzieren wird. In den kommenden zwei Jahren wird auch die langsame Erholung der Weltkonjunktur die italienischen Exporte kräftigen.

Spanien

Zum ersten Mal seit September 2008 hat sich im dritten Quartal 2009 der Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität in Spanien verlangsamt. So sank das reale Bruttoinlandsprodukt nur noch um 0,3%, nachdem es im vorangegangenen Quartal noch um mehr als 1% zurückgegangen war. Zwar lieferten die öffentlichen Ausgaben und der Außenhandel erneut die stärksten positiven Impulse; diese wurden diesmal aber von den privaten Konsum- und Investitionsausgaben unterstützt, deren Rückgang im letzten Vierteljahr deutlich moderater ausfiel als in den Quartalen davor. Der private

Konsum stagnierte nahezu. Die privaten Investitionen schrumpften in den letzten drei Monaten ebenfalls langsamer als im Vorquartal, mit einer Rate von 2,3%. Zurückzuführen ist diese Entwicklungen auf die von der spanischen Regierung beschlossenen Konjunkturpakete sowie auf positive Nachfragesignale aus dem Ausland. Auf eine generelle Aufhellung der Erwartungen lässt die mittlerweile deutlich zu erkennende Kehrtwende bei fast allen Frühindikatoren in Spanien schließen.

Spanien gehört zu den EU-Ländern, in denen sich die Wirtschaftskrise am schmerzhaftesten auswirkt. Dies ist auf den im Herbst 2008 zusammengebrochenen Immobilienmarkt sowie auf strukturelle Faktoren zurückzuführen, die die Wettbewerbsfähigkeit des Landes dauerhaft belasten. Das Platzen der Immobilienblase induzierte vor allem zwei negative Effekte für die spanische Wirtschaft. Einerseits sind Haushalte und Unternehmen einem negativen Vermögenseffekt ausgesetzt, der die Konsum- und die Investitionsnachfrage stark dämpft und gleichzeitig den Zugang zu Krediten einschränkt. Andererseits kam es in der vom Immobilienmarkt stark abhängigen Baubranche zu einem massiven Stellenabbau, der die Arbeitslosenquote von rund 11% Mitte 2008 auf fast 19% im dritten Quartal 2009 ansteigen ließ. Eine hohe Arbeitslosenquote dämpft die privaten Konsumausgaben, da sie das Lohneinkommen vermindert. Zugleich steigt aber auch das Risiko arbeitslos zu werden, was den Anreiz verstärkt, Vorsichtersparnisse zu tätigen. Die große Anzahl nicht verkaufter Häuser stellt für die Baubranche eine erhebliche Belastung dar.

Verschärft wird die Krise in Spanien auch durch andauernde Strukturprobleme, die die Wettbewerbsfähigkeit des Landes belasten und die Aussichten für die kommenden Quartale eintrüben. Zum einen wuchs die totale Faktorproduktivität in den letzten Jahren mit der für den Euroraum deutlich unterdurchschnittlichen Rate von rund 0,5%. Zum anderen wird die Wettbewerbsposition vieler spanischer Unternehmen durch eine Reihe schwerwiegender Rigiditäten auf dem Arbeitsmarkt verschlechtert. So haben sich die Reallöhne bereits im Jahr 2008 schneller als im Durchschnitt des Euroraums erhöht, da im Rahmen von Indexierungsklauseln die Nominallöhne an das damals kräftig gestiegene Preisniveau angepasst worden waren. Darüber hinaus erwiesen sich die Nominallöhne als nicht flexibel genug, um sich im Zuge der Krise hinreichend stark nach unten anzupassen. Vielmehr nahmen sie deutlich schneller als das Preisniveau zu, so dass es in den letzten drei Quartalen 2009 sogar zu einem beträchtlichen Auseinanderklaffen zwischen den Veränderungsdaten der realen Lohnkosten je Stunde und der Stundenproduktivität kam. Diese Entwicklung stellt eine zusätzliche Belastung für die Wettbewerbsfähigkeit der spanischen Wirtschaft dar und lässt weitere Entlassungen in den kommenden Quartalen erwarten.

Aufgrund der angespannten Wirtschaftslage und der umfangreichen Konjunkturprogramme hat sich die Lage der öffentlichen Haushalte in Spanien dramatisch verschlechtert. So wird für dieses Jahr eine Defizitquote von über 10% erwartet. Bedingt durch das von der Europäischen Kommission eingeleitete Defizitverfahren beschloss die spanische Regierung, bereits im Jahr 2010 mit der Konsolidierung der Staatsfinanzen zu beginnen. Im September 2009 legte sie ein Paket von Steuererhöhungen in Höhe von 1,1% des Bruttoinlandsprodukts vor. Geplant sind die Streichung diverser Steuervergünstigungen, die Anhebung der Mehrwertsteuer um 2 Prozentpunkte auf 18% sowie eine Erhöhung der Steuer auf Kapitaleinkünfte. Trotz dieser restriktiven Maßnahmen wird das öffentliche Defizit 2010 und 2011 aufgrund konjunkturbedingter Mehrausgaben und gleichzeitiger Steuermindereinnahmen auf dem hohen Niveau von rund 10% des Bruttoinlandsprodukts verharren.

Alles in allem werden der Einbruch im Bausektor und die daraus resultierende Arbeitslosigkeit, die relative Wettbewerbschwäche und die geplante fiskalpolitische Zurückhaltung die spanische Konjunktur in den nächsten zwei Jahren stark belasten. Mit einer Fortsetzung der wirtschaftlichen Schrumpfung ist daher zu rechnen. Das reale Bruttoinlandsprodukt wird im Jahr 2010 um 0,5% sinken, nachdem es im laufenden Jahr bereits um 3,7% zurückgegangen ist. Erst 2011, im Zuge der langsam einsetzenden Erholung von Weltkonjunktur und Binnennachfrage, wird sich die wirtschaftliche Aktivität um etwa 0,5% erhöhen.

Großbritannien

Während viele Volkswirtschaften des Euroraums den Tiefpunkt des Abschwungs hinter sich gelassen haben, dauert die Rezession in Großbritannien noch an. So schrumpfte das reale Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal um 0,3%. Dabei wurde der Abschwung durch die Entwicklung der Investitionen und des privaten Konsums gebremst. Die Investitionen gingen nur noch um 0,3% zurück, nachdem der Rückgang im Vorquartal 5,2% betragen hatte. Der private Konsum, der im zweiten Quartal um 0,7% gesunken war, hat sich dank der Abwrackprämie stabilisiert. Allerdings hatte die Abwrackprämie einen negativen Effekt auf die Handelsbilanz. So führten die vermehrten Autokäufe zu einem schnelleren Anstieg der Importe als der Exporte. Die Staatsausgaben sind im vergangenen Quartal verlangsamt um 0,2% gestiegen.

Die Frühindikatoren zeichnen ein verhalten positives Bild, das auf eine langsame Erholung des Konsums und der Investitionstätigkeit hindeutet. Verbrauchervertrauen und Geschäftsklima haben sich in den letzten Monaten verbessert, befinden sich jedoch unterhalb des langfristigen Mittelwerts. Trotz gesunkener Auftragseingänge in der Indus-

trie sind die Produktionserwartungen im November allerdings sprunghaft gestiegen, so dass sie sich nur noch knapp unterhalb des historischen Durchschnitts befinden.

Die Erwartung einer nur langsamen Stabilisierung der britischen Wirtschaft spiegelt sich auch in einer expansiven Geldpolitik wider, von der die Bank of England wohl vorerst nicht abkehren wird. Diese ließ den Leitzins Anfang November auf dem Rekordtief von 0,5% und weitete erneut das Ankaufprogramm für Staatsanleihen um 25 Mrd. auf 200 Mrd. Pfund aus. Jedoch ist die Kreditvergabe der Banken nach wie vor restriktiv, da der Prozess der Bilanzsanierung noch nicht abgeschlossen ist. Dies stellt eine große Hürde für die Belebung der Investitionstätigkeit dar.

Dämpfend auf die mittelfristige Wirtschaftsentwicklung wirkt die Fiskalpolitik. Der immense Anstieg der Defizitquote auf voraussichtlich knapp 12% im laufenden Jahr zwingt die Regierung zu Sparmaßnahmen. So wird Anfang 2010 die Rücknahme der Mehrwertsteuersenkung von 17,5 auf 15% in Kraft treten. Diese Maßnahme wird zwar den Konsum im vierten Quartal durch Vorzieheffekte beleben, ab dem neuen Jahr jedoch dämpfen. Ein weiterer Belastungsfaktor des privaten Konsums ist die hohe Arbeitslosenquote, die bis August auf 7,8% angestiegen ist. Da die Arbeitsproduktivität stark gesunken ist, wird sich die Arbeitslosenquote vorerst weiter erhöhen. Es ist damit zu rechnen, dass sie im Jahr 2010 9,2% und 2011 9,7% betragen wird. Dagegen hat sich der Immobilienmarkt stabilisiert. Die Hauspreise, die im dritten Quartal um 3,7% gestiegen sind, dürften den Konsum aufgrund besserer Kreditkonditionen und eines positiven Vermögenseffektes beleben.

Insgesamt wird sich die britische Wirtschaft nur schleppend erholen. Getragen von besseren Exportmöglichkeiten durch das schwache Pfund und die Belebung der Weltwirtschaft wird Großbritannien in eine Stabilisierungsphase eintreten, in der das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2010 um 1,0% und 2011 um 0,8% wachsen wird. Die Inflationsrate wird im gesamten Prognosezeitraum nahe dem Zielwert von 2% bleiben.

Osteuropäische Mitgliedsländer der EU

Zwar ist in den meisten osteuropäischen Mitgliedsländern der EU eine schnelle wirtschaftliche Erholung noch nicht in Sicht, aber auch in dieser Region sind Stabilisierungstendenzen zu beobachten. So ist die Industrieproduktion im dritten Quartal 2009 nicht weiter gesunken, in einigen Ländern hat sie sogar leicht zugelegt. Bei den Investitionen ist eine Verringerung der konjunkturellen Abwärtsdynamik auszumachen. Die Erwartungen der Unternehmen haben sich seit Jahresanfang in nahezu allen Ländern wieder verbessert. Auch das Verbrauchervertrauen hat sich trotz der an-

steigenden Arbeitslosigkeit leicht aufgehellt. Da in der gesamten Region die Importe stärker fielen als die Exporte, haben sich die Leistungsbilanzdefizite deutlich zurückgebildet. Im Baltikum wird 2009 sogar erstmals seit Jahren ein Leistungsbilanzüberschuss verzeichnet. Die Inflation hat sich in allen Ländern stark verringert, wobei sie in Rumänien und Ungarn mit rund 5% noch relativ hoch ist. Währungen, die Anfang des Jahres deutlich nachgegeben hatten, wie der ungarische Forint, die tschechische Krone oder der polnische Zloty, machten in der zweiten Jahreshälfte den größten Teil der Verluste wieder wett, was die Schuldenlast der Fremdwährungskredite wieder verringert hat. Einzig in Rumänien hat die Landeswährung erneut an Wert verloren, da wegen der politischen Unsicherheit die Auszahlung der dritten Kredittranche des Internationalen Währungsfonds in Höhe von 1,5 Mrd. Euro zurückgehalten wurde. So wurden im Oktober die Leitzinsen in Rumänien wieder angehoben. In allen anderen Ländern wurden im Verlauf des dritten Quartals die Leitzinsen schrittweise gesenkt.

Diese positive Entwicklung darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die meisten Länder der Region in einer sehr ungünstigen Ausgangslage sind und der konjunkturellen Erholung, je nach Land, unterschiedliche Abwärtstendenzen entgegenstehen. So konnte die Fiskalpolitik nur in Polen und Tschechien in größerem Rahmen auf kontrazyklische Stützungsmaßnahmen, darunter Steuersenkungen und Investitionsprogramme, zurückgreifen. In anderen Ländern lassen die hohen Staatsdefizite und die wachsende öffentliche Verschuldung nur wenig oder gar keinen Raum für fiskalpolitische Konjunkturmaßnahmen. Deshalb ist davon auszugehen, dass die Binnennachfrage und die Investitionen im Prognosezeitraum schwach bleiben werden. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt wird sich weiter eintrüben und den privaten Konsum in den kommenden Jahren drücken. So bleibt angesichts der konjunkturellen und strukturellen Probleme auch der Abwertungsdruck auf die Währungen hoch. Eine Anpassung würde die Wettbewerbsfähigkeit der Exporte zwar verbessern, dem steht jedoch die hohe Auslandsverschuldung des Privatsektors und in einigen Ländern auch des Staates gegenüber, vor allem in Ungarn, Bulgarien und Rumänien. Für die Stabilität der Finanzsysteme ist es daher essentiell, dass die Landeswährungen nicht erneut abwerten.

Die Folgen der Weltwirtschaftskrise werden die Region in den kommenden Jahren schwerer belasten als den Rest der Welt. Ein Zusammenbruch des Finanz- und Wirtschaftsystems ist in Zentral- und Osteuropa mit Hilfe der internationalen Finanzinstitutionen zwar abgewendet worden, Anpassungen stehen aber noch bevor. Eine Rückkehr zu exzessiver Kreditvergabe und kreditgetriebenem Wachstum erscheint in nächster Zeit unwahrscheinlich. Die Binnennachfrage wird im Prognosezeitraum angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit sowie der sinkenden Steuereinnahmen und

des anhaltenden Konsolidierungsdrucks auf die öffentlichen Haushalte weiterhin schwach bleiben. Insgesamt dürfte das Bruttoinlandsprodukt in den Jahren 2010 und 2011 nur verhalten um jeweils 1% steigen. Die besten Aussichten in der Region haben Polen und Tschechien, da hier die konjunkturelle Erholung nicht nur von der Nachfrage aus Westeuropa, sondern auch von einem anhaltenden, wenngleich schwachen, Konsumanstieg gestützt wird.

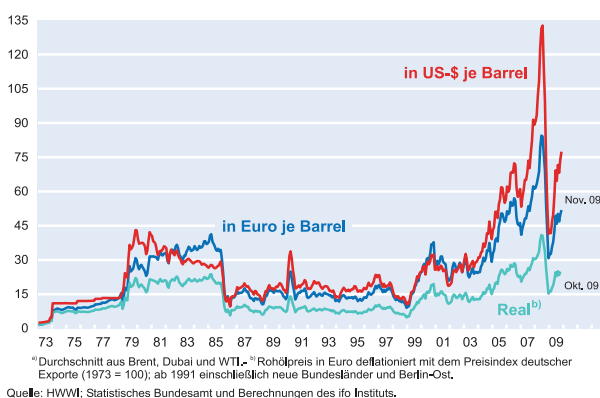
3. Deutschland

In Deutschland hat sich die gesamtwirtschaftliche Produktion im Frühjahr stabilisiert. Im zweiten Quartal expandierte das reale Bruttoinlandsprodukt saison- und kalenderbereinigt nach Census X-12-ARIMA um 0,4%, im dritten Quartal sogar um 0,7%. Aufgrund des außerordentlich kräftigen Einbruchs im vorausgegangenen Winterhalbjahr um fast 6% blieb die gesamtwirtschaftliche Produktion und hier insbesondere die Erzeugung in den exportabhängigen Branchen aber alles in allem auf niedrigem Niveau. Der gesamtwirtschaftliche Auslastungsgrad – zieht man die Ifo Kapazitätsauslastung im verarbeitenden Gewerbe als Proxy heran – liegt derzeit um etwa 10 Prozentpunkte unter dem langjährigen Durchschnitt.

Maßgeblich für die konjunkturelle Besserung war zum einen die Aufhellung des weltwirtschaftlichen Umfelds. Die deutsche Exportwirtschaft, die im vorangegangenen Winterhalbjahr aufgrund ihres Spezialisierungsmusters vom weltweiten Nachfrageeinbruch nach Investitions- und langlebigen Konsumgütern besonders betroffen war, konnte saison- und kalenderbereinigt im dritten Quartal 2009 ein Plus von 3,4% einfahren. In vielen Staaten wirkten expansive fiskal- und geldpolitische Maßnahmen, zudem sind weltweit die Lager wieder aufgestockt worden. Binnenwirtschaftlich haben zum anderen die Bruttoinvestitionen wieder angezogen, stimuliert durch die Konjunkturpakete der Bundesregierung, deren Hauptstoßrichtung der öffentliche Bau ist. Außerdem wurden die Vorratsbestände massiv erhöht. Die realen privaten Konsumausgaben, die im ersten Halbjahr 2009 durch zahlreiche expansive Maßnahmen fiskalisch angeregt worden waren, sind im dritten Quartal dagegen spürbar gesunken. Weniger gekauft wurden vor allem Pkw. Ausschlaggebend hierfür war die Leerung des Prämientopfes für die Verschrottung älterer Autos, der die Nachfrage nach kleineren Modellen insbesondere von ausländischen Herstellern im ersten Halbjahr 2009 kräftig befördert hatte.

Das ganze Jahr hindurch wurden die verfügbaren Realeinkommen der inländischen Sektoren durch Terms-of-Trade-Gewinne per saldo gestützt. Der Kaufkraftgewinn durch die Verbesserung der Terms-of-Trade beläuft sich kumulativ gerechnet auf 0,3% des Bruttoinlandsprodukts; im Vorjahres-

Abb. 3.1
Nominaler und realer Rohölpreis^{a)}
in US-\$ bzw. in Euro je Barrel



vergleich, der durch den Ölpreisrückgang im vierten Quartal 2008 stark beeinflusst ist (vgl. Abb. 3.1), beträgt er sogar auf 1,2%.

Der bisher zu verzeichnende Arbeitsplatzverlust fiel im Vergleich zum Produktionseinbruch gering aus; die Zahl der Erwerbstätigen ist in den ersten drei Quartalen dieses Jahres saisonbereinigt lediglich um 114 000 gesunken. Zu der günstigen Entwicklung trugen die Inanspruchnahme von Kurzarbeit, der Abbau von Guthaben auf Arbeitszeitkonten und die Verkürzung der Wochenarbeitszeit bei. Außerdem hat die Teilzeitbeschäftigung zugenommen, während Vollzeitarbeitsplätze abgebaut worden sind. Die durchschnittliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen ist im Verlauf des Jahres 2009 saison- und kalenderbereinigt um 2,2% gesunken; bereits 2008 war sie in ähnlichem Ausmaß reduziert worden. Bei alledem sind die im Winterhalbjahr 2008/09 stark gestiegenen gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten wieder etwas gesunken, gleichwohl waren sie im dritten Quartal 2009 auf Stundenbasis um 5 1/4% höher als vor Jahresfrist. Im von der Krise besonders betroffenen verarbeitenden Gewerbe lagen sie zuletzt sogar um 14% über dem vergleichbaren Stand des Vorjahres.

Alles in allem ist zu konstatieren, dass sich im Gefolge der schweren Rezession das Niveau wichtiger Zeitreihen deutlich nach unten verschoben hat. So liegt das reale Bruttoinlandsprodukt saison- und kalenderbereinigt im dritten Quartal 2009 lediglich auf dem Durchschnittsniveau des ersten Halbjahres 2006. Derartige Brüche können aber die Ergebnisse von Saisonbereinigungsverfahren am aktuellen Rand erheblich beeinflussen. So zeigt das in der amtlichen deutschen Statistik ebenfalls eingesetzte Berliner Verfahren BV4.1 für die Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts vom zweiten zum dritten Vierteljahr 2009 im Vergleich zum Census X-12-ARIMA-Verfahren keinen Anstieg, sondern einen deutlichen Rückgang, und zwar in Höhe von 0,7%.² Auch die Trend-Konjunktur-Komponente sinkt in diesem Vierteljahr deutlich. Nach BV4.1 haben zudem die Ex-

und Importe im dritten Vierteljahr gegenüber dem Vorquartal nicht angezogen, vielmehr waren sie ebenfalls deutlich rückläufig. Die in der amtlichen Statistik eingesetzten Saisonbereinigungsverfahren liefern offenbar für das Bruttoinlandsprodukt und für verschiedene Verwendungsaggregate zurzeit extrem unterschiedliche Konjunktursignale, was die Analyse der aktuellen Lage beeinträchtigt. Außerdem sind zukünftige Revisionen der bisher veröffentlichten saisonbereinigten Ergebnisse angesichts der stark erhöhten Unsicherheit absehbar.

Die Quantifizierung der gesamtwirtschaftlichen Produktion im laufenden und im nächsten Quartal erfolgt disaggregiert auf der Basis monatlich verfügbarer Frühindikatoren der amtlichen Statistik sowie einer breiten Palette von monatlich erhobenen Umfragedaten, wobei hier den Ergebnissen des ifo Konjunkturtests eine besonders gewichtige Rolle zugemessen wird (IFOCAST-Ansatz).³

Der Auftragseingang in der Industrie ist im Oktober gegenüber September saisonbereinigt um 2,1% gesunken (vgl. Abb. 3.2). Im konjunkturell aussagekräftigeren, weil durch Sondereffekte weniger beeinflussten Zweimonatsvergleich (Oktober/September gegenüber Juli/August) ist die Bestelltätigkeit dagegen um 1,2% gestiegen. Die Vorleistungs- und Konsumgüterproduzenten verzeichneten Zuwächse in Höhe von 1,9 bzw. 5,3%. Der Auftragseingang bei den Herstellern von Investitionsgütern stagnierte hingegen nahezu (-0,1%). Bei letzteren stand einem deutlichen Anstieg der Auslandsnachfrage ein kräftiger Rückgang der inländischen Orders gegenüber (-10,3%). Im Durchschnitt des verarbeitenden Gewerbes hat die Auslandsnachfrage im Zweimonatsvergleich um 5,2% zugelegt, während die Nachfrage aus dem Inland um 3,1% gesunken ist.

² Vgl. Statistisches Bundesamt (2009), Inlandsproduktsberechnung, Saisonbereinigte Vierteljahresergebnisse nach Census X-12-ARIMA und BV4.1, 3. Vierteljahr 2009, Fachserie 18 Reihe 1.3.
³ Vgl. Carstensen, K. et al. (2009), »IFOCAST: Methoden der ifo-Kurzfristprognose«, ifo Schnelldienst 62(23), 2009, 15–28.

Abb. 3.2
Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland
(Volumen, saisonbereinigt Census X-12-ARIMA)

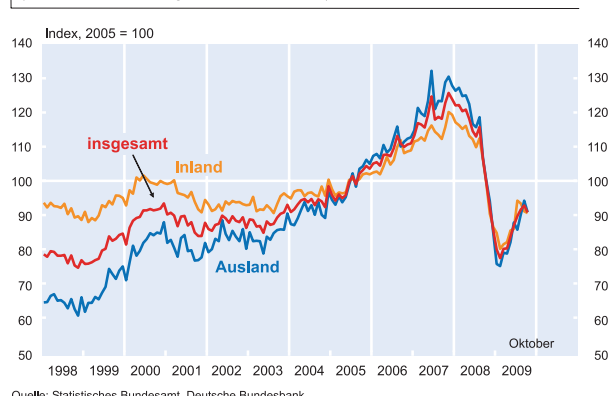
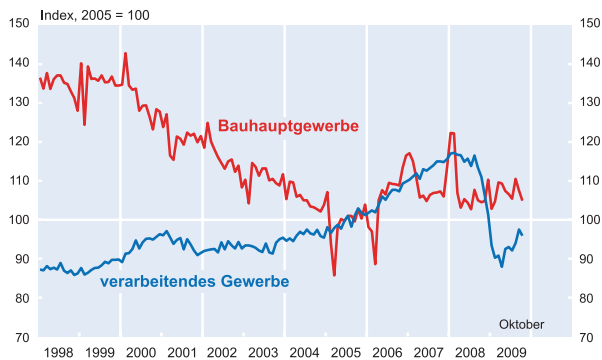


Abb. 3.3

Produktion im verarbeitenden Gewerbe und Bauhauptgewerbe in Deutschland (Volumen, saisonbereinigt Census X-12-ARIMA)



Quelle: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank.

Parallel zur rückläufigen Bestelltätigkeit ist auch die Produktion im verarbeitenden Gewerbe im Oktober gesunken; saison- und kalenderbereinigt beläuft sich der Rückgang auf 1,6%. Im weniger schwankungsanfälligen Zweimonatsvergleich konnte die Erzeugung allerdings bis zuletzt weiter zulegen, und zwar um 3,9%. Besonders kräftig wurde die Produktion bei den Herstellern von Investitionsgütern (5,6%) sowie von Vorleistungsgütern (3,2%) ausgeweitet. Bei den Konsumgüterproduzenten wurde ein Plus von 2,0% registriert. Alles in allem lag die Industrieproduktion im Oktober aufgrund des hohen Überhangs (3,1%) um 1,4% über dem Durchschnittswert des dritten Quartals.

Kasten

Zum Zusammenhang zwischen Geschäftslage und Erwartungen

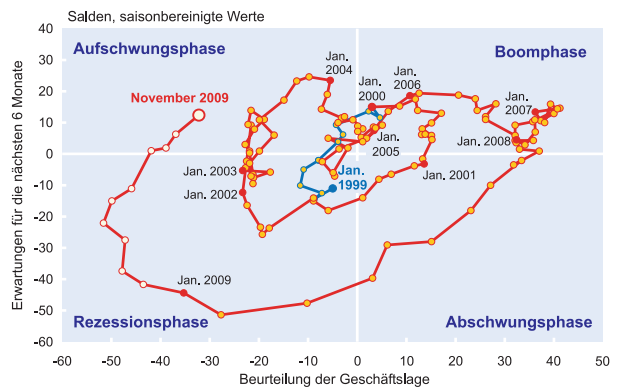
Das ifo Geschäftsklima^{a)} ist der Mittelwert aus den Komponenten »Geschäftslage« und »Geschäftserwartungen für die nächsten 6 Monate«. Der Zusammenhang zwischen den beiden Komponenten kann in einem Vier-Quadranten-Schema dargestellt werden (»ifo Konjunkturuhr«). Auf der Abszisse der Konjunkturuhr werden die Meldungen der befragten Unternehmen zur Geschäftslage (Salden aus den Meldungen »gut« bzw. »schlecht«) aufgetragen, auf der Ordinate die Geschäftserwartungen (Salden aus den Meldungen »günstiger« bzw. »ungünstiger«). Durch das Fadenkreuz der beiden Nulllinien wird das Diagramm in vier Quadranten geteilt, die die vier Phasen der Konjunktur markieren (vgl. Abb. 3.4).

Sind die Urteile der im ifo Konjunkturtest befragten Unternehmen zur Geschäftslage und zu den Geschäftserwartungen per saldo schlecht, d.h. im Minus, so befindet sich die Konjunktur in der Rezession (Quadrant links unten). Gelangen die Geschäftserwartungen ins Plus (bei noch schlechter Geschäftslage), so gerät man in die Aufschwungsphase (Quadrant links oben). Sind Geschäftslage und Geschäftserwartungen gut, d.h. im Plus, so herrscht Boom (Quadrant rechts oben). Drehen die Geschäftserwartungen ins Minus (bei noch guter Geschäftslage), so ist die Abschwungsphase erreicht (Quadrant rechts unten). Idealtypisch bewegt sich die Konjunktur in diesem Diagramm im Uhrzeigersinn im Kreis; die Erwartungen laufen dabei der Lage voraus.

^{a)} Das ifo Geschäftsklima GK ergibt sich aus der Formel $GK = [(GL+200)(GE+200)]^{1/2} - 200$, wobei GL den Saldo aus den positiven und negativen Meldungen zur aktuellen Geschäftslage bezeichnet und GE den Saldo aus den positiven und negativen Meldungen zu den Geschäftsaussichten in den nächsten sechs Monaten. Zur Vermeidung von negativen Werten in der Wurzel werden die beiden Variablen GL und GE jeweils um die Konstante 200 erhöht.

Abb. 3.4

ifo Konjunkturuhr^{a)}



^{a)} Verarbeitendes Gewerbe einschließlich Ernährungsgewerbe; Zusammenhang zwischen der Geschäftslagebeurteilung und den Erwartungen zur Geschäftslage.

Quelle: ifo Konjunkturtest, Deutschland.

Auf einen Anstieg der Industrieproduktion im Durchschnitt des vierten Quartals deuten auch die aktuellen Ergebnisse des ifo Konjunkturtests hin. Das Geschäftsklima für das verarbeitende Gewerbe (einschließlich Ernährungsgewerbe) hat sich im November sichtlich aufgehellt. Die aktuelle Geschäftssituation hat sich weiter merklich gebessert. Die Geschäftsperspektiven für die nächsten sechs Monate beurteilten die befragten Industrieunternehmen erneut positiver (vgl. Kasten: Zum Zusammenhang zwischen Geschäftslage und Erwartungen). Auch die Exportchancen werden etwas besser eingeschätzt. Die Personalplanungen sind etwas weniger stark auf Beschäftigungsreduzierung ausgerichtet als bislang.

Im **Bauhauptgewerbe** hat sich die Wertschöpfung im Oktober abgeschwächt, saison- und kalenderbereinigt belief sich der Rückgang gegenüber dem Vormonat auf 2,4%. Auch im Vergleich der Monate Oktober/September gegenüber Juli/August wurde die Bautätigkeit eingeschränkt (-1,7%). Nach den Ergebnissen des ifo Konjunkturtests hat sich das Geschäftsklima in der Bauwirtschaft im November zudem eingetrübt. Die Unternehmen beurteilen ihre derzeitige Geschäftslage zwar ähnlich wie im Oktober, die weitere Geschäftsentwicklung schätzen sie aber merklich zurückhaltender ein.

Die aktuelle Entwicklung im **Handel** zeigt am aktuellen Rand ebenfalls eine recht gedämpfte Entwicklung. Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen sind im *Großhandel* die realen Umsätze im Zweimonatsdurchschnitt Oktober/September gegenüber Juli/August saison- und kalenderbereinigt um 2,1% gesunken. Den Ergebnissen des ifo Konjunkturtests zufolge wurde die Ge-

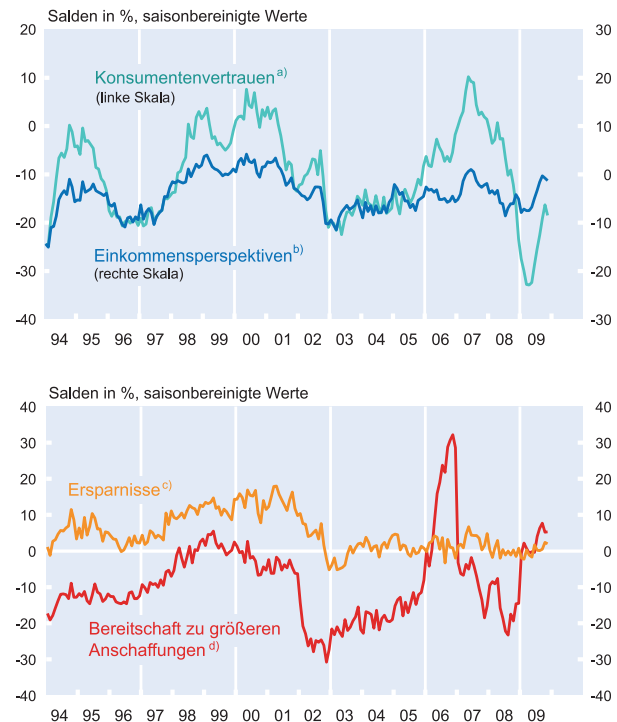
schäftslage im November als nahezu unverändert eingestuft. Hinsichtlich der Entwicklung in den kommenden sechs Monaten sind die Großhändler jedoch etwas weniger kritisch. Im Einzelhandel (ohne Kfz und Tankstellen) sind die realen Umsätze saison- und kalenderbereinigt im Zweimonatsvergleich um 0,5% gesunken. Der Durchschnittswert des dritten Quartals wurde im Oktober um 0,2% marginal unterschritten. Der Kfz-Handel ist nach dem Ausschöpfen des Abwrackprämientopfes erwartungsgemäß recht deutlich ins Minus gerutscht, bereits im dritten Quartal wurden die Umsätze des zweiten Quartals saison- und kalenderbereinigt um 4,3% unterschritten. Nach den Ergebnissen des ifo Konjunkturtests bewerteten die Einzelhändler (einschließlich Kfz-Gewerbe) im November ihre Geschäftslage jedoch wieder etwas günstiger als im Vormonat. Zudem wird mit einer weniger unbefriedigenden Geschäftsentwicklung in den nächsten sechs Monaten gerechnet. Das Konsumentenvertrauen, das im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise nahezu vollständig verlorengegangen war, hat sich im Jahresverlauf zwar wieder etwas erholt, es ist aber gegenwärtig nur wenig höher als in den stark rezessiven Jahren 2002/03. Die Bereitschaft zu größeren Anschaffungen, die sich seit Jahresbeginn wegen der Einführung einer staatlichen Abwrackprämie für ältere Pkw verbessert hatte, ist zuletzt gesunken, die Sparbereitschaft dagegen leicht gestiegen. Auch die Beurteilung der finanziellen Lage in den nächsten zwölf Monaten fiel im November nicht mehr so günstig aus wie noch im Sommer (vgl. Abb. 3.5).

Insgesamt dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion saison- und kalenderbereinigt im Jahresendquartal 2009 weiter zugenommen haben, wenngleich in einem etwas langsamerem Tempo (0,5%) als im Vorquartal. Zum Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion tragen die Industrie, die Dienstleister und der Bau bei (vgl. Tab. 3.1). Für das zweite Halbjahr 2009 ergibt sich im Vergleich zum ersten Halbjahr 2009 saison- und kalenderbereinigt eine Zunahme der Wirtschaftsleistung in Höhe von 1,2%; im Vorjahresvergleich, der durch den starken Rückgang im Winterhalbjahr geprägt ist, ergibt sich jedoch ein Rückgang von 3,0%. Für das Gesamtjahr beläuft sich die Abnahme des realen Bruttoinlandsprodukts auf 4,9%.

Im Prognosezeitraum bleiben die Konjunkturampeln in Deutschland auf gelb, mit einer Grünphase ist nicht zu rechnen. Zwar werden die endogenen Auftriebskräfte allmählich wieder etwas stärker, es laufen aber die im Rahmen der Konjunkturpakete bereitgestellten Mittel aus. Zudem sind die Kredithürden für neue Investitionen und Arbeitsplätze weiter hoch. Die Entwicklung der deutschen Wirtschaft bleibt damit labil, zu einem selbsttragenden Aufschwung kommt es nicht.

Die Exportdynamik wird im Prognosezeitraum moderat sein, weil sich die Konjunktur in den wichtigsten Hauptabneh-

Abb. 3.5
Indikatoren zur Konsumkonjunktur



^{a)} Mittelwert der Salden in % der Meldungen der privaten Haushalte zu ihrer finanziellen und wirtschaftlichen Lage (in den kommenden 12 Monaten), Arbeitslosigkeitswartungen (in den kommenden 12 Monaten) und den Ersparnissen (in den kommenden 12 Monaten).
^{b)} Finanzielle Lage in den kommenden 12 Monaten. ^{c)} In den kommenden 12 Monaten.
^{d)} Gegenwärtig.

Quelle: Europäische Kommission, November 2009.

merländern nicht durchgreifend bessert. Für die Importentwicklung ergibt sich alles in allem ein ähnliches Profil, der Außenbeitrag wird von daher keinen nennenswerten Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt liefern. Die Ausrüstungsinvestitionen dürften bei weiterhin niedriger Kapazitätsauslastung nur wenig steigen, zumal sich die restriktiven Finanzierungsbedingungen nicht bessern. Lediglich gegen Jahresende 2010 kann mit einer etwas höheren Dynamik aufgrund von Vorzieheffekten infolge der Rückführung der degressiven Abschreibung gerechnet werden. Bei den öffentlichen Bauinvestitionen werden die Konjunkturpakete zunächst noch weiter wirken, der bisher konjunkturrobuste Gewerbebau rutscht aber deutlich ins Minus. Einkommen und privater Konsum erhalten am Jahresanfang 2010 kurzfristig Impulse aus dem »Wachstumsbeschleunigungsgesetz« (erneute Anhebung von Kindergeld und -freibetrag) und den bisher schon beschlossenen steuerlichen Entlastungen (erhöhte Absetzbarkeit der Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung sowie die Anhebung des Grundfreibetrags im Est-Tarif), danach wird aber die Dynamik verhalten sein. Zudem dämpft der Nachfrageausfall, der aus den in das Jahr 2009 vorgezogenen Pkw-Käufen resultiert. Die Sparquote dürfte angesichts der flauen Wirtschaftsentwicklung hoch bleiben. Im Jahresdurchschnitt 2010 wird das reale Bruttoinlandsprodukt voraus-

Tab. 3.1
Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach
Wirtschaftsbereichen^{a)}
 Prognose für das 4. Quartal 2009 und für das 1. Quartal 2010

	2009				2010
	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1
	Ursprungswerte				
	Veränderung gegenüber dem				
	Vorjahresquartal in %				
Bruttoinlandsprodukt	- 6,4	- 7,0	- 4,7	- 1,2	2,3
darunter:					
Bruttowertschöpfung der					
Wirtschaftsbereiche	- 6,9	- 7,9	- 5,3	- 1,7	1,9
darunter:					
Verarbeitendes Gewerbe	- 21,9	- 24,2	- 17,5	- 6,9	6,9
Energie- und Wasser-					
versorgung	- 6,2	- 13,1	- 4,3	- 3,4	- 1,4
Baugewerbe	- 5,8	- 2,8	1,9	3,7	1,6
Handel, Gastgewerbe ,					
Verkehr und					
Nachrichtenübermittlung	- 5,9	- 6,7	- 5,1	- 2,5	- 0,2
Finanzierung, Vermie-					
tung und Unterneh-					
mensdienstleistungen	- 1,3	- 1,9	- 1,7	- 0,5	0,3
Öffentliche und private					
Dienstleister	0,5	0,6	0,8	1,5	1,8
	Saison- und arbeitstäglich				
	bereinigte Werte				
	Veränderung gegenüber dem				
	Vorjahresquartal in %				
Bruttoinlandsprodukt	- 3,5	0,4	0,7	0,5	0,4
darunter:					
Bruttowertschöpfung der					
Wirtschaftsbereiche	- 3,7	0,2	0,6	0,5	0,5
darunter:					
Verarbeitendes Gewerbe	- 13,4	- 0,2	3,3	2,3	1,1
Energie- und Wasser-					
versorgung	- 0,6	- 2,6	3,6	- 3,8	2,0
Baugewerbe	1,1	0,7	0,4	0,2	- 0,3
Handel, Gastgewerbe ,					
Verkehr und Nachrich-					
tenübermittlung	- 2,8	0,0	- 0,3	- 0,6	0,3
Finanzierung, Vermie-					
tung und Unterneh-					
mensdienstleistungen	- 0,8	0,3	- 0,6	0,3	0,2
Öffentliche und private					
Dienstleister	- 0,4	0,7	0,3	0,4	0,4

^{a)} In Preisen des Vorjahres

Quelle: Statistisches Bundesamt; 4. Quartal 2009 und 1. Quartal 2010:
 Prognose des ifo Instituts.

sichtlich um 1,7% zunehmen; im Jahresdurchschnitt 2011 um 1,2% (vgl. Abb. 3.6 und Kasten: Jahresdurchschnittliches Wachstum und konjunktureller Verlauf).

Auf dem konjunkturell nachlaufenden Arbeitsmarkt wird die Beschäftigung allmählich an das niedrige Produktionsniveau angepasst werden. Die Kurzarbeit wird abnehmen, dafür die Arbeitslosigkeit zunehmen. Im Durchschnitt des nächsten Jahres wird die Zahl der erwerbstätigen Inländer um 350 000 sinken, Die Zahl der Arbeitslosen wird im Jahr 2010 durchschnittlich um rund 180 000 auf 3,6 Mill. steigen. Bei alledem werden die Verbraucherpreise wenig zulegen, dämpfend wirkt die große Pro-

duktionslücke. Das staatliche Budgetdefizit steigt im Jahr 2010 stark an, in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt dürfte es sich auf 5,1% belaufen. Maßgeblich hierfür sind die schwache konjunkturelle Entwicklung und die Mehrausgaben, die im Zusammenhang mit den Stützungsmaßnahmen der Bundesregierung entstehen (vgl. Tab. 3.2).

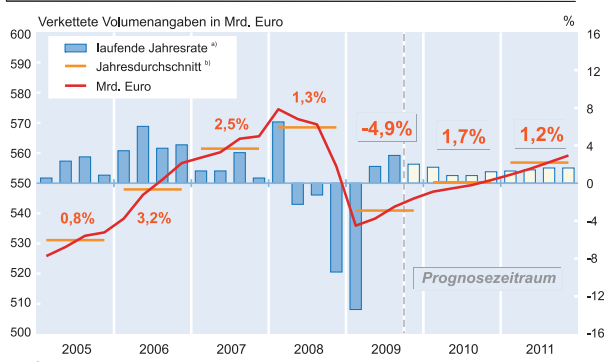
Die Prognoseunsicherheit lässt sich anhand von Intervallen angeben, die die unbekanntere Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts mit einer vorgegebenen Wahrscheinlichkeit einschließen. Zur Berechnung der konkreten Intervalle für das Jahr 2010 werden die Prognosefehler des ifo Instituts der Jahre 1990 bis 2008 herangezogen. Gemessen an diesen Prognosefehlern beträgt die Spanne für ein Prognoseintervall, das die Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2010 mit einer Wahrscheinlichkeit von etwa zwei Dritteln überdeckt, $\pm 0,8$ Prozentpunkte. Bei der vorliegenden Punktschätzung für die Zuwachsrates des BIP von 1,7% reicht das Intervall von 0,9% bis 2,5% (vgl. Abb. 3.7). Die Punktprognose von 1,7% stellt dabei den mittleren Wert dar, der bei Würdigung aller Fakten am ehesten erwartet werden kann.

Exporte profitieren von China und Südostasien

Nach dem dramatischen Einbruch im vergangenen Winterhalbjahr konnten die Exporte im dritten Quartal 2009 mit einer realen Zuwachsrates von 3,4% gegenüber dem Vorquartal deutlich zulegen. Diese positive Entwicklung ist auf einen kräftigen

Anstieg der Warenexporte um 4,9% zurückzuführen, während die Dienstleistungsexporte um 4,1% sanken. Bei Betrachtung des Spezialhandels nach Warengruppen ist der Zuwachs von über 12% in der Branche Kraftwagen und Kraftwagenteile hervorzuheben. Dieser resultiert vor allem aus ausländischen Konjunkturpaketen in Form von Abwrackprämien. Daneben konnte die Chemiebranche mit 3,3% ebenfalls eine Trendwende verbuchen. Die insgesamt sehr positive Entwicklung der deutschen Exportwirtschaft ist jedoch nicht für alle Branchen zu beobachten, so zeigte der Maschinenbau, eine weitere Schlüsselbranche der deutschen Ausfuhr, keine Zugewinne.

Abb. 3.6
Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
 Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



^{*)} Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).
^{**)} Zahlenangabe: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
 Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des Ifo Instituts (Dezember 2009).

Einer der Hauptgründe für den Anstieg der Exporte lag in der einsetzenden konjunkturellen Erholung der Länder im Euroraum im dritten Quartal (vgl. Abb. 3.8.); die Warenausfuhr stieg hier um 6,5% gegenüber dem Vorquartal. Diese Rate wurde noch übertroffen von der Entwicklung der Lieferungen in andere EU-Länder, die um mehr als 9% zunahmen und somit die günstige konjunkturelle Entwicklung in Polen und Tschechien widerspiegeln. Auch die Ausfuhren nach Großbritannien legten deutlich zu. Ein starkes Zugpferd für den deutschen Export bildeten mit einem Zuwachs von 9,5% die Warenausfuhren nach China, das sich sehr früh von der weltweiten Krise erholen konnte. Die Lieferungen nach Japan und Südostasien nahmen mit rund 8% bzw. 10% ebenfalls deutlich zu; zusammen fragten diese Länder insgesamt 5% aller deutschen Exportgüter im letzten Quartal nach. Dagegen brach das Ausfuhrvolumen in die USA mit über 13% dramatisch ein, was vor allem auf die schwache Investitionsnachfrage im privaten Sektor sowie die starke Abwertung des US-Dollars seit dem Frühjahr zurückzuführen ist. Letztere führte zu einer deutlichen Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unter-

Kasten
Annahmen der Prognose

- Der Welthandel steigt im Jahr 2010 um 5% und im Jahr 2011 um 4%, nach einem Rückgang in Höhe von 11% im laufenden Jahr.
- Der Ölpreis wird im Prognosezeitraum 72 US-Dollar pro Barrel betragen.
- Der Wechselkurs des Euro liegt im Durchschnitt der Jahre 2010/2011 bei 1,47 US-Dollar.
- Die Europäische Zentralbank (EZB) hebt die Leitzinsen nicht vor 2011 an.
- Die Finanzpolitik in Deutschland ist im Prognosezeitraum expansiv ausgerichtet. Die im Wachstumsbeschleunigungsgesetz aufgeführten Maßnahmen werden umgesetzt. Maßnahmen, die im Koalitionsvertrag avisiert sind, bisher aber nicht näher konkretisiert wurden (z.B. die Einführung eines Stufentarifs bei der Einkommensteuer), wurden in der Prognose nicht berücksichtigt. Dies gilt auch für Maßnahmen, die aufgrund der Schuldenbremse notwendig werden könnten.

nehmen. Bei den OPEC-Staaten war trotz eines zu Jahresbeginn gestiegenen Ölpreises ein deutlicher Nachfrageeinbruch zu verzeichnen.

Im näheren Prognosezeitraum wird die Ausfuhr erneut deutlich zunehmen. Vor allem die sich stark aufhellenden ifo Exporterwartungen deuten darauf hin, dass die Exporte im aktuellen wie auch im nächsten Quartal steigen werden. Bemerkenswert sind hierbei die optimistischeren Erwartungen im Chemiesektor und in der Automobilbranche. Darüber hinaus weisen die Auftragseingänge aus dem Ausland im Trend auf eine positive Entwicklung hin. Der im Oktober zu beobachtende Rückgang der Aufträge kann dabei nicht als Zeichen für ein starkes Nachlassen der Dynamik angesehen werden. Vielmehr handelt es sich um eine Gegenbewegung bei den Auftragseingängen für Investitionsgüter, die im September um über 8% gegenüber dem Vormonat gestiegen waren und nun um 6% zurückgingen. Die Indikatoren für den Außenhandel lassen darauf schließen, dass die Zuwachsraten im gegenwärtigen und im kommenden Quartal mit 3,5% bzw. 2% sehr kräftig ausfallen werden.

Im weiteren Verlauf wird die Warenausfuhr hauptsächlich von China und den Schwellenländern Südostasiens gestützt. Vor allem der Maschinenbau⁴ und die Automobilbranche⁵ erschließen sich die aufstrebenden Märkte in dieser Region. Damit kann die wenig dynamische und zum Teil sogar rückläufige Nachfrage der westlichen Industriestaaten mehr als kompensiert werden. Der Exportanstieg wird jedoch flacher ausfallen als im aktuellen Winterhalbjahr, da sich die Konjunktur weltweit abschwächen wird. Insbesondere die trüben Perspektiven in den USA und der Eurozone werden dämpfend wirken. Insgesamt wird die reale Ausfuhr im Krisenjahr 2009 um 14,3% abnehmen (vgl. Abb. 3.9). Im kommenden Jahr wird mit einem Anstieg der Exporte um 8,4% gerechnet und im darauffolgenden Jahr mit einem moderaten Zuwachs von 4,5%. Das Exportvolumen dürfte sich damit am Ende des Jahres 2011 in etwa wieder auf dem Vorkrisenniveau befinden. Allerdings werden sich die Exportanteile dann weiter deutlich verschoben haben. So ist zu erwarten, dass die Warenlieferungen nach China und Südostasien von rund 5,5% des Gesamtausfuhrvolumens im Jahr 2000 über 8% im Jahr 2009 auf über 10% am Ende des Prognosezeitraums steigen werden, während die Bedeutung der USA als Exportmarkt von 10% im Jahr 2000 über 7% im Jahr 2009 auf etwa 6% im Jahr 2011 abnimmt.

⁴ So schreibt der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) in der Studie »Deutschland kauft Maschinen, China sorgt für frische Luft« (2009), dass Deutschland schon im Zeitraum von 2004 bis 2008 wegen seines Warensortiments in diesen stark wachsenden Regionen enorm profitieren konnte.

⁵ Beispielsweise legte der chinesische Pkw-Markt um 36% seit Jahresanfang zu, vgl. Verband der Automobilindustrie (2009) »Chinesischer Markt wächst dynamisch – Westeuropa auf Stabilisierungskurs«.

Tab. 3.2
Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	2007	2008	2009 ^{a)}	2010 ^{a)}	2011 ^{a)}
	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr ^{b)}				
Private Konsumausgaben	-0,3	0,4	0,3	0,2	0,7
Konsumausgaben des Staates	1,7	2,1	2,5	1,3	1,1
Bruttoanlageinvestitionen	5,0	3,1	-8,4	0,9	0,5
Ausrüstungen	11,0	3,3	-20,0	1,0	1,5
Bauten	0,0	2,6	-0,4	0,5	-0,7
Sonstige Anlagen	6,5	5,3	6,3	4,0	4,2
Inländische Verwendung	1,0	1,7	-1,6	0,9	0,8
Exporte	7,5	2,9	-14,3	8,4	4,5
Importe	4,8	4,3	-8,3	6,9	3,9
Bruttoinlandsprodukt	2,5	1,3	-4,9	1,7	1,2
Erwerbstätige ^{c)} (1 000 Personen)	39 724	40 279	40 267	39 982	39 983
Arbeitslose (1 000 Personen)	3 776	3 268	3 426	3 607	3 617
Arbeitslosenquote ^{d)} (in %)	8,7	7,5	7,9	8,3	8,3
Verbraucherpreise ^{e)} (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	2,3	2,6	0,3	0,6	0,8
Finanzierungssaldo des Staates ^{f)}					
in Mrd. Euro	4,7	1,0	-73,3	-124,7	-138,0
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	0,2	0,0	-3,0	-5,1	-5,5
<i>Nachrichtlich:</i>					
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	2,7	0,6	-3,9	1,0	0,9
Verbraucherpreisindex im Euroraum ^{g)} (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	2,1	3,3	0,2	0,9	1,2

^{a)} Prognose des ifo Instituts. – ^{b)} Preisbereinigte Angaben. – ^{c)} Inlandskonzept. – ^{d)} Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept). – ^{e)} Verbraucherpreisindex (2000 = 100). – ^{f)} In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 95). – ^{g)} Harmonisierter Verbraucherpreisindex (2005 = 100).

Quelle: Eurostat; Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Prognose des ifo Instituts.

Kasten

Jahresdurchschnittliches Wachstum und konjunktureller Verlauf

Die Prognose der jahresdurchschnittlichen Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) basiert auf einer detaillierten Prognose des unterjährigen konjunkturellen Verlaufs, d.h. auf einer Prognose der saison- und kalenderbereinigten Quartalsraten. Die einzelnen Quartalsraten gehen dabei mit unterschiedlichem Gewicht in die Jahresdurchschnittsrate ein. Im November hat das Statistische Bundesamt (Destatis) für das dritte Quartal 2009 eine laufende Quartalsrate von + 0,7% veröffentlicht, dies entspricht exakt der im Herbstgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute abgegebenen Prognose für diesen Zeitraum. Für das vierte Quartal 2009 wird hier von einem konjunkturellen Anstieg des BIP in Höhe von 0,5% ausgegangen (Herbstgutachten: + 0,2%). Zusammen mit der geringfügigen Aufwärtskorrektur der Quartalsrate für das zweite Vierteljahr 2009 um 0,1 Prozentpunkt durch Destatis führt dies zu einer marginal weniger ungünstigen Prognose für die jahresdurchschnittlichen BIP-Rate von - 4,9% (Herbstgutachten: - 5,0%). Im Jahresverlauf 2009 hat die gesamtwirtschaftliche Produktion saison- und kalenderbereinigt um 1,9% abgenommen (Jahresverlauf 2008: - 1,8%).

Durch die Anhebung der konjunkturellen Rate für das vierte Quartal 2009 fällt nunmehr der statistische Überhang für das Jahr 2010 um 0,2 Prozentpunkte größer aus. Unter Einbeziehung noch anderer Korrekturen am unterjährigen BIP-Verlauf fällt nunmehr die BIP-Zunahme 2010 im Jahresdurchschnitt 2010 mit 1,7% um 0,5 Prozentpunkte höher aus als im Herbstgutachten. Tabelle 3.3 fasst die wichtigsten statistischen Kenngrößen der hier vorgelegten Prognose für das reale Bruttoinlandsprodukt in Deutschland zusammen.

Die Importe erfuhren ebenfalls nach drastischen Rückgängen zu Jahresbeginn im vergangenen Quartal mit 5% ein deutliches Plus. Dieser überaus starke Anstieg liegt vor allem an den starken Zuwächsen im Energiesektor (11%) und bei den Vorleistungsgütern (8%). Vor allem im Chemie- und Metallbereich stiegen die Einfuhren an. Hierbei spielte die Aufstockung der Lagerbestände, die zuvor erheblich reduziert worden waren, eine wichtige Rolle.

Für das gegenwärtige Quartal wird mit einer ähnlich dynamischen Entwicklung gerechnet, da sich die Wareneinfuhr in der Abgrenzung des Spezialhandels aufgrund eines sehr starken Zuwachses im September auf einem wesentlich höheren Niveau befindet als im Mittel des dritten Quartals. Insgesamt wird für das Jahr 2009 noch ein Rückgang der Importe von 8,3% erwartet. Für den weiteren Prognosezeitraum werden sich die stark zunehmenden Exporte und die immer noch sehr niedrigen Importpreise positiv auf die Einfuhr auswirken. Dagegen sind vom privaten Konsum und von den Ausrüstungsinvestitionen keine stimulierenden Impulse zu erwarten. Insgesamt wird im Jahr 2010 durchschnittlich 6,9% mehr importiert als im Vorjahr (vgl. Abb. 3.10). Im Jahr 2011 wird die Einfuhr um 3,9% zunehmen, da erwartet wird, dass sowohl die Exporte als auch die inländische Verwendung geringfügig steigen. Der Außenbeitrag liefert damit im kommenden und darauffolgenden Jahr einen positiven Wachstumsbeitrag (vgl. Tab. 3.4.).

Die Einfuhrpreise sind im Vergleich zum Vorjahr drastisch gesunken. Ausschlaggebend hierfür war der vor allem zu Jahresbeginn zu beobachtende Preisverfall von Nahrungsmitteln, Rohstoffen, Halbwaren und Vorerzeugnissen, die in den letzten zwölf Monaten teilweise über 20% ihres Wertes verloren haben. Als Rahmenbedingungen für die Prognose wird ein konstanter Wechselkurs von 1,47 Dollar pro Euro sowie ein konstanter Ölpreis von 72 US Dollar je Barrel unterstellt. Im Prognosezeitraum dürften sich die Importpreise aufgrund einer immer noch deutlich geschwächten Weltkonjunktur kaum erholen, obwohl die Rohstoffpreise seit Frühjahr dieses Jahres deutlich angezogen haben. Für das Jahr 2009 wird somit ein Rückgang der Importpreise von 5,6% erwartet. Für das kommende Jahr werden die Einfuhr-

Tab. 3.3
Zur Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts

	2007	2008 ^{a)}	2009 ^{a)}	2010 ^{a)}	2011 ^{a)}
Statistischer Überhang ^{b)}	1,6	0,6	- 2,1	0,8	0,4
Jahresverlaufsrate ^{c)}	1,6	- 1,8	- 1,9	1,1	1,5
Jahresdurchschnittliche Veränderung, kalenderbereinigt	2,6	1,0	- 4,8	1,6	1,3
Kalendereffekt ^{d)}	- 0,1	0,3	- 0,1	0,1	- 0,1
Jahresdurchschnittliche Veränderung	2,5	1,3	- 4,9	1,7	1,2

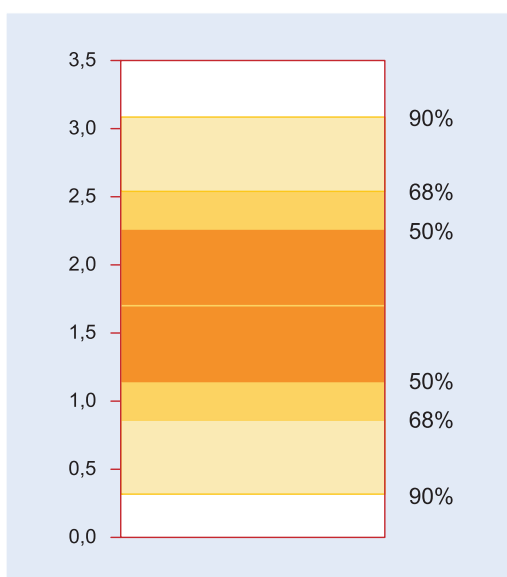
^{a)} Schätzungen des ifo Instituts. – ^{b)} Saison- und kalenderbereinigtes reales Bruttoinlandsprodukts im 4. Quartal des Vorjahres in Relation zum saison- und kalenderbereinigten Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. – ^{c)} Jahresveränderungsrate im 4. Quartal, saison- und kalenderbereinigt. – ^{d)} In Prozent des realen Bruttoinlandsprodukts.

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2009, 2010 und 2011: Prognose des ifo Instituts.

preise bei der hier unterstellten Konstanz der Rohstoffpreise und des Eurokurses sowie der sich langsam erholenden Weltnachfrage wieder leicht ansteigen. Insgesamt werden die Importpreise im Jahr 2010 um 0,2% steigen.

Auch die Ausfuhrpreise sind im Verlauf dieses Jahres deutlich gesunken. Der Preisrückgang war jedoch nicht so deutlich wie bei den Importpreisen, da trotz schlechterer Exportaussichten die Produzenten für Fertigwaren, welche fast 90% des deutschen Exportsortiments ausmachen, ihre Preise nicht so deutlich senkten wie es die Exporteure für Rohstoffe, Halbwaren und Nahrungsmittel tun mussten, um ihre Erzeugnisse auf den Weltmärkten absetzen zu können.

Abb. 3.7
Prognoseintervall für die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts 2010



Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

Da die Weltnachfrage im nächsten Jahr im Vergleich zu den Jahren 2007 und 2008 noch sehr moderat sein dürfte, wird es keinen Spielraum für Preiserhöhungen geben. Für 2009 wird mit einem Rückgang der Exportpreise um 3,0% gerechnet und für das kommende Jahr wird erwartet, dass die Ausfuhrpreise im Durchschnitt nahezu stagnieren. Die Terms of Trade werden sich im Jahr 2009 deutlich verbessern und im Jahr 2010 geringfügig verschlechtern.

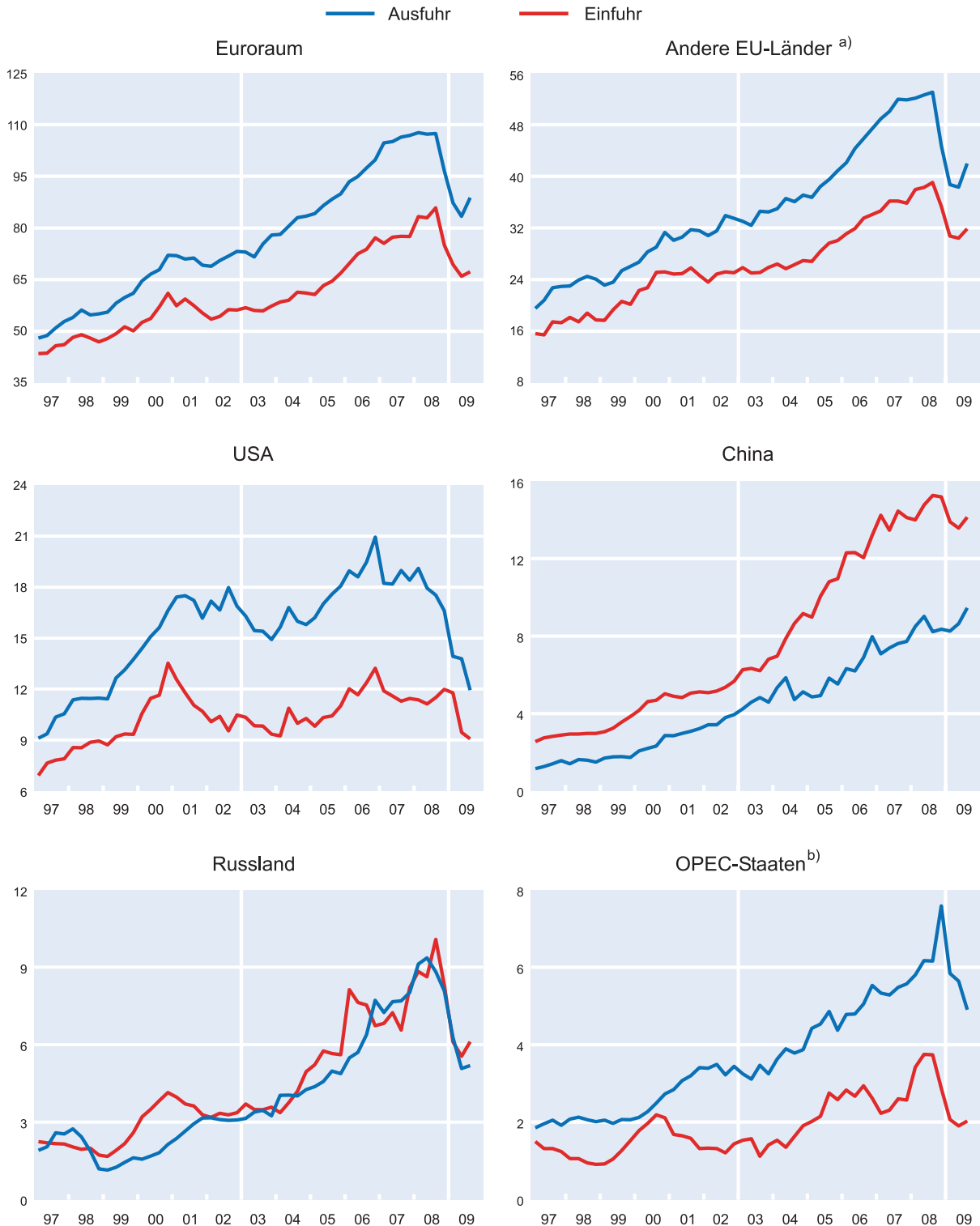
Ausrüstungsinvestitionen im Zwischenhoch

Die Ausrüstungsinvestitionen sind im Sommer mit einer Rate von 0,8% gegenüber dem Vorquartal gestiegen, nachdem sie zuvor drei Quartale in Folge um insgesamt knapp 22% geschrumpft waren. Trotz des Anstiegs im dritten Quartal bleiben sie damit unter dem Niveau vom Herbst 2005. Im letzten Quartal 2009 dürften die Unternehmen ihre Investitionsausgaben erneut etwas erhöht haben. Investitionen, die aufgrund des starken Produktionseinbruchs im ersten Halbjahr zurückgestellt wurden, sind nach der Erholung der wirtschaftlichen Situation nun in Angriff genommen worden. Dabei dürfte es sich vor allem um notwendig gewordene Ersatzinvestitionen gehandelt haben. Im Jahresdurchschnitt resultiert 2009 aber dennoch ein historisches Minus von rund 20%.

Die Belebung seit Jahresmitte 2009 dürfte ein Zwischenhoch bleiben. Der weitere Ausblick ist für die Ausrüstungsinvestitionen trübe. Die Auslastung der Gerätekapazitäten ist weiterhin unterdurchschnittlich. Die im ifo Konjunkturtest befragten Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes schätzen ihre vorhandenen technischen Kapazitäten in Anbetracht der von ihnen erwarteten Nachfrage vorwiegend als zu groß ein, so dass die Erweiterung der Kapazitäten als Investitionsmotiv im kommenden Jahr keine wesentliche Rolle spielt. Stattdessen werden Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen im Fokus der Unternehmen stehen. Auf eine schwache Nachfrage nach Investitionsgütern weisen ebenfalls die ifo Konjunkturtestergebnisse für die Leasingbranche hin, die sich als zuverlässiger Indikator für die Investitionsneigung bewährt haben.

Auch die Finanzierungssituation lassen ein verhaltenes Jahr 2010 erwarten. Die Ertragslage der Unternehmen hat in der Rezession stark gelitten. Die Kreditvergabepolitik der Banken ist nach Auskunft der Unternehmen weiterhin restriktiv. Die vom ifo Institut veröffentlichte Kredithürde verharrt seit Jahresbeginn 2009 auf einem hohen Niveau. Die schlechte Eigenkapitalsituation der Banken dürfte im kommenden Jahr zunächst weiter ungünstig bleiben. In den kommenden Monaten werden die Unternehmensinsolvenzen weiter zuneh-

Abb. 3.8
Außenhandel Deutschlands nach Ländern und Regionen
 Spezialhandel; saisonbereinigte Quartalswerte in Mrd. Euro

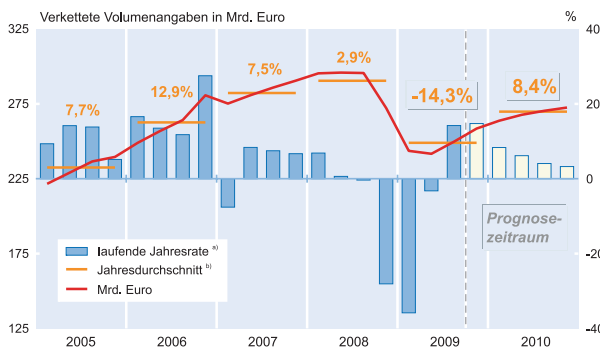


^{a)} Polen, Ungarn, Tschechien, Lettland, Litauen, Estland, Bulgarien, Dänemark, Rumänien, Schweden, Großbritannien.

^{b)} Algerien, Libyen, Nigeria, Venezuela, Irak, Iran, Saudi-Arabien, Kuwait, Katar, Vereinigte Arabische Emirate, Indonesien.

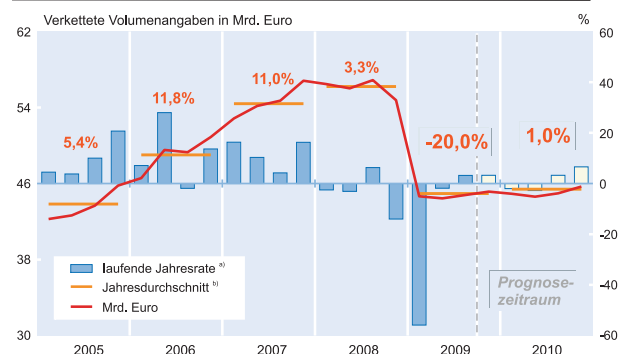
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 3.9
Reale Exporte
Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



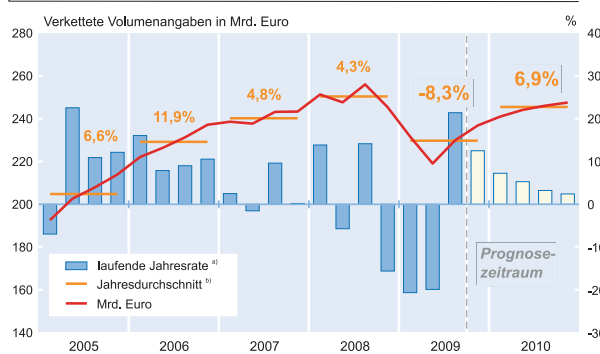
^{a)} Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).
^{b)} Zahlenangabe: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Dezember 2009).

Abb. 3.11
Reale Investitionen in Ausrüstungen
Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



^{a)} Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).
^{b)} Zahlenangabe: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Dezember 2009).

Abb. 3.10
Reale Importe
Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



^{a)} Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).
^{b)} Zahlenangabe: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Dezember 2009).

men, so dass die Banken vermehrt Kreditausfälle verkräften müssen. Daher wird der Kreditzugang für Unternehmen ungünstig bleiben, zumal viele Unternehmen in der Rezession einen Teil ihres Eigenkapitals aufgezehrt haben und daher aus Sicht der Banken die Kreditrisiken gestiegen sind.

In der zweiten Jahreshälfte 2010 werden Vorzieheffekte wegen des Auslaufens der temporär wirkenden degressiven Abschreibung die Investitionstätigkeit beleben. Da aber Investitionsprojekte vorgezogen werden, fehlen diese wieder in der ersten Jahreshälfte 2011. Insgesamt werden aber die Investitionstendenzen Ende 2010 und im Jahr 2011 leicht aufwärtsgerichtet sein. Bei rückläufigen Lohnstückkosten und anziehender Nachfrage sollten die Gewinnerwartungen der Unternehmen positiver werden. Im Jahresdurchschnitt dürften daher die Ausrüstungsinvestitionen in 2010 um etwa 1% zunehmen (vgl. Abb. 3.11). In 2011 ist damit zu rechnen, dass sie nochmals um rund 1,5% steigen.

Tab. 3.4
Wachstumsbeiträge zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts
(in Prozentpunkten)

	2008	2009 ^{a)}	2010 ^{a)}	2011 ^{a)}
Konsumausgaben	0,6	0,6	0,3	0,6
Private Konsumausgaben	0,2	0,2	0,1	0,4
Konsumausgaben des Staates	0,4	0,5	0,3	0,2
Bruttoanlageinvestitionen	0,6	-1,6	0,2	0,1
Ausrüstungen	0,3	-1,6	0,1	0,1
Bauten	0,2	0,0	0,1	-0,1
Sonstige Anlagen	0,1	0,1	0,0	0,0
Vorratsveränderungen	0,4	-0,6	0,4	0,1
Inländische Verwendung	1,6	-1,5	0,9	0,8
Außenbeitrag	-0,3	-3,3	0,9	0,4
Exporte	1,4	-6,7	3,4	1,9
Importe	-1,7	3,4	-2,5	-1,5
Bruttoinlandsprodukt ^{b)}	1,3	-4,9	1,7	1,2

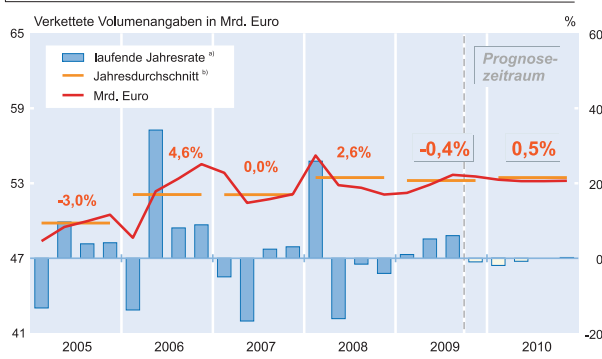
^{a)} Schätzungen des ifo Instituts. – ^{b)} Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2009, 2010 und 2011: Prognose des ifo Instituts.

Wohnungsbau stützt Bauinvestitionen

In den ersten drei Quartalen dieses Jahres ist die Baunachfrage jeweils leicht gestiegen. Im letzten Vierteljahr 2009 dürfte sich die positive Tendenz bei den Bauinvestitionen jedoch nicht fortsetzen. Die Auftragsbestände im Wirtschaftsbau sind mittlerweile so stark geschrumpft, dass es in diesem Bereich zu einer Bremsung kommen dürfte, die auf die Baunachfrage insgesamt durchschlägt. Aufgrund der Vorgaben des Vorjahres – die in einen deutlichen technischen Unterhang münden – wird bei den Bauinvestitionen trotz des insgesamt positiven Jahresverlaufs im Jahresdurchschnitt 2009 eine Abnahme um etwa 0,4% resultieren.

Abb. 3.12

Reale Bauinvestitionen
 Saison- und kalenderbereinigter Verlauf


^{*)} Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).
^{**)} Zahlenangabe: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Dezember 2009).

Im Verlauf des kommenden Jahres werden die Bauinvestitionen wohl leicht sinken. Dabei werden sich die Expansion im Wohnungsbau und im öffentlichen Bau, der durch die Konjunkturpakete getragen wird, und die Schrumpfung im Wirtschaftsbau fast die Waage halten. Insgesamt ergibt sich aufgrund des statistischen Überhangs im Jahresdurchschnitt dennoch ein Plus von 0,5% (vgl. Abb. 3.12). Im Jahr 2011 wird die öffentliche Hand mit dem Auslaufen der Konjunkturpakete die Bautätigkeit wieder deutlich zurückfahren. Da auch der Wirtschaftsbau noch weiter bremsen dürfte, stützt dann allein der Wohnungsbau die Baunachfrage. Insgesamt werden die Bauinvestitionen durchschnittlich um etwa 0,7% sinken (vgl. Tab. 3.5).

Die Wohnungsbauinvestitionen haben sich im bisherigen Jahresverlauf schwankend entwickelt. Das erste Vierteljahr begann mit einem Plus bei der Wohnbaunachfrage. Im Frühjahr ist sie gegenüber dem Vorquartal leicht gesunken, während sie sich im dritten Quartal wieder ausweitete. Nach den Daten zum Auftragseingang dürfte diese positive Tendenz auch im letzten Quartal des Jahres anhalten. Im Jahresdurchschnitt werden die Wohnungsbauinvestitionen 2009 dennoch um etwa 0,4% sinken. Im nächsten Jahr dürfte die Wohnungsbauinvestitionen weiterhin leicht aufwärts ge-

richtet sein. Die Auftragseingänge haben sich zuletzt günstiger entwickelt. Die ifo Architektenumfrage deutet jedoch auf eine sehr verhaltene Belebung hin. Im weiteren Verlauf wirken die niedrigen Hypothekenzinsen stützend. Weiterhin regen die Modernisierung des Wohnungsbestandes und die energetische Sanierung die Nachfrage an. In 2010 wird der Wohnungsbau daher um etwa 1,3% steigen, gefolgt von reichlich 1% in 2011.

Im Wirtschaftsbau war die Entwicklung nach den vorliegenden Daten im bisherigen Jahresverlauf trotz des zurückliegenden gesamtwirtschaftlichen Produktionseinbruchs positiv. Die Auftragseingänge liegen derzeit aber deutlich unter den Vorjahreswerten und der Auftragsbestand ist stark abgeschmolzen. Sein Wert lag im dritten Quartal im gewerblichen Hochbau um mehr als 20% unter dem Vorjahreswert. In die gleiche Richtung weisen die Baugenehmigungen. Im Schlussquartal 2009 wird der Gewerbebau daher einen kräftigen Dämpfer bekommen; im Jahresdurchschnitt ist mit einem Minus von 2,8% zu rechnen. Im Verlauf des kommenden Jahres dürften die Wirtschaftsbauinvestitionen weiter sinken, wenn auch mit abnehmendem Tempo. Im Jahresdurchschnitt wird eine Abnahme um 5,4% erwartet. Die Schrumpfung wird sich auch in das Jahr 2011 hinein fortsetzen; im Jahresvergleich dürfte sich ein Minus von etwa 1% ergeben.

Der Staat hat seine Bauinvestitionen seit dem Frühjahr kräftig ausgeweitet. Auch im Herbst zeigten die Maßnahmen aus den Konjunkturpaketen ihre Wirkung. Im Jahr 2009 steigen die öffentlichen Bauinvestitionen daher um etwa 5,5%. Im kommenden Jahr dürften die öffentlichen Bauinvestitionen nochmals weiter an Fahrt gewinnen. Die Auftragseingänge im Straßenbau haben in den vergangenen Monaten erheblich zugenommen und auch der öffentliche Hochbau wird zulegen. Allerdings werden die rezessionsbedingten Steuerausfälle insbesondere bei den Kommunen den Investitionsspielraum einengen. Im Jahr 2011 wird es bei den öffentlichen Bauinvestitionen zu einem kräftigen Rückschlag kommen. Die Finanzlage der öffentlichen Hand bleibt ungünstig und die Konjunkturpakete laufen aus. Nach einer starken Expansion von jahresdurchschnittlich etwa 11% in 2010 werden die öffentlichen Bauinvestitionen in 2010 um ca. 7% abnehmen.

Tab. 3.5

Reale Bruttoanlageinvestitionen
 Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2008	2009	2010	2011
Bauten	2,6	-0,4	0,5	-0,7
Wohnbauten	0,5	-0,4	1,3	1,1
Nichtwohnbauten	5,5	-0,4	-0,5	-3,0
Gewerblicher Bau	5,3	-2,8	-5,4	-1,0
Öffentlicher Bau	5,8	5,5	11,0	-7,0
Ausrüstungen	3,3	-20,0	1,0	1,5
Sonstige Anlagen	5,3	6,3	4,0	4,2
Bruttoanlageinvestitionen	3,1	-8,4	0,9	0,5

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2009, 2010 und 2011: Prognose des ifo Instituts.

Privater Konsum weiter fiskalisch gestützt

Der private Konsum hat im ersten Halbjahr 2009 saison- und kalenderbereinigt deutlich zugelegt. Maßgeblich hierfür war, dass die realen verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte trotz der schweren Wirtschaftskrise merklich gestiegen sind. Zwar

Tab. 3.6
Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung^{a)}
 Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal

	2007				2008				2009				2010			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV ^{b)}	I ^{b)}	II ^{b)}	III ^{b)}	IV ^{b)}
Private																
Konsumausgaben	-2,3	0,7	0,4	-0,3	0,4	-0,6	0,3	-0,4	0,9	0,6	-0,9	-0,5	0,5	0,2	0,2	0,2
Öffentlicher Konsum	1,3	-0,5	0,2	0,4	1,0	0,7	0,1	0,6	1,2	0,6	0,1	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3
Ausrüstungen	3,9	2,5	1,0	3,9	-0,6	-0,8	1,5	-3,7	-18,5	-0,5	0,8	0,8	-0,5	-0,7	0,8	1,6
Bauten	-1,3	-4,5	0,6	0,8	5,9	-4,3	-0,4	-1,0	0,3	1,3	1,5	-0,2	-0,5	-0,2	0,0	0,1
Sonstige Anlagen	-0,7	5,0	1,6	2,7	-2,5	2,8	2,4	2,0	-0,3	2,3	2,6	0,3	0,4	0,7	1,2	1,2
Vorratsinvestitionen ^{c)}	2,4	-0,9	0,4	-1,0	1,2	-0,5	0,8	0,2	-0,3	-2,0	1,5	0,4	0,0	0,0	-0,2	-0,1
Inländische																
Verwendung	1,6	-0,8	1,0	-0,7	2,3	-1,3	1,2	-0,4	-1,2	-1,4	1,3	0,2	0,2	0,0	0,1	0,2
Außenbeitrag ^{c)}	-1,1	1,1	0,0	0,8	-0,5	0,7	-1,4	-2,1	-2,5	1,9	-0,5	0,3	0,2	0,2	0,1	0,1
Exporte	-2,0	2,0	1,8	1,6	1,7	0,2	-0,1	-7,9	-10,5	-0,8	3,4	3,5	2,0	1,5	1,0	0,8
Importe	0,6	-0,4	2,3	0,0	3,3	-1,5	3,4	-4,2	-5,6	-5,4	5,0	3,0	1,8	1,3	0,8	0,6
Bruttoinlandsprodukt	0,3	0,3	0,8	0,1	1,6	-0,6	-0,3	-2,4	-3,5	0,4	0,7	0,5	0,4	0,2	0,2	0,3

^{a)} Saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte, in Vorjahrespreisen. – ^{b)} Schätzungen des ifo Instituts. – ^{c)} Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponenten).

Quelle: Statistisches Bundesamt; ab 4. Quartal 2009: Schätzungen des ifo Instituts.

sind die Arbeitslöhne im Gefolge der starken Zunahme an Kurzarbeit deutlich gesunken; der Lohnausfall wurde aber durch Kurzarbeitergeld und tarifvertraglich vereinbarte Zahlungen der Arbeitgeber teilweise ausgeglichen. Zudem wurden die Belastung mit Steuern und Sozialabgaben zurückgeführt und Transferzahlungen erhöht. Schließlich wurden die Verbraucherbudgets durch sinkende Energie- und Nahrungsmittelpreise entlastet. Last but not least wurde die Pkw-Nachfrage im ersten Halbjahr überaus kräftig durch die Gewährung einer Abwrackprämie in Höhe von 2 500 Euro für die Verschrottung eines mindestens neun Jahre alten Autos stimuliert.

Nach der Jahresmitte haben die Impulse aus der Abwrackprämie auf die privaten Fahrzeugkäufe aber deutlich nachgelassen; der reale private Konsum ist gegenüber dem zweiten Quartal saison- und kalenderbereinigt um 0,9% gesunken (vgl. Tab. 3.6). Gleichwohl waren die realen Ausgaben für Verkehr und Nachrichtenübermittlung – dieser Warengruppe werden die Pkw-Käufe zugerechnet – um 5,0% höher als vor Jahresfrist. Rückläufig waren zuletzt die Aufwendungen für Einrichtungsgegenstände, Nahrungsmittel und für Bekleidung und Schuhe (vgl. Abb. 3.13).

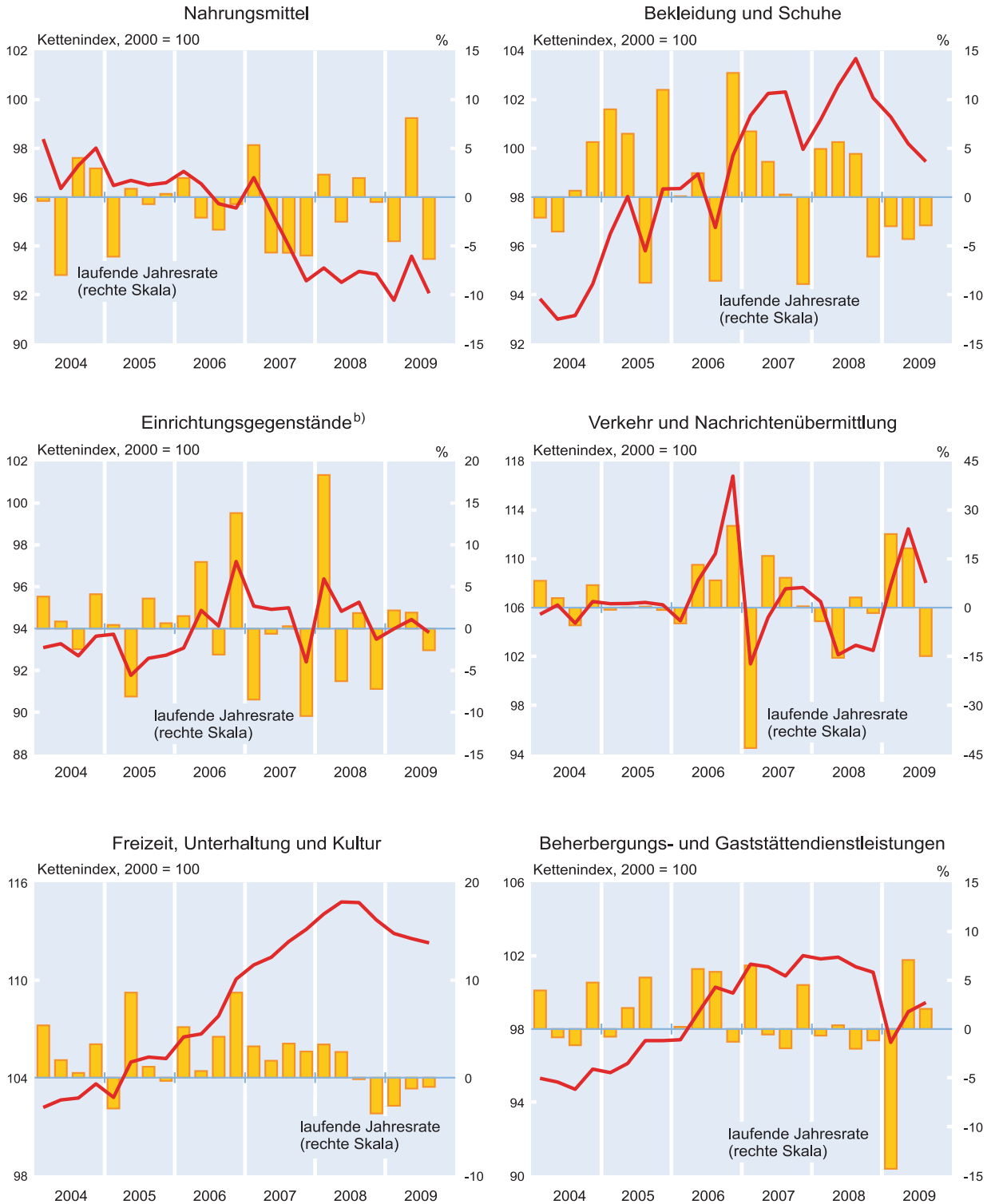
Die Entwicklung der Masseneinkommen hätte im dritten Vierteljahr durchaus Spielraum für eine weitere leichte Ausweitung des Konsums gegeben, denn sie stiegen real um 1/2%. Expansiv wirkte, dass der Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung von 15,5% auf 14,9% zurückgenommen wurde, was die Nettolöhne stützte. Zugleich sind die Altersrenten, der expansiven durchschnittlichen Bruttolohnentwicklung 2008 folgend, spürbar erhöht worden (um 2,41% im Westen, um 3,38% im Osten). Mit den Renten wurden auch die Regelsätze bei Hartz IV, der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie bei Sozialhilfeleistungen angehoben.

Stark zurückgegangen sind hingegen nach der Jahresmitte die realen Betriebsüberschüsse sowie die realen Selbständigen- und Vermögenseinkommen. Zudem ist die zuvor gesunkene Sparquote wieder leicht gestiegen. Den Frühindikatoren zufolge dürften die realen Konsumausgaben auch im Jahresendquartal gesunken sein. Im Jahresdurchschnitt 2009 zeichnet sich damit für den realen Konsum dennoch ein leichter Zuwachs um 0,3% ab (vgl. Abb. 3.14).

Im Jahr 2010 dürften die realen Konsumausgaben leicht steigen. Zwar fallen die Tarifabschlüsse niedriger als bisher aus, zudem dürfte die Beschäftigung nunmehr an das niedrige Produktionsniveau angepasst werden. Gleichzeitig nehmen aber die geleisteten Arbeitsstunden je Beschäftigten wieder zu. In der Summe werden die Bruttolöhne und -gehälter nahezu stagnieren. Netto ergibt sich aber eine spürbare Zunahme (1,3%), weil die Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung in der Regel steuerlich voll abgesetzt werden können. Zudem wird der Grundfreibetrag angehoben und andere Parameter der Einkommensteuerfunktion angepasst. Schließlich wird im Rahmen des »Wachstumsbeschleunigungsgesetzes« der Kinderfreibetrag, mit dem das Existenzminimum eines Kindes steuerlich freigestellt wird, von 6 024 Euro für jedes Kind auf 7 008 Euro erhöht. Die Sozialleistungen werden mit 2,9% nochmals kräftig steigen. Maßgeblich hierfür ist, dass das Kindergeld zu Jahresanfang angehoben wird. Für das erste und zweite Kind wird das Kindergeld von 164 auf 184 Euro erhöht, für das dritte Kind von 170 auf 190 Euro und für jedes weitere von 195 auf 215 Euro. Zudem wirkt die diesjährige hohe Rentenanpassung im ersten Halbjahr 2010 in der Wachstumsrate nach; außerdem unterbleibt aufgrund der neuen Rentengarantie eine Kürzung der Altersrenten, die nach der bisherigen Rentenformel notwendig geworden wäre. Die entnommenen Gewinne und Ver-

Abb. 3.13

Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte im Inland nach Verwendungszweck^{a)} seit 2004

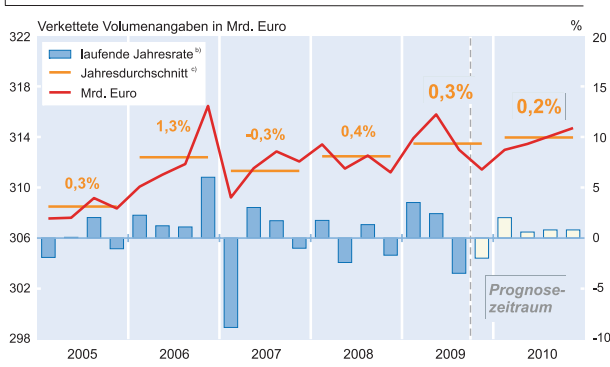


^{a)} Saisonbereinigt Census X-12-ARIMA.

^{b)} Einschließlich Geräte für den Haushalt.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 3.14
Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte³⁾
 Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
²⁾ Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).
³⁾ Zahlenangabe: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
 Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Dezember 2009).

mögenseinkommen dürften dagegen deutlich sinken. Insgesamt werden die verfügbaren Einkommen nominal um 0,9% steigen, real um 0,5%. Die Sparquote dürfte steigen; dies nicht zuletzt deshalb, weil die Abwrackprämie zu einem Vorziehen von Pkw-Käufen ins Jahr 2009 geführt hat. Diese Nachfrage fehlt im kommenden Jahr. Insgesamt wird der reale private Konsum im Jahr 2010 mit 0,2% kaum steigen. Im Jahr 2011 dürfte er bei nicht mehr rückläufiger Beschäftigung und leicht sinkender Sparquote um 0,7% zulegen.

Verbraucherpreise steigen weiter langsam

Das Verbraucherpreisniveau ist in diesem Jahr saisonbereinigt nur wenig gestiegen. Im Vorjahresvergleich ist die Inflationsrate unter Schwankungen bis Herbst gesunken, teilweise gab es sogar Minusraten wie zuletzt im Frühjahr 1987. Erst im November wurde mit 0,4% wieder eine positive Inflationsrate registriert. Im Durchschnitt des Jahres 2009 wird sich der Anstieg der Verbraucherpreise auf 0,3% belaufen.

Zum günstigen Preisklima hat die Entwicklung der Heizöl- und Kraftstoffpreise beigetragen. Diese waren bis Jahresmitte 2008 sehr kräftig gestiegen, danach aber, im Gefolge des krisenbedingten Umschwungs auf den Rohölmärkten, noch kräftiger gesunken. Obwohl die Preise für Mineralölprodukte seit dem Frühjahr aufgrund der konjunkturellen Erholung wieder angezogen haben, unterschritten sie bis Oktober den Vorjahresstand sogar mit zweistelligen Raten. Erst im November kehrte sich diese Entwicklung um; die Kraftstoffpreise lagen zuletzt im Schnitt um 5,6% über denen des Vorjahres (Oktober: - 6,1%). Die an die Ölpreisentwicklung mit deutlicher Verzögerung gekoppelten Gasterife wurden im laufenden Jahr dagegen bis zuletzt gesenkt. Außerdem haben sich im Vorjahresvergleich saisonabhängige Nahrungsmittel verbilligt.

Aber auch die Kerninflationsrate, aus der in Abgrenzung des ifo Instituts der Einfluss der Preisentwicklung von Energieträgern, saisonabhängigen Nahrungsmitteln sowie von Gütern mit administrierten Preisen herausgerechnet wird⁶⁾, ist 2009 gesunken. Sie betrug im November lediglich 0,9%, ähnlich niedrige Werte wurden zuletzt im Sommer 2006 registriert. Hier machte sich die Verbilligung von Grundnahrungsmitteln (ohne saisonale Erzeugnisse) bemerkbar (-1,2%). Außerdem hat sich der Preisauftrieb bei den übrigen Waren und Diensten, auf die knapp zwei Drittel aller Verbrauchsausgaben entfallen, zuletzt ebenfalls merklich verringert. Im November belief sich hier die Inflationsrate auf 1,1%, das ist noch etwas niedriger als im Jahresdurchschnitt 2008 (vgl. Tab. 3.7).

Im Prognosezeitraum wird die Verteuerung der Lebenshaltung alles in allem moderat bleiben, die Phase niedriger Inflationsraten geht weiter. Zwar erhöht die Deutsche Bahn AG im Dezember 2009 die Preise für Fahrten im Nah- und Fernverkehr um durchschnittlich 1,8%. Zudem wollen viele Stromanbieter zum Jahreswechsel die Preise anheben aufgrund gestiegener Beschaffungskosten bzw. erhöhter Kosten im Rahmen des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG). Den zwischenzeitlich wieder gestiegenen Ölpreisen folgend werden auch die Gasterife vielenorts teurer. Anders als im laufenden Jahr gibt es schließlich keine im Vorjahresvergleich dämpfenden Basiseffekte mehr (vgl. Abb. 3.15). Insgesamt dürfte aber angesichts der weiterhin sehr niedrigen Auslastung der Produktionskapazitäten und der insgesamt schwachen Wirtschaftsentwicklung der Druck auf die Verbraucherpreise zunächst kaum nachlassen. Für das Jahr 2010 ist mit einem Anstieg des Verbraucherpreisindex in Höhe von 0,6% zu rechnen, für das Jahr 2011 kann die jahresdurchschnittliche Inflationsrate auf 0,8% veranschlagt werden.

Löhne weiter unter Druck

Nach vergleichsweise hohen Tarifabschlüssen im letzten Jahr sind bis zum dritten Quartal 2009 in Anbetracht der Wirtschaftskrise wieder geringere Abschlussraten vereinbart worden. Außerdem wurden im Vergleich zum Vorjahr deutlich weniger Einmalzahlungen geleistet. Dennoch lagen die tariflichen Stundenlöhne im dritten Quartal etwa 2,1% über dem Niveau des Vorjahres, nachdem sie in der ersten Jahreshälfte noch etwa 3% höher ausgefallen waren als im Vorjahr. Dabei ermöglichen es Öffnungsklauseln in den Tarifverträgen, dass Arbeitgeber in Krisenzeiten Leistungen einschränken oder vereinbarte Erhöhungen verschieben. Bemerkenswert ist, dass die effektiven Stundenverdienste im

⁶⁾ Die Preise von Energieträgern und von saisonabhängigen Lebensmitteln sind überdurchschnittlich volatil und können die Ergebnisse der Preisstatistik auf kurze Sicht verzerren. Aufgrund der in Deutschland besonders großen Bedeutung von Gütern mit administrierten Preisen schließt das ifo Institut bei der Berechnung der Kerninflationsrate diese Gütergruppe zusätzlich aus.

Tab. 3.7
Entwicklung des Verbraucherpreisindex^{a)}

	Wägungsschema in Promille	2006	2007	2008	2009 Nov.
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					
Kerninflation ^{b)}	718,08	0,8	2,0	1,9	0,9
davon:					
Nahrungsmittel ohne Saisonwaren	73,08	0,8	3,5	7,3	-1,2
darunter:					
Brot, Getreideerzeugnisse	16,44	0,6	3,2	7,9	-0,7
Molkereiprodukte, Eier	14,44	0,0	5,9	14,0	-4,4
Speisefette und -öle	2,55	0,8	10,5	7,5	2,2
Andere Waren und Dienste	645,00	0,8	1,8	1,3	1,1
Übrige Lebenshaltung	281,92	3,6	3,1	4,4	-0,8
davon:					
Saisonabhängige Nahrungsmittel	16,91	6,8	5,8	3,1	-6,8
Heizöl, Kraftstoffe und Gas	57,43	9,1	2,9	11,2	-4,8
Heizöl	9,21	10,9	-1,5	31,6	-14,9
Kraftstoffe	35,37	5,5	4,1	6,8	5,6
Gas	12,85	17,6	2,7	8,9	-18,7
Güter mit administrierten Preisen	207,58	1,9	3,0	2,5	0,8
darunter:					
Strom	24,61	3,9	6,9	6,9	5,8
Umlagen für Fernwärme u. Ä.	12,36	15,2	3,3	8,1	-8,6
Telefondienstleistungen	27,12	-3,1	-0,3	-3,2	-1,9
Gesundheitspflege	40,27	0,5	0,8	1,7	0,9
Beiträge zur Krankenversicherung	9,39	2,2	2,1	5,2	1,8
Kraftfahrzeugsteuer	6,50	1,1	3,6	-1,1	0,0
Lebenshaltung insgesamt	1 000,00	1,6	2,3	2,6	0,4
davon: ^{c)}					
Kerninflation	-	0,5	1,4	1,4	0,6
Nahrungsmittel ohne Saisonwaren	-	0,1	0,3	0,5	-0,1
Andere Waren und Dienste	-	0,5	1,2	0,8	0,7
Übrige Lebenshaltung	-	1,0	0,9	1,3	-0,2
Saisonabhängige Nahrungsmittel	-	0,1	0,1	0,1	-0,1
Heizöl, Kraftstoffe und Gas	-	0,5	0,2	0,7	-0,3
Güter mit administrierten Preisen	-	0,4	0,6	0,5	0,2

^{a)} Verbraucherpreisindex, 2005 = 100. – ^{b)} In der Abgrenzung des ifo Instituts. – ^{c)} Inflationsbeiträge der Teilindizes zur Veränderung des Verbraucherpreisindex in Prozentpunkten. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

dritten Quartal sogar 3,7% über dem Vorjahr lagen, nach 4,8% im ersten Halbjahr. Dies lag zum einen daran, dass zunächst in erheblichem Umfang Arbeitszeitkonten abgebaut wurden und somit kürzer gearbeitet wurde, ohne dass Lohn-

zahlungen eingeschränkt wurden. Zum anderen dürften tariflich vereinbarte Zuzahlungen der Arbeitgeber zum Kurzarbeitergeld dazu geführt haben, dass die Lohnzahlungen nicht proportional zur Zahl der geleisteten Stunden gesun-

ken sind. Insgesamt hat sich die Lohndrift damit spürbar erhöht. Da nach dem enormen Produktionsrückgang der ersten Jahreshälfte immer noch erhebliche Überkapazitäten bei den Unternehmen bestehen, liegen die Lohnstückkosten im dritten Quartal um reichlich 5% über Vorjahresniveau, nach 8,2% im ersten Halbjahr. Im Produzierenden Gewerbe (ohne Bau) sind die Lohnstückkosten sogar 13,3% höher als im Vorjahr, was den erheblichen Kostendruck verdeutlicht, dem sich die dort tätigen Unternehmen ausgesetzt sehen.

Für dieses Jahr ist eine Tariflohnsteigerung um 2,3% zu veranschlagen, da Arbeitgeber

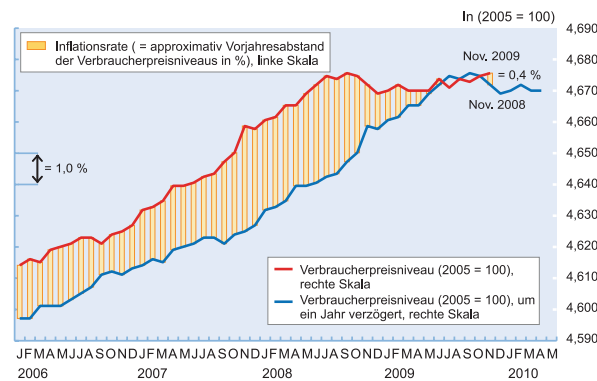
Kasten

Verbraucherpreisniveau und Inflationsrate

Die Veränderung des Verbraucherpreisniveaus wird üblicherweise mit Hilfe der Inflationsrate gemessen. Hierbei wird das Preisniveau in einem Monat t zum Preisniveau des vergleichbaren Vorjahresmonats $t - 12$ in Beziehung gesetzt. Die Entwicklung der Inflationsrate wird deshalb nicht nur von der aktuellen Preisdynamik im laufenden Jahr beeinflusst, sondern immer auch von den Preisbewegungen im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die Abbildung 3.15 zeigt diesen Sachverhalt exemplarisch auf. Die Inflationsrate ergibt sich approximativ aus dem Vorjahresabstand der logarithmierten Verbraucherpreisniveaus^{a)}, wobei zur erhöhten Anschaulichkeit die Preisniveaus vorab saisonbereinigt wurden. Der Vorjahresvergleich wird hierdurch nicht beeinflusst. Die Abbildung zeigt, dass die seit Herbst 2008 zu verzeichnende Disinflationphase nicht nur auf dem recht geringen Anstieg des jeweils aktuellen Verbraucherpreisniveaus beruht, sondern auch auf Basiseffekten, die aus der Preisentwicklung aus dem jeweiligen Vorjahresmonat herrühren.

^{a)} Es gilt der Zusammenhang: Inflationsrate $P_t/P_{t-12} \cdot 100 - 100 \approx (\ln(p_t) - \ln(p_{t-12})) \cdot 100$.

Abb. 3.15
Entwicklung von Verbraucherpreisniveau^{a)} und Inflationsrate



^{a)} Saisonbereinigt und logarithmiert.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

weiterhin Öffnungsklauseln in den Tarifverträgen nutzen, um Kostensteigerungen abzufedern. Da die meisten Arbeitszeitkonten ausgeschöpft sein dürften und außerdem mit einem weiteren Rückgang der Kurzarbeit zu rechnen ist, wird die Lohndrift im Verlauf des vierten Quartals etwa bei null liegen, so dass im Jahresdurchschnitt ein Anstieg der effektiven Stundenlöhne von etwa 3,7% resultiert. Da kaum Preissteigerungen stattfinden, erhöhen sich die realen Lohnkosten je Stunde um 2,6%, und die Lohnstückkosten liegen auf Stundenbasis um 5,6% über dem Vorjahreswert.

Im kommenden Jahr lassen die bereits vorliegenden Tarifabschlüsse einen weiteren Rückgang der Lohnsteigerungs-

raten erwarten. Die Beschäftigten im Baugewerbe erhalten 2,3% mehr Lohn und im öffentlichen Dienst der Länder erfolgt eine Stufenerhöhung um 1,2%. Auch dürfte die Abschlussrate im öffentlichen Dienst des Bundes und der Gemeinden aufgrund der Haushaltslage der öffentlichen Finanzen moderat ausfallen. Insgesamt ergibt sich für die tariflichen Stundenlöhne im Jahr 2010 eine Zunahme um 1,7%. Bei anhaltender Unterauslastung der Kapazitäten ist mit einem fortgesetzten Abbau übertariflicher Leistungen zu rechnen. Zudem geht der Umfang der Zahlungen der Arbeitgeber zum Kurzarbeitergeld weiter zurück, und es kommt zu einer Anpassung der bezahlten an die geleistete Arbeitszeit, da Arbeitszeitkonten ausgeschöpft sind. Zwar können prinzipiell auch Arbeitszeitschulden aufgebaut werden. Es ist aber fraglich, ob viele Arbeitgeber dieses Instrument nutzen und damit Lohnzahlungen im Voraus leisten. Insgesamt kommt es zu einer negativen Lohndrift und die effektiven Stundenlöhne steigen moderat um 0,5%. Die realen Lohnkosten je Stunde dürften nahezu stagnieren. Die Lohnstückkosten auf Stundenbasis gerechnet werden deutlich sinken (- 2,0%), weil die Stundenproduktivität nach dem diesjährigen Einbruch wieder deutlich steigt.

Die durchschnittliche Arbeitszeit der Beschäftigten, die nicht von Kurzarbeit betroffen sind, dürfte im Verlauf des kommenden Jahres weiter leicht zurückgehen. Dabei folgt die durchschnittliche Arbeitszeit ihrem langfristig rückläufigen Trend, weil keine Überstunden angesammelt werden dürfen und die Quote der Teilzeitbeschäftigten weiter zunimmt.

Tab. 3.8
Einfluss der Kurzarbeit auf die Entwicklung der Löhne
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	Geleistet Std.(Arbeitnehmer)			durchschnittliche Arbeitszeit			Arbeitnehmer (Vollzeit)		
	gesamt	ohne KA	KA	gesamt	ohne KA	KA	gesamt	ohne KA	KA
2007	1,9	1,9	-9	0,2	0,2	-11,0	1,7	1,8	-10,3
2008	1,5	1,4	90	-0,1	-0,1	27,7	1,6	1,5	91,2
2009	-3,9	-5,8	1 227	-3,9	-3,0	18,1	0,0	-2,0	1 285,2
2010	-0,3	-1,5	-83	0,5	-0,3	-12,6	-0,9	0,9	-82,8
2011	0,0	0,3	-76	0,0	-0,2	-23,4	0,0	0,2	-76,1
	Bruttolöhne und -gehälter			Verdienst je Arbeitnehmer			Verdienst je Stunde		
	gesamt	ohne KA	KA	gesamt	ohne KA	KA	gesamt	ohne KA	KA
2007	3,3	3,4	-9	1,6	1,6	-10,8	1,4	1,4	0,3
2008	3,9	3,8	102	2,3	2,3	36,2	2,4	2,4	6,6
2009	-0,4	-2,3	1 260	-0,4	0,6	21,0	3,7	3,7	2,4
2010	0,1	2,0	-84	1,0	0,2	-17,8	0,5	0,5	-6,0
2011	1,1	1,4	-75	1,2	1,0	-19,4	1,2	1,1	5,3
	Lohndrift (Arbeitnehmer)			Lohndrift (Stunde)			Tariflohn		Ausfall
	gesamt	ohne KA	KA	gesamt	ohne KA	KA	Monat	Stunde	Je KA
2007	0,2	0,3	-12,1	0,3	0,3	-0,9	1,3	1,2	57,0
2008	-0,5	-0,5	33,4	-0,4	-0,4	3,9	2,8	2,8	45,1
2009	-2,7	-1,8	18,7	1,5	1,4	0,2	2,3	2,3	33,1
2010	-0,7	-1,5	-19,5	-1,3	-1,2	-7,7	1,7	1,7	41,4
2011	0,1	0,0	-20,4	0,2	0,1	4,3	1,0	1,0	55,1

Anmerkung: Werte berechnet aus den Quartalswerten. KA: Kurzarbeit, »Ausfall je KA« gibt den durchschnittlichen Arbeitsausfall je Kurzarbeiter in Relation zu den übrigen Arbeitnehmern.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Bundesbank; 2009, 2010 und 2011: Prognosen des ifo Instituts.

Als Folge steigt der Verdienst je Arbeitnehmer (ohne Kurzarbeiter gerechnet) nur wenig. Allerdings geht die Zahl der Kurzarbeiter weiter zurück, und damit bleibt die durchschnittliche Arbeitszeit aller Beschäftigten, entgegen dem langfristigen Trend, insgesamt stabil. Die Verdienste je Arbeitnehmer dürften demnach im kommenden Jahr wieder leicht steigen (vgl. Tab. 3.8).

Moderater Anstieg der Arbeitslosigkeit

Die Entwicklung am Arbeitsmarkt wurde bislang durch das Bestreben bestimmt, die Beschäftigung zu sichern. Während die gesamtwirtschaftliche Produktion seit Jahresbeginn bis zum dritten Quartal um 2,4% geschrumpft ist, und die geleisteten Stunden um 2,5% gesunken sind, ist die Zahl der Erwerbstätigen im Inland hingegen nur um 114 000 (0,3%) zurückgegangen.⁷ Die deutliche Reduktion der geleisteten Stunden je Erwerbstätigen hat bislang einen sprunghaften Anstieg der Arbeitslosigkeit verhindert. Die durchschnittliche Arbeitszeit wurde dabei vor allem durch einen massiven Abbau von angesammelten Guthaben auf Arbeitszeitkonten und durch Arbeitszeitverkürzung reduziert.⁸ Zudem ist die Zahl der Personen, die eine ausschließlich geringfügige Beschäftigung ausüben, seit Jahresbeginn stetig gestiegen. Ebenso dürfte die Teilzeitquote bei den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen weiter zugenommen haben.⁹ Sieht man zunächst von dem Effekt der Kurzarbeit ab, so verkürzte sich die Arbeitszeit je Arbeitnehmer auf diese Weise um etwa 1 1/2%. Nimmt man die Einführung von Kurzarbeit hinzu, dann ist die durchschnittliche Arbeitszeit seit Jahresbeginn insgesamt um 2,4% zurückgefahren worden. Allerdings wurde das Instrument der Kurzarbeit im dritten Quartal bereits in deutlich geringerem Maß in Anspruch genommen. So lag die Zahl der betroffenen Personen im dritten Quartal bei 1,12 Mill. und damit um 375 000 niedriger als im Vorquartal.

Betrachtet man die einzelnen Komponenten der Erwerbstätigkeit, dann hat vor allem die ungeforderte Selbständigkeit zu einer Stabilisierung beigetragen. Obwohl die Förderung hier seit Jahresbeginn deutlich rückläufig war, nahm die Zahl der Selbständigen insgesamt um 0,2% zu. Allerdings dürfte es sich dabei in erheblichem Umfang um so genannte Soloselbständige handeln, die ihre Arbeitskraft anbieten, um die Zeit während der Arbeitslosigkeit zu überbrücken.

Hierfür spricht, dass in diesem Segment die durchschnittliche Arbeitszeit im dritten Quartal gegenüber dem Vorquartal um etwa 13 1/2% gesunken ist. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung hat bis zum September spürbar abgenommen; sie sank um 214 000. Die Beschäftigung ging vor allem in den exportabhängigen Sektoren zurück. So sind im Verarbeitenden Gewerbe und bei den Arbeitnehmerüberlassungen im Vergleich zum Vorjahr insgesamt etwa 400 000 Stellen weggefallen. Allerdings dürfte der Rückgang der Zahl der Zeitarbeiter in den vergangenen Monaten zum Stillstand gekommen sein. Im Dienstleistungssektor, der überwiegend von der Binnennachfrage abhängt, war hingegen ein Stellenaufbau zu verzeichnen, der die Folgen der Rezession auf den Arbeitsmarkt bislang spürbar gedämpft hat. Im Gesundheitswesen, im Bereich Erziehung und Unterricht und im öffentlichen Sektor sind etwa 200 000 Personen mehr beschäftigt als im Vorjahr.

Derzeit stabilisieren staatliche Maßnahmen wie die Kurzarbeit die Einkommenssituation offenbar so weit, dass die negativen Folgen für den Arbeitsmarkt in den konsumnahen Bereichen gering sind. Dass die Auswirkung der Rezession auf den Arbeitsmarkt im Vergleich zu früheren Krisen moderat ausfällt, dürfte auch an der vorteilhaften Ausgangslage im Vorfeld des Produktionseinbruchs liegen. Damals waren die realen Lohnkosten in Relation zur Produktivität deutlich gesunken. Dies hätte für sich genommen zu einem Anstieg der Beschäftigung beigetragen.

Die Zahl der Arbeitslosen reagierte bis zum November gemessen an dem enormen Produktionsausfall vergleichsweise moderat. Nachdem sie im Verlauf des ersten Halbjahres um 248 000 gestiegen war, ging sie danach leicht zurück, und der Anstieg betrug bis zum November im Verlauf noch 187 000. Allerdings ist die Zahl der Arbeitslosen unterzeichnet, da seit Mai 2009 Erwerbslose, mit deren Vermittlung private Agenturen beauftragt sind, nicht mehr in der Arbeitslosenstatistik erfasst werden. Berücksichtigt man dies, hätte die Zahl der Arbeitslosen bis November um knapp 350 000 zugenommen. Allerdings hätte sich auch dann ein geringfügiger Rückgang der Arbeitslosenzahl im Oktober und November ergeben.

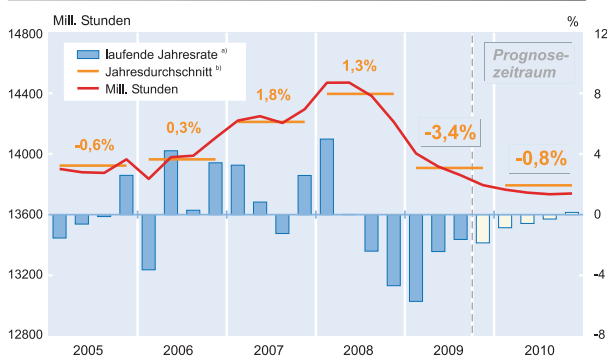
Im weiteren Verlauf dieses Jahres wird der Anstieg der Produktion nicht ausreichen, um die vorhandenen Produktionsfaktoren voll auszulasten. Eine Folge ist, dass die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten deutlich über dem Niveau des Vorjahres liegen. Da die Preisüberwälzungsspielräume gering sind, werden die Unternehmen daher weiter bestrebt sein, ihre Kostenbelastung zu senken, indem sie die Beschäftigung reduzieren. Das Arbeitsvolumen dürfte daher im vierten Quartal dieses Jahres erneut sinken und damit im Jahresdurchschnittlich 3,4% zurückgehen (vgl. Abb. 3.16). Das Instrument der Kurzarbeit hat bislang dazu beigetragen, dass sich dieser Rückgang nicht in vollem Umfang in den

⁷ Die Zahl der Erwerbstätigen Inländer ist im Zuge der Rezession deutlich schneller zurückgegangen. Hier ergibt sich bis zum dritten Quartal eine Abnahme um 166 000 (0,4%).

⁸ Bei der Betriebsrätebefragung 2009 durch das WSI gab die größte Gruppe der Befragten (30%) an, dass als Reaktion auf den Produktionsausfall ein Abbau von Arbeitszeitkonten stattgefunden hat; 20% nutzte Kurzarbeit. Vgl. Boeckler Impuls 18/2009, »Kluge Verteilung der Arbeitszeit ferdert Krisenfolgen ab«.

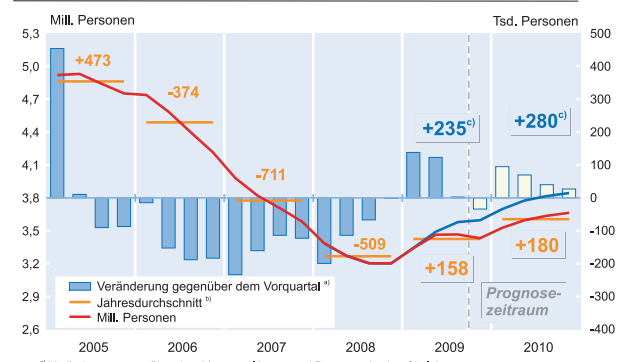
⁹ Nach Ablauf des ersten Quartals 2009 – neuere Daten liegen noch nicht vor – lag die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um 4% über dem Vorjahresniveau, während die Vollzeitstellen um 0,4% zurückgegangen waren.

Abb. 3.16
Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen im Inland
 Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



^{a)} Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).
^{b)} Zahlenangabe: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.
 Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Dezember 2009).

Abb. 3.18
Arbeitslose
 Saisonbereinigter Verlauf



^{a)} Veränderung gegenüber dem Vorquartal in tausend Personen (rechte Skala).
^{b)} Zahlenangabe: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in tausend Personen.
^{c)} Inklusive neue Teilnehmer an Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung.
 Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Dezember 2009).

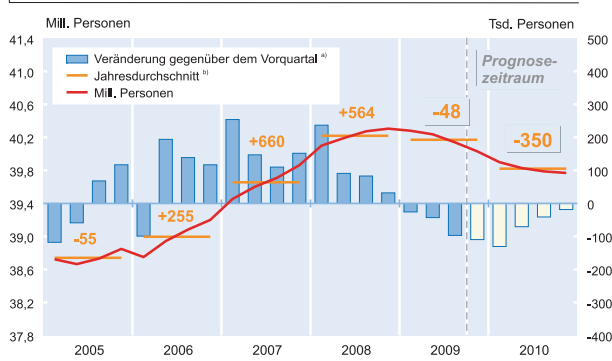
Beschäftigtenzahlen widerspiegelt. Allerdings dürfte die Kurzarbeit im vierten Quartal weiter sinken; wenn auch langsamer als im Vorquartal. Hierfür spricht, dass sich die Zahl der betroffenen Personen in eingegangenen Anzeigen zur konjunkturellen Kurzarbeit seit August bei monatlich etwa 100 000 stabilisiert. Insgesamt liegt die Zahl der Kurzarbeiter damit bei jahresdurchschnittlich 1,14 Mill. Aufgrund des starken Einbruchs in der ersten Jahreshälfte sinkt die durchschnittliche Arbeitszeit 2009 um 3,3%. Die Zahl der erwerbstätigen Inländer wird dabei im vierten Quartal leicht beschleunigt sinken. Im Jahresdurchschnitt ergibt sich ein Rückgang um lediglich 0,1% (vgl. Abb. 3.17).

Im Zuge der Rezession war bislang ein moderater Anstieg der Arbeitslosenzahlen zu verzeichnen. Etwas deutlicher ist hingegen die Zahl der nichtarbeitslosen Arbeitsuchenden angestiegen. Hierzu zählen vor allem Personen, die sich in sich arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen befinden und deshalb nicht als arbeitslos gezählt werden, sowie Arbeitnehmer, deren Arbeitsplatz bedroht ist oder denen bereits gekündigt wurde. Nachdem deren Zahl im Sommerhalbjahr um rund 200 000 über dem Vorjahr lag, ist

sie im November etwa 300 000 Personen höher als im Vorjahresmonat. Daher ist nach dem bis zum November verzeichneten Rückgang der Arbeitslosenzahl in den kommenden Monaten wieder mit einem Anstieg zu rechnen; für das vierte Quartal ergibt sich dennoch im Durchschnitt eine Abnahme. Im Jahresdurchschnitt steigt die Arbeitslosigkeit um 158 000, was einer Arbeitslosenquote von 8,1% entspricht (vgl. Abb. 3.18). Im Verlauf ergibt sich ein Anstieg um rund 210 000. Berücksichtigt man, dass die Arbeitslosenzahl durch die Herausrechnung von Personen, mit deren Vermittlung Dritte beauftragt sind, unterzeichnet wurde, ergibt sich ein jahresdurchschnittlicher Anstieg von 235 000. Im Verlauf ergäbe sich eine Zunahme um rund 375 000 Personen.

Im kommenden Jahr nimmt die gesamtwirtschaftliche Produktion nur langsam zu. Daher bleibt der Anpassungsdruck am Arbeitsmarkt. Der Einsatz der geleisteten Stunden dürfte im Verlauf noch um 0,2% zurückgehen, wobei sich das Tempo im Jahresverlauf zunächst verlangsamt, und die Abwärtsbewegung im Winter zum Stillstand kommt. Wegen des niedrigen Niveaus zu Jahresbeginn ergibt sich ein jahresdurchschnittlicher Rückgang um 0,8% (arbeitsstäglich bereinigt 1,1%). Die Zahl der Kurzarbeiter wird trotz der erneut verlängerten Bezugsdauer von Kurzarbeitergeld weiter zurückgehen und etwa 900 000 niedriger liegen als im Vorjahr. Da aber der Anteil von Teilzeitkräften mit der zunehmenden Bedeutung des Dienstleistungssektors dem langjährigen Trend folgend weiter steigt, erhöht sich die Arbeitszeit pro Arbeitnehmer nur leicht um 0,5%. Damit liegt ihr Niveau im Verlauf von 2010 leicht über dem langfristigen Trend. Die Zahl der erwerbstätigen Inländer insgesamt sinkt dabei um 350 000 (0,9%), was im Verlauf einem Rückgang um 260 000 entspricht. Sehr deutlich wird dabei die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung reduziert, die um rund 360 000 zurückgeht (vgl. Tab 3.9). Im Jahresverlauf sinkt sie um 270 000. Bei den ausschließlich geringfügig Beschäftigten wird sich der Anstieg hingegen zunächst fortsetzen

Abb. 3.17
Erwerbstätige
 Inländerkonzept, saisonbereinigter Verlauf



^{a)} Veränderung gegenüber dem Vorquartal in tausend Personen (rechte Skala).
^{b)} Zahlenangabe: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in tausend Personen.
 Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Dezember 2009).

Tab. 3.9
Arbeitsmarktbilanz
 Jahresdurchschnitte in 1 000 Personen

	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland					
Arbeitsvolumen (Mill. Stunden)	56 845	57 583	55 632	55 173	55 156
Erwerbstätige Inländer	39 656	40 220	40 171	39 821	39 870
Arbeitnehmer	35 220	35 786	35 751	35 376	35 413
darunter:					
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	26 942	27 510	27 474	27 107	27 106
darunter					
geförderte SV-pflichtige Beschäftigung ^{a)}	210	240	270	355	404
marginal Beschäftigte	5 906	5 898	5 933	5 986	6 023
darunter:					
Minijobs	4 861	4 866	4 914	4 957	4 954
Ein-Euro-Jobs ^{b)}	301	291	279	289	329
Selbständige	4 436	4 434	4 420	4 445	4 458
darunter:					
geförderte Selbständige ^{c)}	237	180	146	169	184
Pendlersaldo	68	59	96	162	112
Erwerbstätige Inland	39 724	40 279	40 267	39 982	39 983
Arbeitslose	3 776	3 268	3 426	3 607	3 617
Aktive Arbeitsmarktpolitik					
Teilnehmer § 46 SGB III	0	0	128	268	270
Trainingsmaßnahmen	77	81	38	0	0
Arbeitslosenquote BA ^{d)}	9,0	7,8	8,1	8,6	8,6
Erwerbslose ^{e)}	3 602	3 141	3 235	3 407	3 416
Erwerbslosenquote ^{f)}	8,3	7,2	7,5	7,9	7,9
Kurzarbeit	68	102	1 141	226	70

^{a)} Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Strukturanpassungsmaßnahmen, Personal-Service-Agenturen, Eingliederungszuschuss, Eingliederungszuschuss bei Vertretung, Eingliederungszuschuss bei Neugründung, Arbeitsentgeltzuschuss, Einstiegsgeld bei abhängiger Beschäftigung, Arbeitsgelegenheiten der Entgeltvariante, Beschäftigungszuschuss, Qualifizierungszuschuss für Jüngere, Eingliederungshilfen für Jüngere, Entgeltsicherung für Ältere. – ^{b)} Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung. – ^{c)} Gründungszuschüsse, Existenzgründungszuschüsse, Überbrückungsgeld und Einstiegsgeld. – ^{d)} Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit). – ^{e)} Definition der ILO; Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (erwerbstätige Inländer plus Arbeitslose). – ^{f)} Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (erwerbstätige Inländer plus Arbeitslose).

Quelle: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; 2009, 2010 und 2011: Prognose des ifo Instituts.

und erst im Verlauf der zweiten Jahreshälfte zum Stillstand kommen, so dass deren Zahl 2010 um reichlich 40 000 zunimmt. Vor diesem Hintergrund steigt die Zahl der Arbeitslosen um 180 000, was im Verlauf einer Zunahme von 220 000 entspricht. Die Zunahme wird dabei im kommenden Jahr von einem Rückgang des Erwerbspersonenpotentials in einer Größenordnung von 130 000 gedämpft.¹⁰ Rechnet man die Personen hinzu, die bei externen Vermittlern betreut werden, so ergibt sich ein Anstieg der Arbeitslosenzahl von 280 000.

Da es auch im Jahr 2011 nicht zu einem durchgreifenden Aufschwung kommen dürfte, steigt die Produktion nur allmählich. Das Produktionsniveau bleibt jedoch verglichen mit der vorangegangenen Boomphase weiter niedrig. Im Zuge dessen dürfte sich die Lage am Arbeitsmarkt leicht bessern. Das Beschäftigungsniveau erreicht damit nicht

das Niveau vor der Krise, im Jahresdurchschnitt ergibt sich Stagnation.

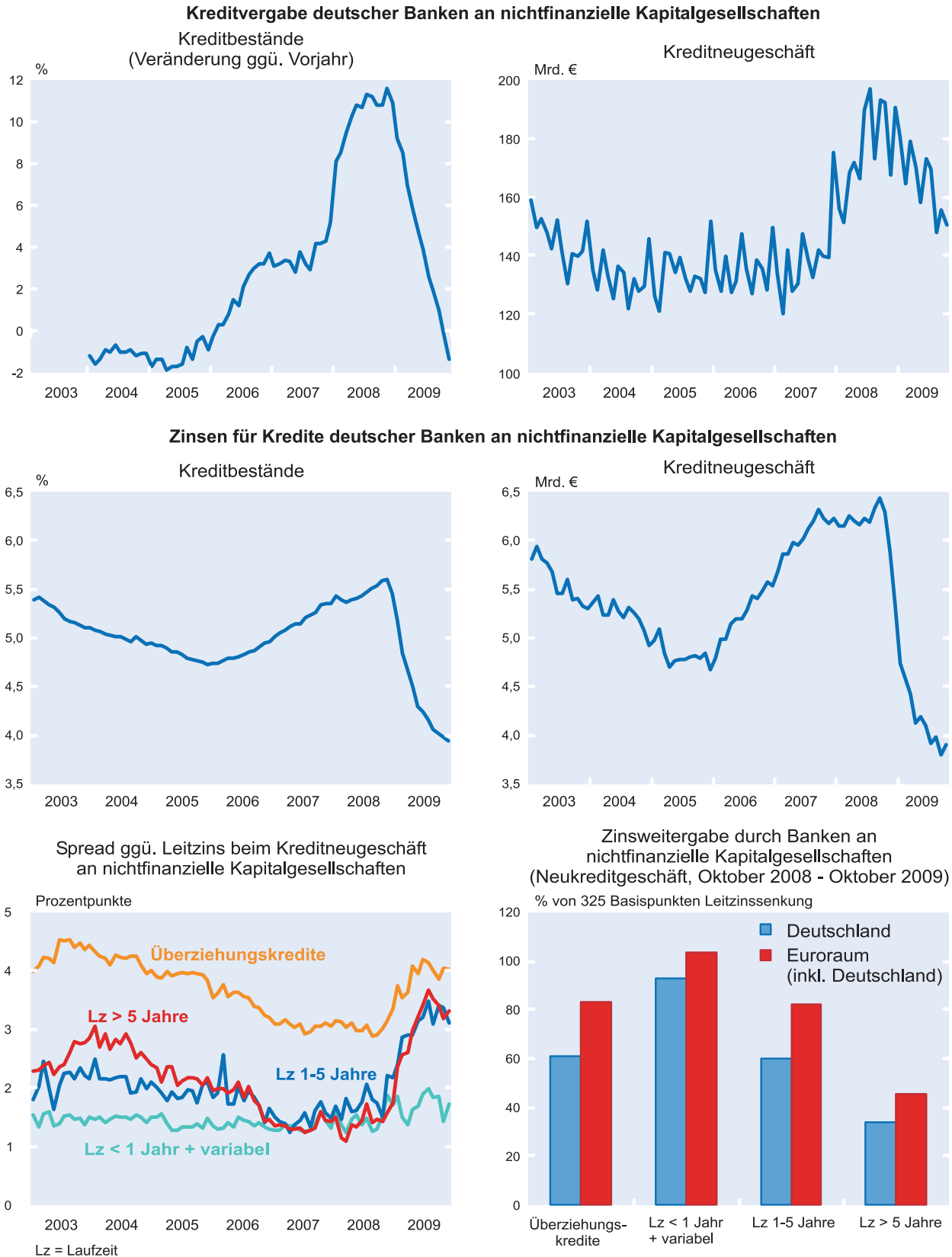
Zu den Finanzierungsbedingungen in Deutschland

Die Kreditvergabe an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in Deutschland hat sich seit Ende vergangenen Jahres stark abgeschwächt. Das Volumen neu vergebener Kredite ging so stark zurück, dass es die fällig werdenden Kredite nicht mehr ausgleichen konnte; somit war der Bestand ausstehender Kredite seit September deutlich rückläufig (vgl. Abb. 3.19). Gleichzeitig senkten die deutschen Banken kräftig ihre Zinsen, so dass der durchschnittliche Zins für neu vergebene Kredite von knapp 6,5% Ende letzten Jahres auf unter 4% im Oktober dieses Jahres fiel (vgl. Abb. 3.19). Der durchschnittliche Zins für ausstehende Kredite sank ebenfalls im selben Zeitraum, wenngleich der Rückgang hier nur etwas mehr als 1,5 Prozentpunkte be-

¹⁰ Vgl. Bach, H.-U., M. Hummel, S. Klinger, E. Spitznagel und G. Zika (2009), »Die Krise wird deutliche Spuren hinterlassen«, IAB Kurzbericht 20/2009.

Abb. 3.19

Finanzierungsbedingungen



Quelle: Deutsche Bundesbank; Europäische Zentralbank; Berechnungen des ifo Instituts.

trug, was auf die hohen Zinsen bestehender Kreditverträge mit längeren Laufzeiten und Zinsbindung zurückzuführen ist, die noch vor dem Einsetzen der Zinssenkungsphase vereinbart wurden.

Ein rückläufiges Kreditvolumen bei gleichzeitig sinkenden Zinsen spricht auf den ersten Blick für einen Rückgang der Kreditnachfrage. Dies legen auch der massive Konjunkturerinbruch und insbesondere der Absturz der Investitionen nahe, die den Kreditbedarf der Unternehmen erheblich reduziert haben dürften. Im Zuge der sich seit spätestens Jahresmitte abzeichnenden gesamtwirtschaftlichen Erholung sollte allerdings auch die Nachfrage nach Fremdmitteln wieder anziehen. Die am aktuellen Rand zur Verfügung stehenden Daten zeichnen jedoch ein anderes Bild: das Volumen der Neukredite geht in der Tendenz weiter zurück, der Kreditbestand sinkt.

Angesichts der hohen Abschreibungen, die die Banken im Zuge der Finanzkrise bisher zu verzeichnen hatten und die Schätzungen zufolge in den kommenden Monaten noch anstehen, ist zu vermuten, dass diese Entwicklung auf eine Angebotsverknappung am Kreditmarkt zurück zu führen ist. Dies könnte zu einer wesentlichen Beeinträchtigung des weiteren Verlaufs der Konjunktur führen, da eine anziehende Kreditnachfrage infolge der konjunkturellen Erholung nicht durch ein entsprechendes Kreditangebot gedeckt werden würde. Eine gesicherte Identifikation dieser so genannten Kreditklemme ist allerdings problematisch, da angebots- und nachfrageseitige Einflüsse schwer voneinander zu trennen sind. Allerdings weist eine Reihe von Indikatoren darauf hin, dass in Deutschland der kreditangebotsseitige Restriktionsgrad – zumindest seit Jahresmitte und insbesondere für große Unternehmen – deutlich zunimmt und mithin von einer Kreditklemme gesprochen werden kann.

So erhöhte sich bei den Zinsen für neu vergebene Kredite mit einer Laufzeit von über einem Jahr der Aufschlag über den sicheren Notenbankzins seit Ende letzten Jahres kontinuierlich und verharrt seit Jahresmitte bei über 3 Prozentpunkten; dieser Spread liegt derzeit deutlich höher als während der letzten konjunkturellen Schwächephase in den Jahren 2003/04 (vgl. Abb. 3.18). Zwar machen diese Kredite in Deutschland nur zwischen 5 und 10% der gesamten Neukreditvergabe aus; allerdings spielen sie gerade für die Finanzierung längerfristiger Investitionsprojekte eine wichtige Rolle. Die Beobachtung, dass in diesem Kreditsegment die Zinssenkungen der EZB nur teilweise von den Banken an die Kreditnehmer weitergegeben werden, spricht für einen negativen angebotsseitigen Effekt auf dem Kreditmarkt, der dem aus der sinkenden Kreditnachfrage resultierenden Rückgang der Kreditzinsen entgegenwirkt.¹¹ Ein ähnlicher Anstieg der Spreads ist auch bei den Überziehungskrediten zu beobachten, wenngleich der Aufschlag mit aktuell 4 Pro-

zentpunkten noch unter dem Höchststand aus dem Jahr 2003 liegt. Bei den unterjährigen Krediten und den Kreditverträgen mit variabler Verzinsung, die knapp 50% des Kreditneugeschäfts ausmachen, wurden die Zinssenkungen der EZB hingegen nahezu vollständig weitergegeben.

Die Weitergabe der Zinssenkungen der EZB durch die deutschen Banken ist vor allem im Vergleich mit Banken in anderen Ländern des Euroraums deutlich unvollständiger. So wurden von der Leitzinssenkung in Höhe von 325 Basispunkten (von 4,25% Anfang Oktober 2008 auf 1% im Mai 2009) nur 60% von den deutschen Banken an die Kreditnehmer weitergegeben, die einen neuen Kredit mit einer Laufzeit zwischen einem und fünf Jahren aufnahmen; bei Laufzeiten über fünf Jahren waren es gerade einmal 34% (vgl. Abb. 3.19). Im Euroraum insgesamt (also einschließlich Deutschland) war die Weitergabe der sinkenden Refinanzierungskosten mit 83% bzw. 46% deutlich größer.

Ein weiterer Indikator, der am aktuellen Rand auf das Vorliegen einer Kreditklemme in Deutschland schließen lässt, kann aus den regelmäßigen Unternehmensbefragungen des ifo Instituts abgeleitet werden. Die ifo Kreditürde, die den Anteil der Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe angibt, der die Kreditvergabe der Banken restriktiv einschätzt, lag im November bei 45,4% (vgl. Abb. 3.20). Während bei den kleinen und mittelgroßen Unternehmen der Zugang zu Krediten derzeit etwas besser zu sein scheint als während des Abschwungs zu Beginn des Jahrzehnts, ist die Kreditsituation vor allem großer Unternehmen deutlich angespannter. Bei allen Unternehmen blieb jedoch die Kreditürde seit Jahresmitte nahezu unverändert, obwohl sich seither die Geschäftslage und die Geschäftserwartungen in der deutschen Wirtschaft deutlich verbessert haben. Somit sollten sowohl die Nachfrage nach Krediten zugenommen haben als auch die Kreditwürdigkeit der Unternehmen gestiegen sein.

Dass sich der Zugang zu Krediten in einer konjunkturellen Abschwungphase für die Unternehmen im Durchschnitt erschwert, kann zum Teil mit einem durchaus normalen Kalkül der Banken erklärt werden. So ist ein zyklisches Verhalten der Kreditangebotsbedingungen ein durchaus übliches Phänomen, das mit der Abhängigkeit des Wertes der gestellten Sicherheiten vom Konjunkturzyklus und einem konjunkturabhängigen Monitoring durch die Kreditinstitute begründet werden kann. Um sowohl Schwankungen im makroökonomischen Umfeld als auch Veränderungen in der

¹¹ Eine mögliche Erklärung für die geringe Weitergabe der Leitzinssenkungen und für den damit verbundenen deutlichen Anstieg der Zinsaufschläge insbesondere bei längerfristigen Kreditverträgen wäre neben einer angebotsseitigen Verknappung der Kreditvergabe sicherlich auch eine deutliche Verschlechterung der Kreditrisiken und damit der erwarteten Kreditausfallkosten. Die Bonität der Unternehmen wird weiter unten in die Analyse miteinbezogen. Auch eine fristenkonforme Refinanzierung langfristiger Kredite könnte eine Rolle spielen, da Banken zukünftige Leitzinsanhebungen in ihr Kalkül mit einbeziehen.

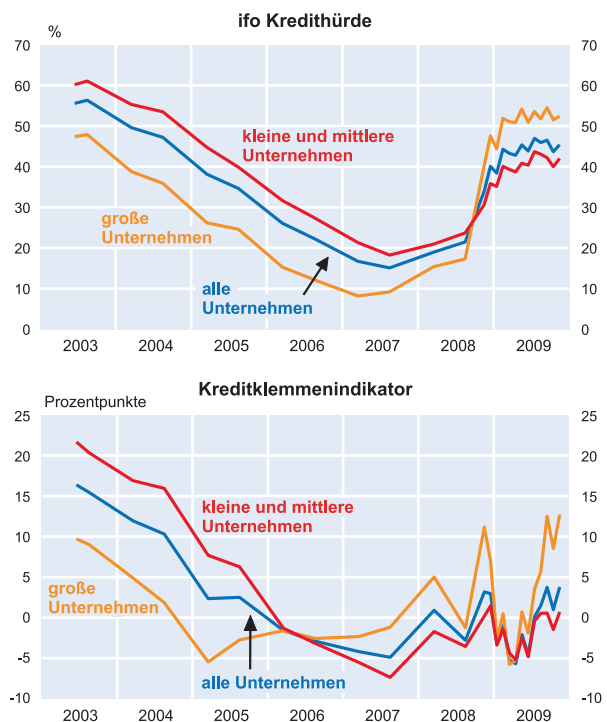
Bonität der potentiellen Kreditnehmer zu berücksichtigen, wurde deshalb auf Basis der regelmäßigen ifo Unternehmensbefragungen ein Kreditklemmenindikator berechnet. Das makroökonomische Umfeld und die Veränderung der Kreditwürdigkeit der Unternehmen wurde dabei anhand ihrer Angaben im Rahmen der ifo Unternehmensbefragungen über die aktuelle Geschäftslage und die Auftragseingänge herausgerechnet. Der so konstruierte Indikator misst den Beitrag der – nicht herausgerechneten – bankenspezifischen Determinanten zu der Wahrscheinlichkeit, dass ein Unternehmen mit guter Bonität den Zugang zu Krediten als restriktiv beurteilt.¹²

Der Kreditklemmenindikator ist im Jahresverlauf deutlich angestiegen. Noch im April wirkten die bankenspezifischen Faktoren insofern expansiv, als dass für ein Unternehmen guter Bonität eine um 6 Prozentpunkte höhere Kredithürde zu erwarten gewesen wäre. Dies lässt sich möglicherweise durch die staatlichen Stützungsmaßnahmen erklären. Seit Juli dieses Jahres hat sich die Situation gewendet. Mittlerweile müsste bei normaler Kreditvergabepraxis die Kredithürde für ein Unternehmen guter Bonität um 4 Prozentpunkte niedriger sein als tatsächlich zu beobachten ist (vgl. Abb. 3.20). Maßgeblich für dieses Ergebnis sind ausschließlich die großen Unternehmen, für die der Kreditklemmenindikator einen Wert von 13 Prozentpunkten erreicht. Diese Entwicklung lässt sich auch anhand der aggregierten ifo Kredithürde ablesen. Obwohl nämlich im Zuge der konjunkturellen Erholung immer mehr Unternehmen eine verbesserte Geschäftslage und erhöhte Auftragseingänge vorweisen können und sich daher ihre Kreditwürdigkeit verbessert haben dürfte, blieb der Anteil der Unternehmen, die die Kreditvergabe der Banken restriktiv einschätzten, nahezu unverändert. Dies ist ein deutlicher Hinweis auf das Vorliegen einer Kreditklemme für große Unternehmen in Deutschland.

Für den Prognosezeitraum deutet die aktuelle Entwicklungstendenz auf eine Verschärfung der Lage hin. Diese Einschätzung deckt sich auch mit den Erfahrungen aus der Vergangenheit, nach denen die Kreditvergabe vor allem in der Spätphase eines Abschwungs und im beginnenden Aufschwung gebremst hat. Im Gegensatz zur Kreditklemme in den Jahren 2003 und 2004 sind heute allerdings bislang nur große Unternehmen von der Kreditklemme betroffen. Eine der Ursachen hierfür könnte der Wegfall ausländischer Großbanken sein, die vor allem mit großen Unternehmen Kreditbeziehungen pflegten; knapp die Hälfte des Rückgangs der Buchkredite ans verarbeitende Gewerbe im dritten Quartal ist durch ein rückläufiges Geschäft der Auslandsbanken zu erklären.

¹² Eine ausführliche Darstellung der Berechnung des Kreditklemmenindikators findet sich in Wollmershäuser, T. (2009), »A Micro Data Approach to the Identification of Credit Crunches«, unveröffentlichtes Manuskript, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, sowie in Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2009), »Zögerliche Belebung – Steigende Staatsschulden«, ifo Schnelldienst 62(20), 44, Kasten 3.5.

Abb. 3.20
Kreditklemme



Anmerkung: Die ifo Kredithürde misst den Anteil der Unternehmen (in Prozent) im verarbeitenden Gewerbe, der die Kreditvergabe der Banken restriktiv einschätzt. Der Kreditklemmenindikator misst den Beitrag (in Prozentpunkten) bankenspezifischer Faktoren zu der Wahrscheinlichkeit, dass ein Unternehmen guter Bonität die Kreditvergabepraxis als restriktiv beurteilt. Große Unternehmen beschäftigen mehr als 250 Arbeitnehmer.

Quelle: ifo Institut; Berechnungen des ifo Instituts.

Staatshaushalt: Finanzierungsdefizit nimmt von Jahr zu Jahr zu

Nach einer mehrere Jahre andauernden Konsolidierungsphase geraten die öffentlichen Haushalte ab 2009 wieder in große Schwierigkeiten. Hatte sich der Finanzierungssaldo des Staates von 2003 bis 2007 noch von – 4,0% auf + 0,2% des nominalen Bruttoinlandsprodukts verbessert (2008 belief er sich auf 0,0%), so ist nun wieder mit einem spürbaren Defizit zu rechnen. Der Maastricht-Grenzwert von 3,0% dürfte 2010 und 2011 deutlich übertroffen werden.

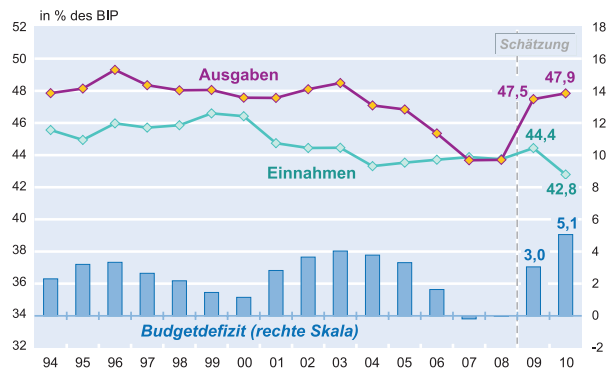
Die gesamtstaatlichen Einnahmen sinken im Jahr 2009 um 2,0%. Dies ist insbesondere auf das geringere Steueraufkommen zurückzuführen (– 4,5%). Dieser Rückgang ergibt sich im Wesentlichen bei den Steuern vom Ertrag (– 7,2%), während die Produktions- und Importabgaben (– 2,1%) angesichts der Krise 2009 relativ stabil blieben. Da überwiegend der steuerfreie Export von der Wirtschaftskrise getroffen wurde und die Konjunkturprogramme stabilisierend auf die inländische Nachfrage wirken, steigt das Aufkommen der Umsatzsteuer noch um 0,4% an (die Entwicklung der Einzelsteuern wird in Abgrenzung der Finanzstatistik be-

schrieben). Die Lohnsteuer sinkt um 4,8%, der Zinsabschlag um 5,4%, die veranlagte Einkommensteuer um 18%, die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag um 22% und die Körperschaftsteuer sogar um 60%. Die kommunalen Haushalte leiden unter den ebenfalls deutlich zurückgehenden Gewerbesteuererträgen (- 18%). Neben der Wirtschaftskrise sind auch verzögerte Effekte der Unternehmenssteuerreform 2008 für die ungünstige Entwicklung der gewinnabhängigen Steuern im Jahr 2009 verantwortlich.

Die Sozialversicherungsbeiträge an den Staat steigen 2009 um 1,2% oder 5 Mrd. Euro. Die bedeutendsten Zuwächse erzielt die gesetzliche Krankenversicherung, weil der allgemeine Beitragssatz mit Beginn des Gesundheitsfonds zum Jahresanfang auf 14,6% festgesetzt worden war, was im Durchschnitt einer Anhebung um 0,6 Prozentpunkte bedeutete. Zwar wurde im Rahmen des zweiten Konjunkturpakets der Beitrag zur Jahresmitte wieder um 0,6 Prozentpunkte reduziert, insgesamt nehmen aber die Beitragseinnahmen der Krankenkassen um rund 4% zu. Auch die Pflegeversicherung kann einen Anstieg verbuchen, der im Wesentlichen aus der Beitragssatzanhebung zum 1. Juli 2008 resultiert. Demgegenüber sind die Beitragseinnahmen der Arbeitslosenversicherung stark rückläufig, weil zum Jahresbeginn der Beitragssatz von 3,3% auf 2,8% abgesenkt worden war.

Die Staatsausgaben nehmen im Jahr 2009 um 4,8% zu. Gegenüber der Entwicklung in den Vorjahren bedeutet das eine kräftige Beschleunigung, denn von 2001 bis 2008 belief sich der durchschnittliche Zuwachs auf nur 1,2% jährlich, was zu einem kräftigen Rückgang der Staatsquote – sie stellt die Ausgaben des Staates in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts dar – führte (vgl. Abb. 3.21). Verantwortlich für die aktuelle Dynamik sind in erster Linie die zwei größten Ausgabenkategorien, die monetären Sozialleistungen (+ 5,1%) und die sozialen Sachleistungen (+ 5,4%). Bei ersteren macht sich die Verschlechterung am Arbeitsmarkt bemerkbar, die zu höheren Ausgaben für Arbeitslosengeld I und II führt, zusätzlich werden die Ausgaben für Kurzarbeitergeld um ein Vielfaches zunehmen. Daneben spielt eine Rolle, dass es zum 1. Juli die höchste Rentenanpassung seit vielen Jahren gab und dass Sozialleistungen wie das Wohngeld erhöht wurden. Zudem wurde ein Kinderbonus einmalig gewährt. Bei den Sachleistungen sind die Gesundheitsausgaben der treibende Faktor (hier waren höhere Zahlungen an Krankenhäuser und niedergelassene Ärzte vereinbart worden), außerdem wurden die Leistungen der Pflegeversicherung ausgeweitet. Auch die Personalausgaben des Staates expandieren nach den kräftigen Anhebungen der tariflichen Entgelte mit einem Plus von 3,2% so stark wie seit 1993 nicht mehr. Die starke Ausweitung der sonstigen laufenden Transfers um fast ein Fünftel geht auf die Abwrackprämie zurück, für die der Staat 5 Mrd. Euro ausgibt. Schließlich werden die Investitionen,

Abb. 3.21
Einnahmen, Ausgaben und Budgetdefizit des Staates^{a)}



^{a)} Gebietskörperschaften und Sozialversicherung in Abgrenzung der VGR; 1995 und 2000 ohne Sondereffekte. Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.4; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Dezember 2009).

insbesondere angeregt durch die Konjunkturpakete, um 7,5% ausgeweitet. Der Anstieg der Subventionen um sogar mehr als 12% spiegelt die Kosten für die Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge für Kurzarbeitergeld durch die Bundesagentur für Arbeit wider. Der Rückgang der geleisteten Vermögenstransfers ist der sukzessive auslaufenden Eigenheimzulage geschuldet. Trotz der zuletzt wieder gestiegenen staatlichen Bruttoschulden sinken die Zinsausgaben um 4,6%. Dies ist noch Ausdruck des in den vergangenen Jahren sehr niedrigen Zinsniveaus.

Das Finanzierungsdefizit des Staates beläuft sich im Jahr 2009 auf 3,0% des Bruttoinlandsprodukts, womit es direkt am Maastricht-Grenzwert liegt. Anders als in den Vorjahren gerät nun auch die Sozialversicherung tief in die roten Zahlen. Ein kräftiges Defizit von rund 14 Mrd. Euro ergibt sich bei der Arbeitslosenversicherung, das allerdings durch den Rückgriff auf die Rücklage aus den Vorjahren aufgefangen werden kann. Hingegen erzielen die Krankenversicherung, die Pflegeversicherung und die Unfallversicherung kleine Überschüsse, die Bilanz der Rentenversicherung dürfte etwa ausgeglichen sein.

Im Jahr 2010 wird sich die Finanzlage des Staates voraussichtlich nochmals deutlich verschlechtern. Belastungen gibt es sowohl auf der Einnahmenseite (in Folge von Steuerensenkungen und in Folge konjunkturbedingter Einkommensrückgänge) als auch auf der Ausgabenseite (Anhebung von Transferleistungen, Investitionsausgaben aus den Konjunkturpaketen).

Aufgrund der Wirkung der automatischen Stabilisatoren und der Entlastungsmaßnahmen im Einkommensteuerbereich wird das Steueraufkommen im Jahr 2010 um 3,1% zurückgehen. Auch im Jahr 2010 sinken vor allem die Steuern auf Einkommen und Vermögen (- 8%), während die Produktions- und Importabgaben stabil bleiben (+ 1%). In Abgrenzung der Finanzstatistik sinkt die Lohnsteuer um reichlich 8%, die veranlagte Einkommensteuer noch einmal um 15%

und die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag um rund 18%. Demgegenüber dürfte sich die Körperschaftsteuer leicht erholen (+ 10%), dabei jedoch auf niedrigem Niveau bleiben. Die Gewerbesteuer dürfte auch im Jahr 2010 leicht zurückgehen (- 3%). Die Steuern vom Umsatz werden voraussichtlich ansteigen und ein Aufkommen von gut 180 Mrd. Euro (+ 2%) erzielen.

Die Einnahmen aus Sozialversicherungsbeiträgen werden nur geringfügig steigen. Die Beiträge der Arbeitnehmer werden sogar leicht sinken. Bei in der Summe fast unveränderten Bruttolöhnen und -gehältern resultiert dies aus einem im Jahresdurchschnitt niedrigeren Krankenversicherungsbeitragssatz. Andererseits steigen die Beiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen und deren Eigenbeiträge spürbar. Der leichte Zuwachs der Arbeitgeberbeiträge ist Folge der Anhebung der von den Unternehmen an die Bundesagentur für Arbeit zu entrichtenden Insolvenzgeldumlage. Ansonsten sind keine Beitragssatzänderungen gegenüber dem Stand im zweiten Halbjahr 2009 zu erwarten; vermutlich werden auch die meisten Krankenkassen ohne die Einführung von Zusatzbeiträgen auskommen können.

Der Ausgabenanstieg flacht sich 2010 zwar gegenüber 2009 spürbar ab, bleibt aber mit 3,0% noch recht hoch. Bei den monetären Sozialleistungen ist erstens arbeitsmarktbedingt mit weiteren Zuwächsen zu rechnen, zweitens wirkt die Rentensteigerung vom Juli 2009 noch nach – zur Jahresmitte 2010 wird es dann allerdings zu einer Nullrunde für die Rentner kommen –, drittens sind Leistungsausweitungen geplant, so beim Kindergeld und bei der Ausbildungsförderung. Andererseits entfällt hier der 2009 gezahlte Kinderbonus, so dass sich die Zuwachsrate auf reichlich 3% vermindert. Sie vermindert sich auch bei den sozialen Sachleistungen (auf 3,5%), zeugt aber von einer anhaltend kräftigen Ausgabendynamik im Gesundheitswesen. Bei den Investitionsausgaben (+ 13%) wird der Höhepunkt der Konjunkturstützenden Maßnahmen erreicht, bei den Arbeitnehmerentgelten hingegen wird der Anstieg nur 1,3% betragen. Hier ist für die Beschäftigten der Länder ab März 2010 ein tarifliches Einkommensplus von 1,2% vereinbart, das wohl im noch ausstehenden Tarifvertrag für den Bund und die Kommunen nicht übertroffen werden dürfte. Obwohl keine Abwrackprämie mehr geleistet wird gibt der Staat noch einmal mehr für sonstige laufende Transfers aus, weil die Zahlungen an den EU-Haushalt um rund 7 Mrd. Euro zulegen. Bei den Vermögenstransfers setzt sich der Rückgang (bedingt durch sinkende Aufwendungen für die Eigenheimzulage) fort. Die staatlichen Zinsausgaben werden im Jahr 2010 um knapp 5% steigen. Die zusätzliche Verschuldung der Jahre 2008 und 2009 dürfte in Verbindung mit einem langsam ansteigenden Zinsniveau zu steigenden Kosten der Staatsverschuldung führen. Dieser Prozess dürfte sich in den Folgejahren deutlich verstärken.

Im Jahr 2010 werden die staatlichen Ausgaben die Einnahmen insgesamt um 125 Mrd. Euro oder 5,1% des nominalen Bruttoinlandsprodukts übertreffen (vgl. Abb. 3.21). Die Staatsquote nähert sich mit 47,9% nahezu wieder dem Niveau von 2002/2003, die Einnahmenquote hingegen erreicht den tiefsten Stand seit der Wiedervereinigung. Das Budget der Sozialversicherung wird wieder nahezu ausgeglichen sein. Das gelingt freilich nur, da sowohl die gesetzliche Krankenversicherung als auch die Arbeitslosenversicherung Zuschüsse in der Größenordnung von 15 Milliarden Euro vom Bund erhalten werden.

Im Jahr 2011 werden für den Staat einige Belastungen entfallen (z.B. das Investitionsprogramm im Rahmen der Konjunkturstützungsmaßnahmen und die Übernahme der Arbeitgeberbeiträge für das Kurzarbeitergeld), auch ist ein Anstieg des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung von 2,8% auf 3,0% vorgesehen. Unterstellt man aber keine weiteren Beitragssatzanhebungen bei der Sozialversicherung, dann deutet die oben beschriebene gesamtwirtschaftliche Entwicklung mit einem nur mäßigen Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts darauf hin, dass das Budgetdefizit des Staates (in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt) erneut steigt. Es dürfte in der Größenordnung von 5,5% liegen. Somit ist für die Jahre 2012 und 2013 eine kräftige Konsolidierung nötig, um sowohl die von der EU für das Jahr 2013 geforderte Einhaltung der Defizitregel von 3% zu erreichen als auch der im Grundgesetz festgelegten Verschuldungsbremse zu genügen.

Abgeschlossen am 14. Dezember 2009

Anhang

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND**Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung**

Vorausschätzung für die Jahre 2009 und 2010

	2008 (1)	2009 (2)	2010 (2)	2009		2010 (2)	
				1.Hj (1)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj
Entstehung des Inlandsprodukts							
Veränderung in % gegenüber Vorjahr							
Zahl der Erwerbstätigen	1,4	0,0	-0,7	0,3	-0,3	-0,7	-0,7
Arbeitszeit	-1,0	-3,2	-0,6	-2,7	-3,7	-1,0	-0,2
Arbeits-tage (3)	0,9	-0,1	0,5	-1,7	1,3	0,6	0,4
Arbeitsvolumen	1,3	-3,4	-0,8	-4,0	-2,7	-1,1	-0,5
Produktivität (4)	0,0	-1,5	2,6	-2,8	-0,3	3,4	1,8
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	1,3	-4,9	1,7	-6,7	-3,0	2,3	1,2

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	1861,5	1887,4	1909,6	921,2	966,2	929,2	980,4
Private Konsumausgaben 5)	1409,7	1414,8	1423,3	693,2	721,6	694,0	729,4
Konsumausgaben des Staates	451,8	472,7	486,2	228,0	244,7	235,2	251,0
Bruttoanlageinvestitionen	474,7	433,1	437,7	203,5	229,6	207,5	230,2
Ausrüstungen	201,8	159,5	159,3	75,5	84,0	75,5	83,8
Bauten	245,0	246,1	250,2	114,9	131,2	118,5	131,7
Sonstige Anlagen	27,9	27,5	28,2	13,1	14,4	13,5	14,7
Vorratsveränderungen 6)	3,9	-8,4	-0,4	-2,9	-5,5	5,7	-6,1
Inländische Verwendung	2340,1	2312,1	2346,8	1121,7	1190,4	1142,3	1204,5
Außenbeitrag	155,7	94,7	112,2	47,4	47,3	59,1	53,0
Exporte	1179,4	981,4	1061,9	472,4	509,0	517,3	544,6
Importe	1023,7	886,7	949,8	425,0	461,7	458,2	491,6
Bruttoinlandsprodukt	2495,8	2406,7	2459,0	1169,1	1237,6	1201,4	1257,5

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben	2,8	1,4	1,2	1,5	1,3	0,9	1,5
Private Konsumausgaben 5)	2,5	0,4	0,6	0,5	0,3	0,1	1,1
Konsumausgaben des Staates	3,7	4,6	2,9	4,7	4,6	3,1	2,6
Bruttoanlageinvestitionen	4,2	-8,8	1,1	-11,2	-6,5	2,0	0,3
Ausrüstungen	2,7	-21,0	-0,1	-22,9	-19,2	0,0	-0,2
Bauten	5,8	0,5	1,7	-2,6	3,3	3,1	0,4
Sonstige Anlagen	1,6	-1,6	2,7	-1,9	-1,4	3,2	2,2
Inländische Verwendung	3,7	-1,2	1,5	-1,6	-0,8	1,8	1,2
Exporte	3,5	-16,8	8,2	-21,1	-12,3	9,5	7,0
Importe	5,8	-13,4	7,1	-15,6	-11,2	7,8	6,5
Bruttoinlandsprodukt	2,8	-3,6	2,2	-5,4	-1,8	2,8	1,6

3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2000)

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	1669,0	1683,4	1690,7	827,7	855,7	828,1	862,6
Private Konsumausgaben 5)	1249,9	1253,9	1255,8	616,3	637,6	614,0	641,9
Konsumausgaben des Staates	419,3	429,9	435,5	211,6	218,3	214,5	221,0
Bruttoanlageinvestitionen	468,7	429,5	433,3	201,3	228,1	205,1	228,2
Ausrüstungen	224,8	179,8	181,6	84,6	95,2	85,5	96,1
Bauten	213,8	212,9	213,9	99,5	113,3	101,5	112,3
Sonstige Anlagen	34,3	36,4	37,9	17,1	19,3	18,0	19,9
Inländische Verwendung	2114,6	2080,5	2099,3	1018,3	1062,1	1030,7	1068,5
Exporte	1161,5	996,0	1079,2	479,7	516,2	527,9	551,3
Importe	1002,1	919,1	982,5	439,9	479,3	475,3	507,3
Bruttoinlandsprodukt	2274,1	2163,7	2201,2	1061,2	1102,5	1085,2	1116,0

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben	0,8	0,9	0,4	1,0	0,8	0,1	0,8
Private Konsumausgaben 5)	0,4	0,3	0,2	0,4	0,3	-0,4	0,7
Konsumausgaben des Staates	2,1	2,5	1,3	2,7	2,4	1,4	1,2
Bruttoanlageinvestitionen	3,1	-8,4	0,9	-11,0	-5,9	1,9	0,0
Ausrüstungen	3,3	-20,0	1,0	-21,8	-18,4	1,2	0,9
Bauten	2,6	-0,4	0,5	-4,2	3,1	2,0	-0,9
Sonstige Anlagen	5,3	6,3	4,0	6,8	5,9	5,0	3,2
Inländische Verwendung	1,7	-1,6	0,9	-2,0	-1,2	1,2	0,6
Exporte	2,9	-14,3	8,4	-18,7	-9,6	10,0	6,8
Importe	4,3	-8,3	6,9	-10,3	-6,3	8,0	5,8
Bruttoinlandsprodukt	1,3	-4,9	1,7	-6,7	-3,0	2,3	1,2

noch Bundesrepublik Deutschland: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2008 (1)	2009 (2)	2010 (2)	2009		2010 (2)	
				1.Hj (1)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2000=100)

Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben	2,0	0,5	0,7	0,5	0,5	0,8	0,6
Private Konsumausgaben 5)	2,1	0,0	0,5	0,1	0,0	0,5	0,4
Konsumausgaben des Staates	1,6	2,0	1,6	2,0	2,1	1,8	1,4
Bruttoanlageinvestitionen	1,1	-0,4	0,2	-0,2	-0,6	0,1	0,3
Ausrüstungen	-0,6	-1,2	-1,1	-1,3	-1,0	-1,2	-1,1
Bauten	3,1	0,9	1,2	1,6	0,2	1,1	1,3
Sonstige Anlagen	-3,6	-7,5	-1,3	-8,1	-6,9	-1,6	-1,0
Inländische Verwendung	1,9	0,4	0,6	0,4	0,4	0,6	0,6
Exporte	0,6	-3,0	-0,1	-3,0	-2,9	-0,5	0,2
Importe	1,4	-5,6	0,2	-5,9	-5,2	-0,2	0,6
Bruttoinlandsprodukt	1,5	1,4	0,4	1,5	1,2	0,5	0,4

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. EUR

Primäreinkommen der privaten Haushalte	1830,6	1807,4	1795,6	898,5	908,9	882,2	913,4
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	229,2	231,4	232,6	112,9	118,6	112,0	120,7
Bruttolöhne und -gehälter	995,8	991,3	990,8	472,2	519,1	467,8	523,0
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	605,5	584,7	572,2	313,5	271,2	302,4	269,7
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	338,9	275,2	337,3	97,5	177,7	145,6	191,7
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2169,4	2082,6	2132,9	996,0	1086,6	1027,8	1105,1
Abschreibungen	367,6	365,8	368,5	185,4	180,5	186,3	182,3
Bruttonationaleinkommen	2537,0	2448,4	2501,5	1181,4	1267,0	1214,1	1287,4
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	1886,0	1809,2	1853,9	859,1	950,0	888,0	965,9
Arbeitnehmerentgelte	1225,1	1222,7	1223,4	585,1	637,7	579,8	643,7
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	661,0	586,4	630,4	274,1	312,3	308,2	322,3

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte	3,9	-1,3	-0,7	-0,4	-2,1	-1,8	0,5
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	2,8	1,0	0,5	2,1	-0,1	-0,8	1,8
Bruttolöhne und -gehälter	4,0	-0,5	-0,1	0,1	-0,9	-0,9	0,7
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	2,3	-0,4	1,0	-0,3	-0,3	0,3	1,6
Nettolöhne und -gehälter je Beschäftigten	1,5	-0,8	2,4	-1,3	-0,3	1,9	2,8
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	4,2	-3,4	-2,1	-2,0	-5,1	-3,5	-0,5
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	-4,9	-18,8	22,6	-38,7	-1,2	49,3	7,9
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2,4	-4,0	2,4	-6,1	-1,9	3,2	1,7
Abschreibungen	2,2	-0,5	0,7	0,0	-1,0	0,5	1,0
Bruttonationaleinkommen	2,4	-3,5	2,2	-5,2	-1,8	2,8	1,6
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	2,5	-4,1	2,5	-6,6	-1,7	3,4	1,7
Arbeitnehmerentgelte	3,7	-0,2	0,1	0,5	-0,8	-0,9	0,9
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	0,2	-11,3	7,5	-18,7	-3,6	12,4	3,2

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte und priv. Org. o.E.

a) Mrd. EUR

Masseneinkommen	1017,1	1039,3	1060,3	499,0	540,4	508,4	551,9
Nettolöhne und -gehälter	642,7	637,0	645,4	299,1	337,9	301,0	344,4
Monetäre Sozialleistungen	452,7	489,6	503,9	243,6	246,0	251,9	252,0
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	78,3	87,2	88,9	43,8	43,5	44,4	44,5
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	605,5	584,7	572,2	313,5	271,2	302,4	269,7
Sonstige Transfers (Saldo)	-64,5	-59,0	-52,8	-32,4	-26,7	-26,0	-26,8
Verfügbares Einkommen	1558,1	1565,0	1579,7	780,1	784,9	784,8	794,8
Zunahme betriebl. Versorgungsansprüche	30,1	30,6	31,3	14,9	15,7	15,2	16,1
Private Konsumausgaben 5)	1409,7	1414,8	1423,3	693,2	721,6	694,0	729,4
Sparen	178,5	180,8	187,6	101,8	79,0	106,0	81,6
Sparquote 7)	11,2	11,3	11,6	12,8	9,9	13,3	10,1

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Masseneinkommen	2,1	2,2	2,0	1,9	2,4	1,9	2,1
Nettolöhne und -gehälter	3,2	-0,9	1,3	-0,9	-0,9	0,6	1,9
Monetäre Sozialleistungen	0,7	8,2	2,9	7,5	8,8	3,4	2,4
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	2,0	11,4	1,9	12,6	10,2	1,5	2,3
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	4,2	-3,4	-2,1	-2,0	-5,1	-3,5	-0,5
Verfügbares Einkommen	2,7	0,4	0,9	0,5	0,4	0,6	1,3
Private Konsumausgaben 5)	2,5	0,4	0,6	0,5	0,3	0,1	1,1
Sparen	7,7	1,3	3,7	1,3	1,3	4,1	3,2

noch Bundesrepublik Deutschland: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2008 (1)	2009 (2)	2010 (2)	2009		2010 (2)	
				1.Hj (1)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates							
a) Mrd. EUR							
Einnahmen							
Steuern	592,6	565,9	548,6	285,7	280,2	275,1	273,5
Sozialbeiträge	408,1	413,1	414,4	202,1	211,1	200,0	214,4
Vermögenseinkünfte	18,3	18,8	15,8	12,8	6,1	10,2	5,6
Sonstige Übertragungen	14,8	13,3	13,2	6,4	6,9	6,3	6,9
Vermögensübertragungen	10,1	8,6	9,4	3,9	4,8	4,7	4,7
Verkäufe	47,6	49,2	50,4	23,3	25,9	24,0	26,4
Sonstige Subventionen	0,4	0,5	0,5	0,2	0,3	0,2	0,3
Einnahmen insgesamt	1091,8	1069,5	1052,2	534,3	535,2	520,4	531,8
Ausgaben							
Vorleistungen	106,6	113,0	117,6	52,1	60,9	54,7	63,0
Arbeitnehmerentgelte	172,1	177,7	180,0	84,9	92,8	86,2	93,8
Sonstige Produktionsabgaben	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	67,1	64,0	67,0	31,5	32,5	33,2	33,8
Subventionen	28,0	31,5	29,1	15,5	16,0	14,3	14,8
Monetäre Sozialleistungen	421,6	443,3	457,1	220,5	222,8	228,5	228,6
Soziale Sachleistungen	185,8	195,8	202,7	96,5	99,3	100,2	102,5
Sonstige Transfers	40,3	47,8	51,1	20,7	27,0	24,4	26,7
Vermögenstransfers	33,2	30,8	27,9	15,7	15,1	13,1	14,8
Bruttoanlageinvestitionen	37,4	40,2	45,5	16,8	23,4	19,9	25,5
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-1,4	-1,1	-1,2	-0,5	-0,7	-0,5	-0,7
Ausgaben insgesamt	1090,8	1142,9	1176,8	553,7	589,1	574,1	602,8
Finanzierungssaldo	1,0	-73,3	-124,7	-19,4	-53,9	-53,7	-71,0

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	2,8	-4,5	-3,1	-4,2	-4,8	-3,7	-2,4
Sozialbeiträge	2,1	1,2	0,3	2,6	0,0	-1,0	1,6
Vermögenseinkünfte	0,2	3,2	-16,2	7,4	-4,6	-20,4	-7,6
Sonstige Übertragungen	6,3	-10,5	-1,0	-11,9	-9,2	-1,4	-0,6
Vermögensübertragungen	3,6	-14,5	9,0	-28,6	1,7	21,6	-1,1
Verkäufe	1,5	3,5	2,3	2,7	4,3	2,7	1,9
Sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-
Einnahmen insgesamt	2,5	-2,0	-1,6	-1,5	-2,6	-2,6	-0,6
Ausgaben							
Vorleistungen	5,3	6,0	4,1	6,3	5,7	4,9	3,4
Arbeitnehmerentgelt	2,2	3,2	1,3	3,1	3,3	1,5	1,1
Sonstige Produktionsabgaben	-	-	-	-	-	-	-
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	-0,3	-4,6	4,7	-7,4	-1,8	5,4	4,1
Subventionen	1,4	12,2	-7,4	14,5	10,1	-7,6	-7,3
Monetäre Sozialleistungen	0,7	5,1	3,1	4,4	5,9	3,7	2,6
Soziale Sachleistungen	4,2	5,4	3,5	5,3	5,5	3,8	3,2
Sonstige Transfers	10,4	18,6	7,0	1,5	36,2	17,8	-1,3
Vermögenstransfers	11,0	-7,3	-9,5	-10,3	-3,9	-16,3	-2,4
Bruttoanlageinvestitionen	9,1	7,5	13,0	3,3	10,6	18,5	9,1
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-
Ausgaben insgesamt	2,8	4,8	3,0	3,5	6,0	3,7	2,3
nachrichtlich:							
Finanzierungssaldo in % des BIP	0,0	-3,0	-5,1	-1,7	-4,4	-4,5	-5,6

- 1) Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
- 2) Vorausschätzung des ifo Instituts; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
- 3) Veränderung der Arbeitstage voll berücksichtigt.
- 4) Bruttoinlandsprodukt in Vorjahrespreisen je Erwerbstätigenstunde.
- 5) Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.
- 6) Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.
- 7) Ersparnis in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme an betrieblichen Versorgungsansprüchen).